



**PT\_Materialien Nr. 28**

**»Das ist bei uns hier nicht so dramatisch.«**

**Die Bedeutung demographischer und klimatischer  
Veränderungen für die Stadtentwicklung  
aus Sicht Aachener Akteure**

**Eine Interviewreihe zur Governance-Studie  
im Rahmen des Projektes City2020+**

**zusammengestellt von Sarah Ginski, Marion Klemme, Klaus Selle**

**August 2011**



## Impressum



Sarah Ginski, Klaus Selle  
 Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung,  
 Fakultät für Architektur, RWTH Aachen University  
 Wüllnerstr. 5b, 52056 Aachen  
 Tel. 0241.80.98.300



Marion Klemme  
 AG Governanceforschung und Angewandte Geographie  
 Institut für Geographie, WWU Münster  
 Robert-Koch-Str. 26, 48149 Münster  
 Tel. 0251.83.33.929

Auswertung einer Interviewreihe mit Aachener Akteuren  
 im Rahmen der Governance-Studie im Projekt City2020+

gefördert durch die Exzellenzinitiative der Bundesrepublik Deutschland und das Land NRW im  
 Projekthaus HumTec an der RWTH Aachen University



PT\_Materialien Band 28  
 als Download erhältlich unter [www.pt.rwth-aachen.de](http://www.pt.rwth-aachen.de)

Aachen, im August 2011

## Inhalt

<b>o Intro</b>	<b>4</b>
o.1 Ausgangspunkte	4
o.2 Ein Workshop und Gespräche vor Ort	5
<b>1 Demographische Veränderungen in Aachen</b>	<b>7</b>
1.1 Demographiebedingte Anforderungen: Stagnation und Alterung	7
1.2 Demographie im Bewusstsein Aachener Akteure: Bewusstsein ohne Handlungsrelevanz	10
1.3 Demographieorientierter Handlungsbedarf vor Ort	10
1.4 Akteure: Vernetzen und koordinieren	17
1.5 Schwierigkeiten und Chancen einer demographiegerechten Stadtentwicklung	18
<b>2 Klimaschutz und Anpassung an klimatische Veränderungen in Aachen</b>	<b>19</b>
2.1 Anforderungen des Klimawandels: Aachen zwischen Vorreiterrolle und Nicht-Betroffenheit	19
2.2 Klimawandel im Bewusstsein Aachener Akteure: Ja. Nein. Vielleicht.	19
2.3 Handlungsbedarf zum Klimawandel vor Ort	22
2.4 Akteure: Alle. Aber: Verstreute Kompetenzen und unklare Rollenverteilungen	31
2.5 Schwierigkeiten und Chancen auf dem Weg zu einer klimafreundlichen Stadt	34
<b>3 Gemeinsamkeiten und Bezüge zwischen demographischen und klimatischen Herausforderungen</b>	<b>40</b>
3.1 Bezüge zwischen klimatischen und demographischen Herausforderungen	40
3.2 Integrierte Bearbeitung und Vernetzung	44
3.3 Eigenlogiken der Akteure	47
<b>4 Resümee</b>	<b>50</b>
4.1 Aachener Befunde	50
4.2 Raumbezogene Governanceforschung	55
Literatur und Abbildungsnachweis	57
Anhang: Interviewleitfaden und Liste der Gesprächspartner	60

## o. Intro

Die Studie setzt sich mit stadtentwicklungsrelevanten Akteuren in Aachen auseinander, die einen Bezug zu demographischen und klimatischen Veränderungen vor Ort haben. Die Ausführungen basieren auf empirischen Befunden des Projektes City2020+: Dargestellt werden Sichtweisen und Blickwinkel der Akteure auf aktuelle und zukünftige demographische und klimatische Herausforderungen in Aachen.

### o.1 Ausgangspunkte

Der Klimawandel trifft nicht alle Gegenden gleichermaßen. Die klimatischen und demographischen Folgen unterscheiden sich sowohl groß- als auch kleinräumig: In Deutschland etwa werden im Oberrheingraben die Hitzetage zunehmen, Regionen des Ostens müssen mit mehr Trockenheit rechnen, an Küsten und entlang großer Ströme ist Hochwasserschutz gefordert, andere Regionen müssen beispielsweise um den Verlust ihrer wirtschaftlichen Basis (z.B. Wintertourismus) fürchten und so fort.

Mit ebenfalls ausgeprägten regionalen Unterschieden verlaufen demographische Entwicklungen in Deutschland. Die Einwohnerzahlen einiger Städte steigen, in anderen sinken sie und in wieder anderen verändern

sie sich in absehbarer Zeit kaum. Diese verschiedenen Entwicklungspfade sind durchaus in räumlicher Nachbarschaft zu finden: Während beispielsweise zahlreiche Städte des Ruhrgebietes schrumpfen, verzeichnen angrenzende Umlandstädte noch Wachstum. Ebenso kann es innerhalb einer Stadt ein Mosaik aus prosperierenden und schrumpfenden Stadtteilen geben. Und auch hier wird von einer gesellschaftlichen Gesamtaufgabe gesprochen, wenn es um den Umgang mit den neuen Herausforderungen (weniger Kinder, mehr Ältere, andere Wohnbedürfnisse, Leerstand usw.) geht.

In Anbetracht der verschiedenen Entwicklungsverläufe und räumlichen Ausprägungen kann es keinen einheitlichen Umgang mit den veränderten Bedingungen geben. Demzufolge ist hinsichtlich notwendiger Strategien – sei es nun für demographische Aufgaben oder Klimaschutz bzw. -anpassung – lokal und regional eine Verständigung darüber zu erzielen, welchen Problemen man sich wie zu stellen hat und welche Handlungspfade am ehesten Erfolg versprechen. Dabei stellt sich die Frage, ob es gelingen kann, einen auf breiter Basis mitgetragenen Konsens über Ziele und geeignete Maßnahmen herzustellen. Ob und inwiefern es mit Blick auf den Klimawandel zu entsprechenden Vermeidungs- wie auch Anpassungsstrategien kommt, oder inwiefern den demographischen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt sowie bei der Siedlungsentwicklung Rechnung getragen wird, hängt stark von den jeweiligen raumwirksamen Akteuren vor Ort ab. Und hier ist wiederum zu beachten: Die Betroffenheiten sind bei den einzelnen städtischen Akteuren ebenso verschieden wie die Anpassungsmöglichkeiten und -bestrebungen. Und so stellen Greiving und Fleischhauer (2008, 64) fest: »Die Resilienz [...] einer Gesellschaft in Bezug auf Klimarisiken definiert sich über Verständnis, Akzeptanz und Beteiligung der Gesellschaft an politischen Diskussionen.« Somit wird auch die Anpassungsfähigkeit einer Gesellschaft, die adaptive capacity, in einem hohen Maße von lokaler Governance geprägt (vgl. auch Frommer 2009, 132).

Lokale Klima- wie auch Demographiepoltik sind folglich nicht nur Angelegenheit öffentlicher Akteure. Umweltamt, kommunale Kli-

#### City2020+

Das Forschungsvorhaben ist im Human Technology Centre (HumTec) an der RWTH Aachen angesiedelt und wird durch Exzellenzmittel des Bundes und des Landes NRW gefördert. Über die Untersuchung städtischer Governance-Prozesse hinaus sind die Ziele des Projektes (vgl. Schneider et al. 2010 sowie <http://www.humtec.rwth-aachen.de>):

- die Identifizierung der Zusammenhänge zwischen städtischen Mikroklimaten, gesundheitlichen Auswirkungen sowie urbaner Strukturen und Prozesse;
- die Beurteilung der Risiken für die Menschen, die unter diesen Bedingungen arbeiten und leben;
- die Entwicklung von Anpassungsstrategien für Einwohner und Unternehmen vor Ort, um trotz der Veränderungen gesund leben, produktiv arbeiten und ein zukunftsfähiges städtisches Leben führen zu können.

maschutzbeauftragte oder andere städtische Einrichtungen allein können diese komplexen Herausforderungen nicht bewältigen. Alle sind gefragt. Viele müssen ihre bisherigen Verhaltensweisen überdenken, damit die Entwicklung der Stadt und der Umwelt ihren Verlauf ändert. Bezogen auf Klimawandel und lokale Klimapolitik sind die einzelnen Haushalte in ihrem alltäglichen Konsum-, Freizeit-, Mobilitäts- und Wohnverhalten ebenso bedeutsam wie große Wirtschaftsunternehmen und andere Akteure der Stadtentwicklung. Mit Blick auf demographische Herausforderungen sind Bauträger, Architekten, Projektentwickler, Verkehrsbetriebe und viele mehr gefordert.

In früheren Zeiten wurden diese Akteure von staatlicher Seite vor allem als »Adressaten« – von rechtlichen Rahmensetzungen oder (finanziellen) Anreizprogrammen – angesehen. Später setzte sich die Erkenntnis durch, dass darüber hinaus kooperatives Handeln notwendig sei (Selle 2005, 2008). Für komplexe klimapolitische Ziele im städtischen Kontext ist somit festzustellen: Sie können nur in integrierten, ressortübergreifenden Handlungsansätzen verfolgt werden. Gefragt sind mehrdimensionale Perspektiven, Politikfelder vernetzende Handlungsansätze und ein »Akteurspluralismus« mit relevanten öffentlichen wie privaten Akteuren aus vielen Gesellschaftsbereichen (Garrelts et al. 2008, 72; Frommer 2009, 134).

## 0.2 Ein Workshop und Gespräche vor Ort

In dem Bewusstsein, es mit einer Bandbreite an Personen zu tun zu haben, ist erst einmal die Frage zu stellen, welche Sichtweisen lokale Akteure überhaupt auf die klimatischen und demographischen Herausforderungen haben. Diese Frage wird – neben weiteren – im Projekt »City2020+ – Engineering Life Quality for the Future. The City under Global Demographic and Climate Challenges« aufgegriffen und am Beispiel der Stadt Aachen untersucht:

- Wie nehmen zentrale stadtentwicklungsrelevante Akteure klimatische und demographische Veränderungen wahr?
- Welche Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten machen sie aus – vor allem im eigenen Tätigkeitsbereich?

- Welche Schwierigkeiten sehen sie vor Ort im Umgang mit klima- und demographierelevanten Aufgaben?

Dabei kann und soll es nicht um Klima- und Demographieverpolitik in ihrer gesamten Breite und über alle Ebenen hinweg gehen. Fokussiert werden stattdessen zentrale Handlungsfelder der baulich-räumlichen Stadtentwicklung: Siedlungsentwicklung, Neubau und Bestandsentwicklung und damit verknüpft auch Aspekte der Mobilität bzw. verkehrliche und infrastrukturelle Fragen.

Forschungsmethodisch wird dabei eine Perspektive eingenommen, die nicht das öffentliche Handeln in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt, sondern die Vielzahl der Akteure und die Gestaltung der Interdependenzen ihrer Aktivitäten in den Blick nimmt (vgl. Benz 2007, Schuppert/Zürn 2008). Für die Nutzung einer derartigen Governance-Perspektive in den raumbezogenen Wissenschaften ist wesentlich, dass sich ein großer Teil der wechselseitigen Bezüge und Abhängigkeiten über den Raum oder die Umwelt herstellt. Diese Interdependenzen sind nicht einfach nur »gegeben«, sondern können durch die Akteure gestaltet werden (vgl. Schimank 2007, 30).

In diesem Beitrag stehen die lokalen Akteure und ihre Sichtweisen auf die klimapolitischen und demographischen Herausforderungen vor Ort im Fokus. Die Ausführungen basieren auf Interviews mit stadtentwicklungsrelevanten Akteuren aus Aachen, die einen Bezug zu klimatischen und demographischen Themen haben.

Der Interviewreihe ging ein Akteursworkshop voraus, der im November 2009 in Aachen stattfand. Die Ergebnisse wurden in der Reihe PT-Materialien Band 25 dokumentiert (Klemme/Selle 2010 a). In der Veranstaltung mit Aachener Akteuren und externen Experten wurden »Klimatische und demographische Veränderungen als Gegenstand von lokalen Governanceprozessen« diskutiert.

Die Interviewreihe diente dazu, das Spektrum der Einschätzung durch weitere Akteure zu ergänzen. Gleichzeitig sollten einzelne Hinweise und Befunde aus dem Workshop in den Interviews aufgegriffen und vertieft bzw. überprüft werden.



Abb. 1 und 2  
Akteursworkshop im  
November 2009, an  
dessen Ergebnisse die  
Interviewreihe anknüpft.

Im Anschluss an die Auswertung des Workshops wurde ein Leitfaden für die Interviewreihe konzipiert (siehe Anhang). Und im Sommer 2010 wurden in einer ersten Runde 15 Interviews mit Aachener Akteuren durchgeführt, die im Frühjahr 2011 durch fünf weitere Interviews ergänzt wurden. Gesprächspartner waren öffentliche Akteure aus Politik und Verwaltung, Vertreter öffentlicher Unternehmen, private Akteure aus der Wirtschaft sowie aus Interessensvertretungen wie Kammern und Vereinen (siehe Liste im Anhang).

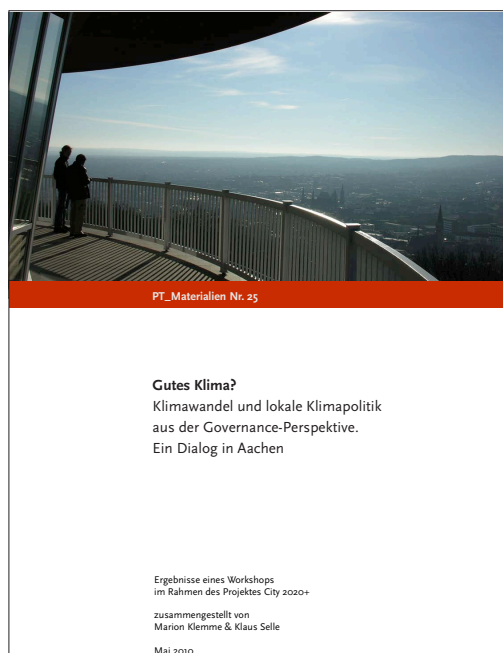
In einem rund 60 Minuten umfassenden Gespräch wurden jeweils verschiedene Facetten des demographischen und klimatischen Wandels thematisiert. Im Fokus standen dabei die wahrgenommenen Konsequenzen aus den veränderten Rahmenbedingungen und aktuelle wie zukünftige Aufgaben für die Stadtentwicklung.

Im Folgenden werden wesentliche Erkenntnisse aus den Interviews zusammengefasst, wobei O-Töne anonym wiedergegeben werden. Da einzelne Themen aus dem Workshop in den Interviews aufgegriffen wurden und im Zusammenhang ausgewertet und weitergedacht werden sollen, fließen an ausgewählten Stellen auch Workshop-Befunde ein. Das betrifft vor allem den Teil, der sich mit klimatischen Aspekten befasst. Darüber hinaus fließen in die Auswertungen Aussagen Aachener Schlüsselpersonen ein, die im November 2010 im Rahmen des Masterplanprozesses Aachen\*2030 geführt wurden (BKR Aachen Castro & Hinzen; netwerk@pt 2010).

Im Kapitel 1 werden Aussagen zu demographischen Veränderungen und Anforderungen in Aachen zusammengefasst, Kapitel 2 befasst sich mit entsprechenden klimatischen Fragestellungen. Kapitel 3 widmet sich Bezügen zwischen beiden Themengebieten, wie sie von den Interviewpartnern gesehen wurden. Abschließend werden im Kapitel 4 einige Hinweise zur raumbezogenen Governanceforschung gegeben, die sich aus dieser empirischen Untersuchung ableiten lassen.

links Abb. 3:  
Dokumentation des  
Akteursworkshop im  
November 2009

rechts Abb. 4:  
Dokumentation der im  
Rahmen des Master- und  
Flächennutzungsplans  
Aachen\*2030 geführten  
Schlüsselpersonen-  
gespräche



## 1. Demographische Veränderungen in Aachen

Wie werden sich die Aachener Bevölkerungszahlen entwickeln? In der Stadt kursieren verschiedene, sich teilweise widersprechende Bevölkerungsprognosen, die in ihrer Aussage von einem prognostizierten Bevölkerungswachstum bis hin zu einem Bevölkerungsrückgang reichen. Während vereinzelte Gesprächspartner davon ausgehen, dass die Einwohnerzahlen in Zukunft noch steigen werden, zweifeln andere Akteure die positiven Wachstumsszenarien an. So scheint unter der Mehrzahl der Befragten Einigkeit zu bestehen, dass im Großen und Ganzen mit einer stabilen Entwicklung der Einwohnerzahlen in Aachen zu rechnen sei. Einige gehen eher von einem leichten Bevölkerungsrückgang aus.

Der demographische Wandel sei dennoch ein Thema. In Aachen spiele vor allem die »veränderte Zusammensetzung der Gesellschaft« eine Rolle, die sich nicht zuletzt erheblich auf die Planung auswirken wird. »Für wen bauen und verändern wir diese Stadt? Welche Menschen wohnen hier und welche werden hier wohnen?« Das ist die zentrale Frage für das Amt für Stadtplanung in Anbetracht demographischer Veränderungen.

»In dem Maße wie sich das Alter einer Gesellschaft ändert, verändern sich auch die Bedürfnisse.« Das betrifft Kindergärten und Schulen, Mobilität in Stadt und Region, die Barrierefreiheit von Gebäuden, ebenso wie die Struktur des Wohnens an sich, wenn beispielsweise ältere Menschen alleine in großen Wohnungen oder Einfamilienhäusern zurückbleiben.

Allerdings sei Vorsicht geboten: nicht alle gesellschaftlichen Veränderungen seien demographiebedingt und in den Diskussionen würden teilweise verschiedene Entwicklungen und Einflussfaktoren miteinander vermengt. So ändern sich Lebensentwürfe im Laufe der Zeit ebenso wie individuelle Wohnbedürfnisse mit ganz eigenen Konsequenzen für die Planung. »Stadtentwicklung ist immer ein dynamischer Prozess. Der wird nicht durch eine Variable allein beeinflusst. (...) Nur ist es schwierig, zu sagen, ob aktuelle Entwicklungen und Bedürfnisse durch den demographischen Wandel oder durch andere Faktoren induziert werden. Zum Beispiel bei den veränderten Wohnformen kann es sich

ja auch um gesellschaftliche Veränderungen handeln – andere Wünsche, andere Vorlieben, Erfahrungen mit gescheiterten Wohnformen für z.B. alte Menschen usw.«

### 1.1 Anforderungen: Stagnation und Alterung

#### Einwohnerzahlen: weniger, mehr oder in etwa gleich?

Die Gesprächspartner teilen mehrheitlich das Interesse, die Einwohnerzahlen Aachens zumindest stabil zu halten. Konkrete Zahlen wurden in den Gesprächen allerdings nicht benannt. Der Wunsch, Einwohner zu halten und ggf. dazuzugewinnen, wurde eher allgemein formuliert. Es komme also darauf an, was man als Stadt wolle: »Wenn sie als Stadt wollen, dass sich die Anzahl ihrer Bürger erhält, dann ist Demographie logischerweise ein Thema.« Die Einen sehen die zukünftige Bevölkerungsentwicklung als gesetzt oder weisen auf die globalen Zusammenhänge hin: »Ob Demographie hier ein Thema wird, das wird nicht bei uns entschieden. Stellen Sie sich vor, die Europäische Union beschließt, die weg brechenden Jugendlichen zu ersetzen (...) indem wir mehr Gastarbeiter nach Europa lassen.« Daher sei der demographische Wandel keinesfalls »in Stein gemeißelt«. Andere Gesprächspartner sehen trotz globaler Zusammenhänge auch lokale Anknüpfungspunkte. Die unterschiedlichen Prognosen für Aachen würden zeigen, dass die Einwohnerentwicklung keinesfalls festgeschrieben sei, sondern aktiv beeinflusst werden könne und müsse. Das empirica-Gutachten (empirica 2009), das für Aachen erstellt wurde, habe beispielsweise verschiedene Szenarien benannt, von denen schließlich die Variante »Wohnungsmarktoffensive« (aktuelle Einwohnerzahl wird annähernd gehalten), politisch beschlossen worden sei. »Dies setzt schon erhebliche Zuwanderung, erhebliche Anstrengungen auf dem Wohnungsmarkt voraus, um die Leute an Aachen zu binden.« Von einem Gesprächspartner wurde dazu explizit in die Region geschaut: »Wir müssen die Leute aus dem Umfeld anziehen, die Leute sollen ihren Lebensmittelpunkt nach Aachen verlagern.« Dadurch

würde jedoch die Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern in der Stadt vermutlich steigen. Andere fokussieren in diesem Kontext daher eher die Studierenden in Aachen, deren Wohnbedürfnisse in der Innenstadt eher gedeckt werden können: »Viele ziehen nach dem Studium wieder von dannen. Diese Abwanderung gilt es zu stoppen. Wir müssen es schaffen, die Studenten über ihr Studium hinaus in Aachen zu halten.« Insgesamt müsse man also in die »Breite des Wohnungsmarktes gehen«, um die unterschiedlichen Nutzergruppen durch attraktiven Wohnraum an Aachen zu binden.

Mit dem Ziel die Einwohnerzahlen zu stabilisieren, gehen weitere Anliegen einher: Es gilt, sich als Stadt im Standortwettbewerb behaupten zu können und dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Dazu müssten wiederum Wohnangebote und Arbeitsplätze geschaffen sowie die Gesamtattraktivität der Stadt verbessert werden, so die Stimmen der Wirtschaftsförderung und einiger Politiker. Zahlreiche Gesprächspartner thematisieren in diesem Kontext die Qualitäten Aachens, wie die historische Bausubstanz oder die Grüngelände (Lousberg), die zu bewahren und auszubauen seien. Es gilt, »das Gesicht der Stadt (zu) hegen und pflegen.«

Um die Einwohnerzahlen in Aachen zu halten müsse das Gesicht der Stadt gehegt und gepflegt werden. Dazu gehören laut der Gesprächspartner sowohl Grüngelände wie der Lousberg (Abb. 5 links) als auch die umfangreiche historische Bausubstanz (Abb. 6 rechts: Aachener Dom).

Vereinzelt wird auf den Ausbau der Infrastruktur als tragende Kraft der Stadtentwicklung gesetzt: Nur durch eine »vernünftige Infrastruktur« (v.a. Schulen, Sport) könne die Weiterentwicklung der Region gelingen.

Der große Hoffnungsträger zahlreicher Gesprächspartner aus dem öffentlichen wie auch privaten Sektor ist die anstehende Erweiterung der RWTH-Hochschuleinrichtungen, zusammengefasst unter dem Schlagwort »RWTH Campus«. Hier sind die Vorzeichen

auf Expansion gestellt. »Die Campus-Projekte sind ein Geschenk für die Stadt.« Die zentralen Ziele sind, noch mehr junge Menschen nach Aachen zu ziehen, weitere hochqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen sowie bauliche Aufwertungen der Campus-Bereiche zu realisieren.

Die zugrunde liegenden Studierendenzahlen werden mehrheitlich als realistisch eingeschätzt. Allerdings seien ab 2020 gezielt internationale Studierende einzuwerben. »Die Hochschule ist aufgrund ihres guten Rufes in der Lage die Menschen an sich zu binden. (...) Andere Unis werden da mehr Probleme haben. Aachen wird sich international orientieren – auch in Richtung der Länder, die kein Demographie-Problem haben.« Mit dem Bestreben gehen neue Herausforderungen einher: Will man sich verstärkt international ausrichten, so entstehen umfassende Integrationsaufgaben. Im Hinblick auf die baulich-räumliche Entwicklung sind zudem Bauvorhaben umzusetzen, die zu »einer guten Mischung« und nicht zu »einseitigen Studentenquartieren« oder »Professorenvierteln« führen. Dabei seien auch die Anforderungen der jeweiligen Zielgruppen zu überdenken, denn im Hinblick auf das studentische Wohnen hätten die »privaten Märkte bisher eher Käfighaltung betrieben«, was die Stadt für die Zukunft ausdrücklich ablehne. »Für den Fall, dass die Studierendenzahlen langfristig nach unten gehen, wollen wir uns keine Halden an den falschen Standorten schaffen.« Integration soll hier als Chance, als Entwicklungsoption und nicht als Problem gesehen werden, so war seitens der Politik zu hören. »Unsere gesellschaftliche Ressource liegt in dem Bereich Integration und die ist Bestandteil des demographischen Wandels.«







### Mehr ältere Stadtbewohner

Wichtiger als die Frage nach der Anzahl der Einwohner sei für Aachen jene nach der Altersstruktur, denn wesentliches demographisches Thema sei das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung. Auch wenn Aachen statistisch betrachtet eine vergleichsweise junge Stadt sei, würde eine starke Alterung offensichtlich, wenn man den hohen Anteil der zwischen 18-25-Jährigen einmal außen vor lasse. Das Thema wird von allen Gesprächspartnern angesprochen, auch wenn sie damit jeweils verschiedene Anliegen verbinden: Um den Trend ggf. noch etwas abschwächen zu können, sollen grundsätzlich mehr junge Menschen nach Aachen geholt werden. Andere wünschen sich, dass Wege gefunden werden, um der jüngeren Generation wieder schmackhaft zu machen, mehr Kinder zur Welt zu bringen.

Die meisten Gespräche drehten sich allerdings vermehrt um die Frage, wie die Stadt und der Verkehr zu entwickeln sind, dass alle Generationen – und vor allem Ältere – in Aachen optimale Bedingungen vorfinden können. Als Kernanliegen kristallisierte sich die barrierefreie Planung und Gestaltung von Stadträumen, Gebäuden und Verkehr ab. Das Bewusstsein sei heute unter Bau- und Planungsakteuren bereits ausgeprägt, v.a. in den 1990er Jahren hätte es einen Schub in diese Richtung gegeben, so die Einschätzung eines Interviewten. Obschon das noch lange nicht bedeuten müsse, dass Vorhaben durch-

gehend dementsprechend umgesetzt würden. Vorgaben können diesbezüglich nur im Bereich öffentlicher Bauten gemacht werden. »Das wird auch gemacht. Zumindest ein gewisser Prozentanteil wird den Anforderungen entsprechend umgesetzt, beispielsweise durch die gewoge. (...) Die Privaten sind unterschiedlich aufgestellt: Einige sehen hier ein wichtiges Geschäftsfeld (z.B. barrierefreies Wohnen für die gut gestellte Mittelschicht), andere machen in dem Bereich gar nichts.« (Anm. d. Verf.: Die gewoge ist das größte Aachener Wohnungsunternehmen.)

Verbunden mit der Alterung ist auch ein erhöhter Bedarf nach ärztlicher Akutversorgung sowie im pflegenden Bereich. »Da wir immer älter werden, werden wir auch immer kränker.« Schon heute ließen sich viele Krankheiten auf ein erhöhtes Alter zurückführen, wodurch die Patientenzahlen in den Krankenhäusern und der Bedarf an ambulanter Pflege steigen. Somit sei die Diskussion über die Reduzierung von Betten nicht angemessen, sondern es müssten vielmehr über flexible Belegungsstrukturen der ärztlichen Infrastruktureinrichtungen nachgedacht werden.

Eine weitere Konsequenz des demographischen Wandels sei die sinkende Zahl der Schulkinder. Hier sei eine veränderte Schulpolitik gefragt: Einerseits sei Infrastruktur zu reduzieren, andererseits über neue Schulmodelle (z.B. Zwergenschule) oder Generation übergreifende Konzepte nachzudenken.

Wesentliches demographisches Thema in Aachen sei das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung, das schon heute im Stadtbild erlebbar sei. Links Abb. 7: Szene gegenüber des Elisenbrunnens Rechts Abb. 8: Szene auf dem Münsterplatz

## 1.2 Demographie im Bewusstsein Aachener Akteure: Bewusstsein ohne Handlungsrelevanz

Nach Einschätzung eines öffentlichen Akteurs, ist das Demographie-Bewusstsein der lokalen Akteure unterschiedlich ausgeprägt. In der öffentlichen Sphäre (Verwaltung, Politik, öffentliche Einrichtungen, Träger öffentlicher Belange) sei das Thema angekommen. Bei Projektentwicklern oder Architekten hänge es eher von der Einzelperson ab, inwiefern demographische Belange bei Bauvorhaben berücksichtigt werden. »Teils gibt es innovative Ideen, teils immer noch Null-Acht-Fünfzehn-Lösungen ohne Bezug zur Demographie.« Bei baulichen Vorhaben kann der Planungsausschuss hier allerdings als Korrektiv fungieren: Auf entsprechende Mängel sei bei der Vergabe von Baurecht hinzuweisen.

Dass ein vorhandenes Demographie-Bewusstsein gut und wichtig sei, aber leider nicht zwangsläufig in entsprechendes Handeln münde, wurde von einigen Seiten kritisch betrachtet. Hier rückten in einigen Gesprächen vor allem die politischen Akteure in den Blick, so auch den Rat: »Die Erkenntnis, dass sich etwas ändern muss, z.B. im Verkehr, ist da. Aber immer wenn eine konkrete Entscheidung, ein Beschluss ansteht, dann kommt die große Zurückhaltung.« Dazu ein Beispiel: Beständig kommt das Thema auf, Bushaltestellen am Fahrbahnrand anstelle von Haltebuchten einzurichten. »Alle finden das wichtig, weil es viele Vorteile für den Busverkehr hat: besseres Ein- und Aussteigen für behinderte Menschen, Zeitersparnis, weniger Platzbedarf usw. Doch wenn der Beschluss ansteht, dann kommen die Bedenken, dass gleich der ganze Verkehr zusammenbricht.« In der konkreten Entscheidungssituation würden andere Aspekte höher bewertet. »Dann wird pro Auto gedacht.« Dazu kommt die Angst vor Veränderungen: »Bislang funktioniert es. Vielleicht mehr schlecht als recht, aber es funktioniert. (...) Man hat Angst vor einer schlechten Presse, falls bei der Veränderung Probleme auftreten (...). Und dann lässt man es lieber so wie es ist.«

Demographische Fragen werden auch in der planungsbezogenen Stadtverwaltung in den Blick genommen. Sie tauchen in ganz verschiedenen Arbeitsbereichen als Querschnittsthema auf. So z.B. im »Masterplan Aachen 2030« oder im »Handlungskonzept Wohnen«. Und letztendlich müssen sich alle Anforderungen – und damit auch die demographischen – in den Bebauungsplänen wiederfinden. Es gibt allerdings Stimmen, die sich dafür stark machen, dass das Thema an einer Stelle zentral bearbeitet werden müsste: »Das Thema taucht zwar immer wieder an einzelnen Stellen auf – z.B. Wohnen, Kindergarten, Entwicklung Schulplätze – wird aber nicht in der Verwaltung gebündelt.« Nur so könnten die Aktivitäten der Stadt bezüglich des Themas sinnvoll koordiniert werden: »Sonst weiß die linke Hand nicht, was die rechte tut.«

Kritische Stimmen geben zu bedenken: »Die Stadtverwaltung muss die Verantwortung für die Themen tragen. (...) Das Thema wurde bislang nicht durchgehend angepackt. (...) Ich würde mir wünschen, dass demographischer Wandel in der Verwaltung durchgehend als Planungsrestriktion verstanden wird und nicht nur als singuläres Ereignis.«

## 1.3 Demographieorientierter Handlungsbedarf vor Ort

Die Gespräche drehten sich vor allem um den demographiebedingten Handlungsbedarf in der Stadt. Je nach Tätigkeitsbereich werden verschiedene Bereiche hervorgehoben:

- Akteure der baulich-räumlichen Entwicklung sehen insbesondere Planungsaufgaben zu Siedlungsentwicklung, Wohnen und Mobilität,
- Versorger v.a. Fragen zu Energieversorgung und -verbrauch und
- die mit Wirtschaft befassten Akteure vor allem den Fachkräftemangel und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf usw.

Im Folgenden sollen die Themen vertieft werden, denen in den Gesprächen am meisten Aufmerksamkeit zuteil wurde und die verstärkt Relevanz für das Forschungsvorhaben City2020+ haben.

## Siedlungsentwicklung

Verschiedene Gesprächspartner gehen davon aus, dass der demographische Wandel in Aachen aktuell keine bemerkenswerte Reduzierung der Flächenbedarfe mit sich bringen wird. Damit sei allenfalls in 10-20 Jahren zu rechnen. Und dennoch sei bei der weiteren Entwicklung von Flächen Vorsicht geboten. Das sei neben dem Bevölkerungsrückgang vor allem der notwendigen Sicherung von Grünflächen in der Stadt geschuldet, die wichtig für Lebensqualität und Stadtklima seien. Der Erhalt von Grünflächen schränke die Flächeninanspruchnahme ein: »Man kann heute nicht mehr in jede Himmelsrichtung, für jede Geschmacksrichtung und jedes Portemonnaie eine schöne Fläche anbieten. (...) Das wäre nicht langfristig gedacht. Und auch wir werden – wenn auch in einem überschaubaren Maße – schrumpfen. Da können wir keine Grün- und Rückzugsräume mehr vernichten. (...) Und ich möchte auch nicht in zwanzig Jahren über Rückbau nachdenken müssen. (...) Wenn man da klug und vorausschauend denkt, kann man sich das ersparen.« Als Leitlinie wurde seitens des Stadtplanungsamtes benannt: »Gezielte Entwicklungen steuern, aber nicht über alle Maßen neue Flächen entwickeln«.

Die »kompakte Stadt« oder die »Stadt der kurzen Wege« gelten v.a. für ältere und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen als Erfolgsmodell, um den Alltag zu meistern.

Die Tatsache, dass es nicht mehr viele größere zusammenhängende Entwicklungsflächen in der Peripherie Aachens gibt, dürfe die Innenentwicklung und Nachverdichtung unterstützen, auch wenn bereits Grenzen der Bestandsentwicklung sichtbar werden. So hat das Stadtplanungsamt 2009 ein Baulückenkataster und eine Eigentümermobilisierung auf den Weg gebracht, die sich als sehr aufwändig (Eigentümer – v.a. alte Menschen, Erben, Nicht-Aachener – identifizieren, aufsuchen, mobilisieren) und wenig ertragreich erwiesen. »Die Erfolgsquote lohnt den Aufwand nicht«, urteilt ein Gesprächspartner. Die Nachverdichtung auf einzelnen Privatgrundstücken sei mühsam und bringe »wenig Masse«. Erfolgsversprechender sei da noch die Nachverdichtung auf kommunalen Grundstücken. Auch seitens der Wirtschaftsförderung wird die Siedlungssteuerung über eigene kommunale Flächen befürwortet. Allerdings wird hier dafür votiert, mehr Reserverflächen vorzuhalten.

Im gewerblichen Bereich gab es in den letzten Jahren Verschiebungen in der Nachfragestruktur: Es zeichnet sich eine wachsende Nachfrage nach Flächen für Gesundheitseinrichtungen, Vitalzentren, Wellness-Angebote, Seniorenwohnheime u.ä. ab. Die Nachfrageverschiebung könne teils demographiebedingt sein, teils handle es sich um Wachstumsbranchen, die an veränderte Konsumpräferenzen gekoppelt seien.



Abb. 9: Die kompakte Stadt gilt vielen vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft aufgrund ihrer kurzen Wege und hohen Versorgungsdichte als Erfolgsmodell. Hier: Blick auf die Theaterstraße.

## Wohnen

In der Auseinandersetzung mit demographischen Herausforderungen thematisieren die meisten Gesprächspartner den Bereich des Wohnens. Es geht dabei um:

a) Wohnsituationen, -bedarfe und -wünsche einer sich (demographisch) wandelnden Gesellschaft

b) Mehr Ältere: ältere Bewohner, ältere Eigentümer, ältere Konsumenten...

Zu a) Demographische und gesellschaftliche Veränderungen gehen in ihren Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt Hand in Hand. Diese Aussage scheint unbestritten zu sein. Eine grundlegende, die kommunalen Akteure umtreibende Frage, lautet: »Wie viele Wohnungen muss ich für welche Verhältnisse bereit halten?« Hier sei die Kommune gefragt, die Entwicklungen im Blick zu behalten. »Den Investoren ist das nicht so wichtig, aber die Stadt muss hier aufpassen.« Aufgabe der Stadt sei es, Wohnangebote und Wohnwünsche in Aachen zu prüfen: »Wer möchte wie leben? ...hinsichtlich Größe, Lage, Ausstattung, Stellplätze, Freiflächen, Parks, Versorgung, nachbarschaftliche Einbindung usw.« Die kommunale Planung ist gefragt, um

1. die Bevölkerungsstruktur und die Bedürfnisse zu erfassen,
2. in Kontakt mit der Wohnungswirtschaft die Bedarfe zu ermitteln und
3. mögliche, bedarfsorientierte Angebote der Stadt zu eruieren.

Den Wohnungsbestand demographieorientiert weiterzuentwickeln gelänge allenfalls über Wohnungen im städtischen Eigentum. Steuernde Möglichkeiten bieten dabei auch mietpreisgebundene Sozialwohnungen. In der kommunalen Wohnraumentwicklung wird – Aussagen aus dem Stadtplanungsamt zufolge – darauf geachtet, dass mehrere Generationen an einem Standort zusammenleben, gemeinschaftliches Wohnen gefördert wird und günstige Grundstücke in Stadtteilen, die derzeit vergleichsweise stark altern, vor allem an kinderreiche Familien vergeben werden (Bsp. Siedlungen um Erzberger Allee, Am Branderhof). Darüber hinaus sei die Wohnungsmarktentwicklung auch für den

Standortwettbewerb entscheidend. Verschiedene Akteure sprechen sich für die Schaffung von »mehr attraktivem Wohnraum« aus, sowohl für Familien als auch für Führungskräfte.

Darüber hinaus müsse Aachens Attraktivität als dauerhafter Wohnort für junge Leute gestärkt werden. Es gilt, diese Klientel über ihr Studium hinaus in der Stadt zu halten.

Zu b) In nahezu sämtlichen Interviews wurde die Zukunftsaussicht einer älter werdenden Gesellschaft mit dem Thema Wohnen in Verbindung gebracht. Auch wenn die Gesprächspartner je nach Tätigkeitsbereich unterschiedliche Facetten angesprochen haben, so zeigte sich, dass das Thema ganz verschiedene Akteure beschäftigt. Und auch im Planungsausschuss sei das Thema »merklich häufiger auf der Tagesordnung« als früher.

Die Interviews drehten sich häufig um Aspekte des altengerechten Wohnens:

- Neben »die üblichen Altenheime« müssten neue Wohnformen treten und für verschiedene Lebensstile entsprechende Angebote bereithalten (Alten-WGs, betreutes Wohnen, generationenübergreifendes Wohnen etc.).
- Altengerechte Wohnangebote richten sich dabei keinesfalls nur an sehr alte und bereits eingeschränkte Menschen, sondern es müssten rechtzeitig, für die Einzelperson langfristig nutzbare Angebote (also z.B. Wohnen ab 50+) entwickelt werden.
- Es bestehe ein Bedarf nach innerstädtischen Wohnungen in kleinen Einheiten.
- Bestandwohnungen müssten alten- bzw. behindertengerecht umgerüstet werden (Aufzüge, Duschen, verbreiterte Durchgänge u.a.), v.a. im privaten Sektor bestehe hier Nachholbedarf. Ein Gesprächspartner erläutert, dass in Aachen derzeit nur ca. 1% des gesamten Gebäudebestandes barrierefrei seien, in zehn Jahren jedoch schon 5 % gefordert seien. »Wie hier innerhalb der nächsten zehn Jahre rund 4 % barrierefrei saniert werden sollen, ist noch unklar.«
- »design for all« wurde als sinnvolles Konzept aufgegriffen; das Handwerk müsse entsprechend geschult werden: »Schön UND brauchbar ist gefragt.«
- Die Tatsache, dass alte Menschen oft allein in einem großen Haus oder auf ei-

nem großen Grundstück wohnen, veranlasst einige darüber nachzudenken, wie dieser Klientel (kleinere) Alternativen schmackhaft gemacht werden könnten.

- Eine Gesprächspartnerin sieht in der Finanzierung des Wohnens von Älteren mit wenig Rente ein wichtiges Zukunftsthema. In Anbetracht der Rentenlage und der steigenden Energiepreise werde es für einige grundsätzlich schwierig, ihr Leben zu finanzieren.

Und damit sei dann auch bereits eine wesentliche Rahmenbedingung angesprochen: die Finanzierung. Mehrfach wurde erwähnt, dass beispielsweise der Wohnungsumbau mit altersgerechter Ausstattung nur wenigen Investoren möglich sei. »Das geht nicht bei Eigentümern, die nur 1-2 Häuser haben. (...) Die haben nicht die Mittel, bekommen auch nicht die Mittel und haben v.a. auch nicht den Mut, so ein großes Vorhaben anzugehen.« Viele Kleineigentümer leben von den Mieteinnahmen und haben kein weiteres Kapital. Da reichen die Mittel auch nicht für die hohen Tilgungen, die bei der Inanspruchnahme von KfW-Mitteln (Kreditanstalt für Wiederaufbau) entstehen. Nur sind eben gerade in Zeiten, in denen die Nachfrage nachlässigt, Investitionen zur Modernisierung überlebensnotwendig, da sie Werterhalt und Vermietbarkeit ermöglichen. Die Situation der Eigentümer, die nicht investieren und von den Mieten leben, wurde recht zutreffend beschrieben: »Die Hauseigentümer essen ihr Eigentum langsam auf.« Eine Vermietbar-

keit könne mittel- bis langfristig schwierig werden, v.a. bei Objekten in weniger beliebten Lagen.

Die Investitionsbereitschaft wird wiederum selbst durch das Alter beeinflusst. Es gibt zunehmend Eigentümer in einem hohen Alter. Die Bereitschaft, sich mit einem Umbau und dem daraus entstehenden Aufwand zu befassen, sowie die Risikobereitschaft nehmen im Alter ab. Und zu alledem erhalten Ältere in Anbetracht der eher kürzeren verbleibenden Lebenszeit auch nicht ohne weiteres einen Kredit.

Interessengemeinschaften wie Haus und Grund versuchen, die Eigentümer hinsichtlich der Notwendigkeit einer Modernisierung von Wohnhäusern zu sensibilisieren. Gerade in peripheren Lagen könne es um die Vermietbarkeit in Zukunft schlecht bestellt sein. »Wenn man Richtung Eifel guckt, dann gibt es da schon jede Menge Leerstand.« Zukünftig werden die Lage (angesehenes, gut angebundenes Quartier) und die Ausstattung und Qualität des Objektes (moderne Sanitärausstattung, niedrige Energiekosten u.a.) noch bedeutender werden, um am Markt zu bestehen. In Anbetracht demographischer Veränderungen in Aachen werde sich eine »zweigeteilte Stadt« noch deutlicher ausprägen als bisher. »In einigen Quartieren zeichnet sich auf dem Mietmarkt eine Deflation ab, die Wohnungen sind schlecht zu vermieten. In anderen haben wir Inflation und Mieterhöhungen sind an der Tagesordnung.« Die

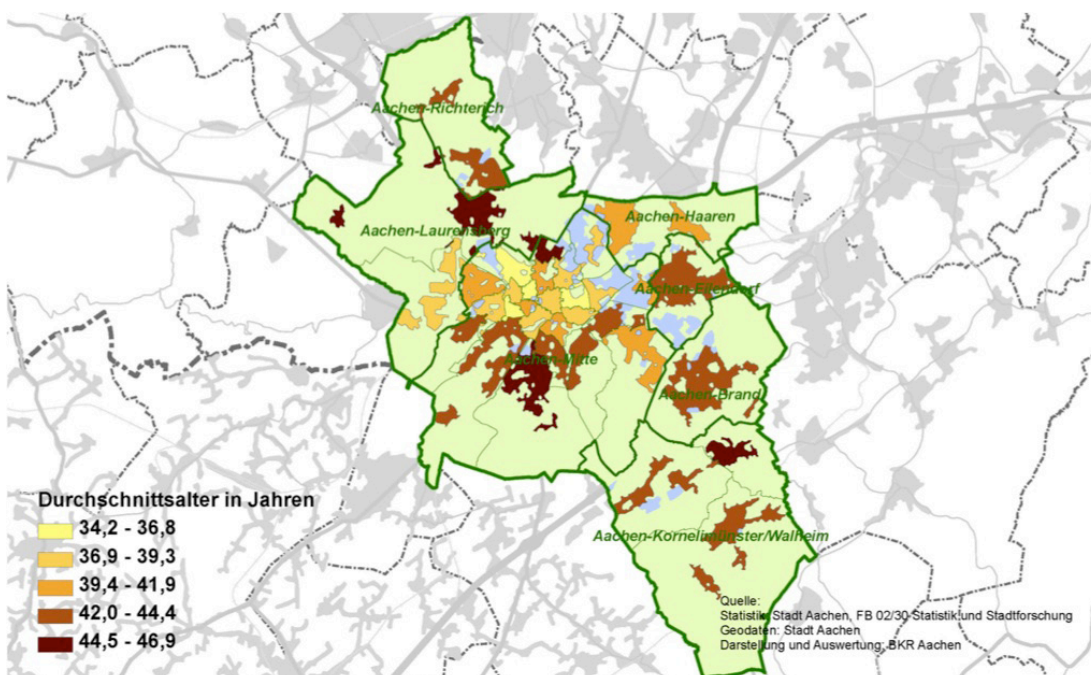


Abb. 10: Die Graphik bestätigt die Aussage eines Gesprächspartners, dass sich die Altersgruppen in Aachen unterschiedlich verteilen: »Die Studenten wohnen überwiegend im Stadtkern oder im Westen. Die ältere Bevölkerung wohnt in einem äußeren Kranz.«

Differenz zwischen den Quartieren – auch zwischen der jeweiligen Bewohnerklientel – werde immer größer, so ein Interviewpartner.

So mache sich auch die Alterung stadtstrukturell bemerkbar: »Die Studenten wohnen überwiegend im Stadtkern oder im Westen. Die ältere Bevölkerung wohnt in einem äußeren Kranz.« Durch die größere Lebenserwartung der Menschen ändere sich nach Aussage eines Experten auch das Verhalten in der Hausübernahme durch die Nachfolgeneration. »Die Kindergeneration zieht nicht mehr in die Elternhäuser, da die Eltern sehr alt werden und die Kinder inzwischen selber gebaut haben. Und die Enkelkinder sind noch zu jung oder gehen zum Studieren in die Stadt.« Dies führe nicht nur zur Vereinzelung vieler älterer Personen, sondern auch zu Schwierigkeiten im (oberen) Mittelstand der Gesellschaft, wenn Einzelpersonen »allein auf 100, 150 oder sogar 200 qm Wohnfläche wohnen. Das ist natürlich nicht nachhaltig, wenn die jungen Familien ihrerseits wieder Häuser bauen (...), dann bekommen wir einen immensen Flächenverbrauch.«

### Verkehr und Mobilität

Zahlreiche Gesprächspartner haben von sich aus den Stadtverkehr und die Mobilität in der Stadt unter demographischen Aspekten betrachtet. Durch fast sämtliche Gespräche zogen sich Aspekte der barrierefreien Gestaltung des Verkehrssektors: Von Bussen über Zuwege zu Haltestellen, sicheren Querungsmöglichkeiten bis hin zu öffentlichen Räumen und Wegen, die keine Stolperfallen bereithalten dürfen, wurden dazu ganz verschiedene Anliegen geäußert. Angebote für Menschen mit eingeschränkter Mobilität (z.B. eingeschränkte Seh-, Hör- oder Gehfähigkeiten) müssten in jedem Teil der Stadt verfügbar sein.

Die Mobilität älterer Menschen wurde in den Interviews intensiv besprochen: Diese würden heute möglichst lange ihre Automobilität bewahren, so dass nicht mit einem Rückgang des MIV-Aufkommens zu rechnen sei. Im Gegenteil, die Motorisierung sei merklich höher als bei früheren Altengenerationen. Und: die jetzige Rentnergeneration verfolge weitaus »mobilere Lebensstile« als noch Altengenerationen zuvor, v.a. die »jungen Al-

ten«. Zudem seien viele Rentnerhaushalte finanziell gut ausgestattet, so dass ein eigenes Auto finanzierbar sei. Der Mobilitätswunsch bleibe lange bestehen und sollte entsprechend ermöglicht werden: Selbstbestimmte Mobilität sei ganz zentral für Lebensqualität im Alter. Allerdings sei verstärkt daraufhin zu wirken, dass ältere Menschen vermehrt den ÖPNV nutzen. Dafür sprechen zum einen Umweltaspekte, zum anderen sei hier die teils eingeschränkte Seh- und Reaktionsfähigkeit älterer Menschen Anlass gebend.

Mehrere Gesprächspartner rechnen mit einem höheren Bedarf an nicht-motorisiertem Personennahverkehr, quantitativ wie qualitativ. In einem Atemzug wurde allerdings auf den bestehenden Verbesserungsbedarf bisheriger Angebote des Umweltverbundes in Aachen hingewiesen:

- Überprüfung des Nahverkehrsnetzes und der Taktung im Busverkehr, v.a. Stadtlagen im Randbereich,
- mehr und funktionalere Fahrradabstellmöglichkeiten in der Stadt,
- Aufbau eines Netzes an Fahrradstationen, auch für Verleihsysteme,
- Breitere und weniger gefährliche Radwege in der Stadt,
- Förderung von Elektromobilität (E-Roller, Pedelecs), um insbesondere Älteren im hügeligen Aachen die Mobilität zu erleichtern.

Die vielfach geforderte Verbesserung des Busverkehrs sieht sich jedoch mit einem großen Finanzierungsproblem konfrontiert: die sinkenden Schülerzahlen haben gravierende Auswirkungen auf den ÖPNV, der größtenteils durch den Schülerverkehr finanziert wird. Nachfrageeinbrüche seien hier absehbar und »keiner weiß, wie die Finanzierung zukünftig laufen soll«. Gute Beispiele gäbe es in Deutschland dazu nicht, jedoch im Ausland: In Frankreich zahlen Arbeitgeber Nahverkehrsabgaben, z.B. zur Finanzierung der Stadtbahnen; Stockholm und London setzen auf Mautsysteme. Das Dilemma: »Weitere Abgaben sind immer unpopulär, aber Buslinien einstellen wäre auch keine Lösung.« Es seien also andere Finanzierungsmodelle gefragt.

Ein weiteres Hemmnis für einen verbesserten Umweltverbund seien die Flächenkonkurrenzen in der Stadt. Um beispielsweise

Fahrradstationen oder weitere Abstellplätze einzurichten, bedürfe es entsprechender Flächen. Dafür böten sich in der Regel jetzige Autoparkplätze an. Aber: »Das gibt immer einen riesen Aufschrei.«

### Infrastruktur und Energie

Aktuell und zukünftig sinkende Schülerzahlen geben Anlass, die Schulplanung in Aachen zu überdenken. Die Schließung erster Schulen ist in der Diskussion. »Das gilt es im Moment zu kommunizieren.« Umnutzungskonzepte zu den Gebäuden seien jedoch noch nicht im Gespräch. Vielmehr gehe es darum, den Immobilienbestand der Stadt zu reduzieren, um Kosten zu sparen. Das grundlegende Problem in dieser Angelegenheit: »Nicht immer fallen die Immobilien leer, die man auch loswerden möchte. Vielleicht sind es gerade die Gebäude, in die man vor drei Jahren noch investiert hat.« Oder gerade die aus energetischen Gründen besonders wirtschaftlichen und erhaltenswerten Gebäude stünden plötzlich leer.

Aber nicht nur die Stadt baue ihren Immobilienbestand zurück. Auch weitere, mit Ausbildung befasste Institutionen wie die Handwerkskammer, sehen sich mit der Notwendigkeit des Rückbaus von Infrastruktur konfrontiert. Die Handwerkskammer strebt hier einen »qualitativen Rückbau« an. Denn »auch wenn einzelne Strukturen nicht mehr benötigt werden, kommen andere hinzu oder werden einzelne Zukunftsbereiche ausgebaut (z.B. Elektromobilität). Das muss man immer in der Gesamtentwicklung betrachten.«

### Erwerbsleben in Aachen

Für die Wirtschaft und somit auch für die kommunale Wirtschaftsförderung sind die Themen a) die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und b) der Fachkräftemangel zentral. »Die Unternehmen finden einfach kein Personal mehr, z.B. in Pflege, Logistik oder Handwerk.« Obleich die Aufgaben Personalrekrutierung und -qualifizierung der Wirtschaftsförderung und weniger der Stadtentwicklung zuzuordnen sind, gibt es hier dennoch deutliche Schnittstellen und Bezüge. Sie sollen deshalb kurz angesprochen werden:

#### a) Vereinbarkeit Familie und Beruf fördern

Zahlreichen Interviews ist zu entnehmen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiges Thema in der Aachener Wirtschaftslandschaft ist, sei es bei Unternehmen, der kommunalen Wirtschaftsförderung, in der Lokalpolitik oder der planungsorientierten Verwaltung.

Da geht es sowohl um weiche Faktoren: »Wir brauchen ein anderes Klima – ein Klima der Familienfreundlichkeit«, als auch um konkrete Maßnahmen, v.a. Dienstleistungen, die es »den Eltern erleichtern, alles unter einen Hut zu bekommen und trotzdem im Job zu bleiben – beide!«

Um die Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu verbessern, werden verschiedene Wege angedacht: Für größere Unternehmen würden passgenaue Dienstleistungen für die Unternehmen diskutiert – von der Kinderbetreuung bis hin zur Pflege von Familienangehörigen. Der Bedarf größerer Unternehmen sei hier enorm und speziell Vorstandsvorsitzende setzten sich massiv für das Thema ein. »Das Engagement und die Bereitschaft, finanziell in Vorhaben mit einzusteigen ist seitens der großen Unternehmen vorhanden.« Hier mache sich der verschärfte Standortwettbewerb bemerkbar und man sei »eben inzwischen auf sämtliche Fachkräfte angewiesen«. Allerdings gäbe es etliche administrative Hürden zu bewältigen »Einen Kindergarten einzurichten ist sehr kompliziert (...), schwieriger als ein Atomkraftwerk zu bauen«, meint ein Gesprächspartner lakonisch. Neue Formen von Betriebskindergärten bzw. Gemeinschaftseinrichtungen von mehreren Betrieben und der Stadt in der Nähe zu den Arbeitsstätten werden diskutiert. Auch interkommunale Fragen werden hier aufgeworfen: Werden Kindergartenplätze in Arbeitsplatznähe, also in der Stadt Aachen, eingerichtet, die auch Bewohner der Region nutzen, müsste es hier zu finanziellen Vereinbarungen zwischen den Kommunen kommen. Das ist eine brisante Frage und in der Umsetzung ein schwieriger Prozess, weil sich Einrichtungen der Umlandgemeinden dann ggf. nicht mehr tragen würden.

#### b) Dem Fachkräftemangel entgegenwirken

Der demographische Wandel geht in Aachen bereits mit einem spürbaren Fachkräftemangel

Abb. 11: Kampagne gegen den Fachkräftemangel der IHK Aachen:  
»Trumpfkarte: Fachkräfte in der Region – IHK Aachen veröffentlicht Daten zu Lage und Aussicht «



Abb. 12: Junge Menschen in Aachen halten und dem Fachkräftemangel entgegenwirken ist erklärtes Ziel. Hier: Bericht-erstattung in der Aachener Zeitung (AZ Nr. 33 vom 09.02.2011, S. 17)

## Lust auf Ausbildung statt Studienfrust

„Switch“: Chance nach Abbruch RWTH und FH

**Aachen.** Eine Schildkröte mit Turboantrieb flitzt durch die Flyer und Plakate des Projekts „Switch“. Denn „Durchstarten statt abwarten“ lautet das Motto der verkürzten Berufsausbildung für Studienabbrecher der RWTH und FH Aachen. Der Startschuss fällt zum neuen Ausbildungsjahr im September.

In 18 Monaten statt der regulären drei Jahre können ehemalige Studenten der MINT-Fächer – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik – dann eine duale Ausbildung zum Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung (IHK) absolvieren. Und sogar Geisteswissenschaftler oder andere Abbrecher mit Nicht-MINT-Fächern aber Kenntnissen im Bereich Hardware- und Softwaresysteme dürfen sich bewerben. Doch egal ob Germanist oder Informatiker: Alle müssen mindestens zwei Semester studiert und 20 Credit Points auf dem Konto haben.

### Eine Modellklasse

Und so verläuft die Turbo-Ausbildung: Am Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung (BWV) in Aachen gibt es eine Modellklasse für das Projekt. Hier gehen die Studienabbrecher einmal wöchent-

### Hier gibt es mehr Informationen

**Mehr Infos** gibt es unter: [www.aachen.de/switch](http://www.aachen.de/switch) oder bei Ulrike Fehsenfeld, Stadt Aachen Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten ☎ 4327657, Mail: [switch@mail.aachen.de](mailto:switch@mail.aachen.de)

**Dort können** sich Studienabbrecher außerdem bis zum 18. April bewerben. Nach Absprache wird die Bewerbung dann an die teilnehmenden Unternehmen weitergeleitet.

lich einen Tag sowie Abend lang zum Unterricht. An den restlichen vier Tagen werden sie in einem teilnehmenden Betrieb ausgebildet. „Fächer, die nicht direkt etwas mit dem Ausbildungsberuf zu tun haben, werden fast auf null heruntergefahren“, erklärt Dr. Günter Scherer, Direktor des BWVs. Entwickelt wurde das Projekt

„Was passiert, wenn wir Fachkräftemangel bekommen? Das Problem konkretisiert sich immer mehr.“

**OBERBÜRGERMEISTER  
MARCEL PHILIPP**

vom Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten der Stadt Aachen in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern – aus zwei Hauptgründen: Die Abbrecherquote von 40 Prozent ist einer.

Mit der RWTH verlassen viele ehemalige Studenten auch die Stadt Aachen. Das soll zukünftig verhindert werden. Der demographische Wandel ist ein anderer. „Was passiert, wenn wir Fachkräftemangel bekommen? Das Problem konkretisiert sich immer mehr“, erklärt Oberbürgermeister Marcel Philipp.

Das zeigt sich an der positiven Resonanz der Unternehmen. So ist die Industrie- und Handelskammer Aachen auf den „Regionalen Industrieclub Informatik Aachen“, einen Zusammenschluss von IT-Unternehmen, zugegangen. Und „eine größere Anzahl von Betrieben hat schon ernsthaftes Interesse bekundet“, verkündet Heinz Gehlen, Geschäftsführer Berufsbildung der IHK Aachen. Sechs Unternehmen konnte die Wirtschaftsförderung bereits fest gewinnen.

Wenn „Switch“ erfolgreich ist, soll das neuartige Pilotprojekt auch für andere Bereiche mit Fachkräftemangel folgen. (au)

gel einher. Der Handlungsbedarf wird von vielen Interviewten auf zwei Ebenen gesehen:

1.) Die Zuwanderung von qualifizierten Menschen werde benötigt. Zu diesem Zweck wird ein umfassendes Standortmarketing (bzgl. harter und weicher Faktoren) als wichtig erachtet. Aber das allein würde nicht ausreichen: Für das Leben der Fachkräfte – v.a. für hochqualifizierte Arbeitnehmer – vor Ort müssten attraktive Angebote geschaffen werden, die einen engen Bezug zur Stadtentwicklung haben. Stichworte waren hier: attraktive Einkaufsstadt, internationale Schulen, mehr Angebote im gehobenen Wohnsegment, moderner Nahverkehr etc. »Das Ziel ist es, dass die Arbeitnehmer mit ihrer Familie auch nach Aachen ziehen und nicht in Düsseldorf oder Köln wohnen.« Insbesondere für Hochqualifizierte und Führungskräfte bestehe ein besonderer Bedarf nach angemessenem Wohnraum, doch in Aachen fehlen Angebote im exklusiven Segment. Hier zeichnet sich ein Zielkonflikt ab: Einige attraktive Lagen, die dafür in Betracht kommen, laufen dem Ziel zuwider, keine weiteren Flächen in Anspruch zu nehmen und Frischluftschneisen von Bebauung frei zu halten.

2.) Insbesondere die wirtschaftsnahen Schlüsselpersonen thematisierten die Notwendigkeit, ältere Arbeitnehmer länger im Job zu halten. Der Anteil der Beschäftigten über 50 Jahre soll deutlich größer werden. Zum Teil würde sich das Bewusstsein diesbezüglich in den Betrieben bereits ändern. Doch auch wenn man »schon wieder mehr auf Ältere und Erfahrene setzt«, so sei eine weitere Sensibilisierung gefragt. Für die Umsetzung bedürfe es der Weiterbildung für Ältere, medizinische Schulungen durch Krankenkassen sowie andere Arbeitsbedingungen bzw. Jobzuschnitte, »da man mit Mitte oder Ende 60 oft nicht mehr so fit und einsetzbar ist wie mit 30.« Insbesondere im Handwerk sei »im Alter« kaum unbegrenzt körperintensive Arbeit leistbar. Neue »Alterskarrieren« müssen innerhalb der Betriebe organisiert werden. In kleinen Betrieben mit weniger vielfältigen Aufgabenbereichen sei das oft schwierig. Kleinere bzw. Familienbetriebe seien zudem noch in anderer Weise vom demographischen Wandel betroffen: Es finden sich immer seltener Kinder, die den elterlichen Betrieb übernehmen. Wird der Betrieb aufgegeben, kann Leerstand drohen. Um Jugendlichen das Handwerk als Berufs-



option schmackhaft zu machen, werden verschiedene Aktionen durch die Handwerkskammer gestartet (Schulpartnerschaften, Teilnahme an Ferienspielen zur Vermittlung von Fertigkeiten und Berufsbildern u.w.).

Auf die Frage, wie denn nun dieser Handlungsbedarf angegangen werden solle und welche Instrumente und Maßnahmen gefragt sind, zeichnete sich ein recht einvernehmliches Bild ab. (Weitere) Subventionen Einzelner wurden eher abgelehnt: »Das kostet nur viel Geld und bringt nichts.« In Anbetracht der Tatsache, dass finanzielle Möglichkeiten begrenzt sind, wurde in erster Linie befürwortet, über Multiplikatoren für andere Vorgehens- und Handlungsweisen bzw. Aktivitäten zu werben (z.B. in Firmen für Kinderbetreuung, kleine Betriebe zur Netzwerkarbeit motivieren). Zudem sei es wichtig, dass Unternehmen voneinander lernen können. »Best practices« seien zu verbreiten. Dafür seien aber keine aufwändigen Forschungsstudien gefragt. Vielmehr gehe es darum, gute Ideen auf lokaler Ebene zu verbreiten, zum Beispiel über die lokale Tageszeitung. »Durch einfache Beispiele zeigen wie es geht: Wie macht Betrieb x-y das, wenn bei kleiner Belegschaft einer in die Elternzeit gehen will? Welche Kinderbetreuungsmöglichkeiten gibt es für Berufstätige im Schichtdienst? (...) Immer wieder über ganz konkrete Möglichkeiten berichten. Nichts Abstraktes, keine komplizierten Gutachten oder hochkarätigen Expertenrunden. Es muss für alle verstehbar sein.« Wichtig ist: »Gute Maßnahmen öfter über die Zeitung verbreiten! Die lesen das. Und nach ein paar Mal denken sie: Gute Idee – das mach ich auch!« Zudem würden sich viele auch untereinander helfen. Auch darüber gelte es zu berichten. »Vieles passiert in reiner, unkomplizierter Selbstorganisation. (...) Da brauche ich auch keine Checklisten o.ä., zumindest nicht in kleinen Betrieben.«

## 1.4 Akteure: Vernetzen und koordinieren

Die Frage nach dem »wer« ließ die Interviewerinnen zumeist in grübelnde Gesichter blicken. »Wer ist für den Umgang mit demographisch bedingten Herausforderungen gefragt? Mit wem haben Sie diesbezüglich Kontakt, arbeiten Sie zusammen?« so lauteten die Fragen.

Es sei schwierig jemanden zu benennen, denn es seien ja so viele, wurde zu bedenken gegeben. Und wenn man Einzelne benenne, würden diese ja besonders herausgestellt. Dadurch könne das Bild der Akteure verzerrt werden. Diese Form der gedanklichen Näherung an die wer-Frage lief in den meisten Fällen auf die Antwort »alle« hinaus.

Es gab dennoch einige Konkretisierungsmaßnahmen:

Politik, Verwaltung und die Hochschulen sahen mehr oder weniger alle gefragt. Je nach Aufgabe wurden verschiedene Ämter benannt (Stadtplanungsamt, Verkehrsplanung, Schulamt). Die sollen sich dann zu meist gemeinsam mit Privaten den Aufgaben widmen oder tun dies bereits. Es wurden Bildungs- und Sozialeinrichtungen genannt, die selber von den sinkenden Kinderzahlen betroffen sind (Schulen, Kindergärten/Kitas, Elterninitiativen), ebenso wie die Institutionen, die mit der steigenden Anzahl Älterer befasst sind (Krankenhäuser, Senioreneinrichtungen, AWO, Caritas u.a.). Einzelne Gesprächspartner machten jedoch die Erfahrung, dass diese privaten Akteure zu selten an den strategischen Planungen beteiligt seien. »Die Betroffenen sind in den üblichen Gesprächsrunden nicht vertreten. Meist stehen dann doch Belange wie Behindertengerechtigkeit oder Versorgungsangebote im Hintergrund.«

Den oben beschriebenen Handlungsfeldern wurden folgende Akteure zugeordnet:

- Siedlungsflächenentwicklung: Stadtplanungsamt, Verkehrsplanung, zuständige politische Ausschüsse, Verkehrsanbieter (AVV, ASEAG u.a.), Stadtwerke, Bauträger, Investoren,
- Wohnen: Stadtplanungsamt (v.a. Zuständigkeit für »Wohnen«), Verkehrsplanung, zuständige politische Ausschüsse, gewoge, Wohnungsbaugesellschaften, Deutscher Mieterbund, Projektentwickler, Bauträger, Architekten, Haus und Grund, altbau plus, Mieter, Eigentümer, Anbieter bzw. Betreiber von Altenheimen und Altenstätten, Akademie für Handwerksdesign,
- Verkehr und Mobilität: Amt für Verkehrsplanung, Mobilitätsausschuss, Verkehrsanbieter (AVV, ASEAG, Stadtwerke, cambio ...), Interessenverbände, die Bürger selbst,

- Infrastruktur: Schulamt, Handwerkskammer, IHK, Betreiber von Kinder- und Alteneinrichtungen, die Bürger selbst,
- Erwerbsleben in Aachen: Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Gewerkschaften, IHK, Handwerkskammer, Wirtschaftsförderung, Aachen-Marketing, Regionalagenturen, Kommunen aus Belgien und Holland (für Austausch auf euregonaler Ebene).

Im Überblick über alle Handlungsfelder seien zur Information, zur Sensibilisierung für demographiebedingte Herausforderungen und zur Verbreitung guter Lösungsansätze die lokalen Medien (Tageszeitung, Lokal-TV, Radio) sowie Bildungseinrichtungen vor Ort wichtig. Überdies seien für das Standortmarketing und für die Bindung der Menschen an Aachen (als Wohnstandort) einzelne Persönlichkeiten, die zur Identifikation beitragen, bedeutend. Auch prominentes Publikum übe Anziehungskraft aus (z.B. CHIO-Besucher) und fungiert letztendlich als wichtiger Werbeträger.

In welcher Form man mit wem in Kontakt stehe, ließ sich für die Befragten auch nur schwerlich differenzieren. Ob man sich über eine Angelegenheit nur austausche oder auch mal zusammen eine Idee entwickle, das wäre nicht so einfach zu unterscheiden. »Das geht nahtlos ineinander über. Das ist mal so und auch mal so.« Zudem träfe man sich ja auch in den verschiedensten Netzwerken, aber ob man dort nur »gemeinsam Dinge bespricht« oder auch mal kooperiere, das sei ganz verschieden. Die IHK ist zum Beispiel insgesamt in rund 400 Netzwerke eingebunden und verfügt über viele Zugänge zu anderen Akteuren. Dass Kooperationen durchaus hilfreich sind, ist vielen Akteuren bewusst und ein Gesprächspartner stellt fest: »Man muss also nicht alles selbst machen, sondern nur gut kooperieren. Anders geht es gar nicht.«

## 1.5 Schwierigkeiten und Chancen einer demographiegerechten Stadtentwicklung

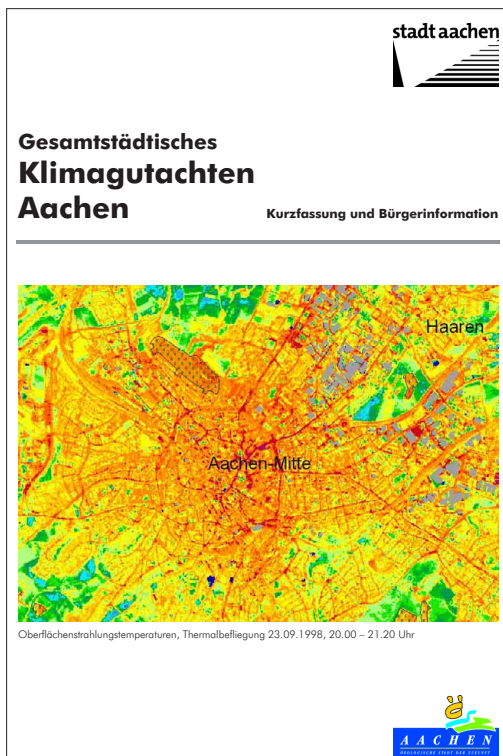
Das Demographieziel der Stadt, die aktuelle Einwohnerzahl zu halten, setzt gewisse Rahmenbedingungen (z.B. Zuzug aus dem Umland) sowie ein erhebliches Maß an Anstrengungen (z.B. Wohnungsmarktaktivitäten, Campusentwicklung usw.) voraus. In den Gesprächen blieb jedoch unklar, inwiefern dieses Ziel und die damit verbundenen Konsequenzen in Bezug auf Wohnraumangebote und Infrastrukturplanungen mit den umliegenden Städten und Gemeinden abgestimmt sind und zukünftig werden.

Die Gespräche zeigten einmal mehr, dass zahlreiche Akteure in der Stadt direkt oder indirekt von veränderten demographischen Entwicklungen betroffen sind. Dabei sind die Auswirkungen ganz unterschiedlich, je nach Aufgabenbereich, Geschäftsfeld oder Wirkungskreis. Entgegen erster Vermutungen nehmen die Aachener Akteure im Bereich der Stadtentwicklung vielfältige Handlungsansätze wahr, um den demographischen Veränderungen zu begegnen. In den Gesprächen wurden zahlreiche Bezüge räumlich-baulicher Faktoren deutlich, die sich keinesfalls auf Veränderungen des Flächen- oder Wohnraumbedarfs beschränken. Die Akteure sahen vielmehr auch Handlungsoptionen im Bereich von Infrastrukturanpassungen, der Gestaltung des Stadtverkehrs sowie den wirtschaftlichen Strukturen der Stadt. Auch der privatwirtschaftliche Wirkungsbereich einzelner Unternehmen und Einrichtungen wurde mit in den Blick genommen.

## 2. Klimaschutz und Anpassung an klimatische Veränderungen in Aachen

### 2.1 Anforderungen des Klimawandels: Aachen zwischen Vorreiterrolle und Nicht-Betroffenheit

Während im Workshop aus einigen Städten berichtet wurde, dass trotz des enormen Handlungsdrucks aufgrund des fortschreitenden Klimawandels sowie ungeachtet bereits vorhandener Kenntnisse mancherorts nicht viel passiert, fällt die Einschätzung in Aachen recht positiv aus: Viele Gesprächspartner sind von den zahlreichen Initiativen und Aktionen in der Stadt regelrecht angezogen: Man fühlt sich als »Vorreiter«, als »Stadt, die schon lange zu dem Thema aktiv« ist. So war in den Interviews zu hören: »In Aachen wurde bereits Vieles gemacht und auf den Weg gebracht.« Oder seitens der Stadt: »Wir sind seit zehn, fünfzehn Jahren an dem Thema dran...« Auch wenn sich die Konzepte und Strategien der Akteure zum Teil unterscheiden, so gäbe es durchaus einen breiten Konsens zum Klimaschutz und hochgesteckte Ziele.



### 2.2 Klimawandel im Bewusstsein Aachener Akteure: Ja. Nein. Vielleicht.

Die Mehrzahl der Interviewpartner geht davon aus, dass sich die stadtentwicklungsrelevanten Akteure vor Ort über die Notwendigkeit einer klimafreundlichen Stadtentwicklung bewusst sind. »Es gibt immer einige der »ewig Gestrigen«, die sagen, dass es keinen Klimawandel gibt. Aber die meisten sind sehr aufgeschlossen und sehen den Handlungsbedarf. Da ist eher fehlendes Geld hinderlich, weniger die Menschen.«

Andere relativieren diese Aussage: »Nicht alle haben schon so sehr über die Themen nachgedacht. Da müssen noch dicke Bretter gebohrt werden, auch in der Politik, auch bei den Geldgebern.« Diese Aussage wird gestützt von einigen Schlüsselpersonen, die im Rahmen des Master- und Flächennutzungsplan-Prozesses Aachen\*2030 interviewt wurden. In der Zusammenstellung der Ergebnisse heißt es, nur wenige Interviewpartner hätten überhaupt Aussagen zum Klimawandel gemacht oder eine Meinung dazu (BKR Aachen Castro & Hinzen; netwerk@pt 2010, 14).

Dritte wiederum wünschen sich bei allen positiven Ansätzen »mehr Weitblick, mehr strategische Sichtweisen statt Fokus auf das Tagesgeschäft. Man muss sehr viel Kraft und Zeit auf manche Themen verwenden. (...) Bohren, bohren, bohren – anders geht es nicht.« Allerdings wurde in vielen Gesprächen betont, dass sich in den letzten 10-15 Jahren viel im Bewusstsein getan habe – sowohl bei den Bürgern, den Unternehmen als auch bei den Politikern. Das lasse sich beispielsweise am konkreten Interesse an Energieeinsparung und Energieeffizienz ablesen. Es habe sich herumgesprochen, dass Klimaschutz und die entsprechenden Handlungserfordernisse (siehe unten) wichtige Bestandteile von Stadtentwicklung seien.

Abb. 13: Das Gesamtstädtische Klimagutachten Aachen bildet die Handlungsgrundlage öffentlicher Akteure und benennt verschiedene Handlungsbereiche.

### **Klimaveränderungen in Sicht? Ja. Nein. Vielleicht.**

Die Interviews mit Entscheidungsträgern zeigten, dass durchgehend zwar dem Klimaschutz eine große Bedeutung beigemessen wird, allerdings nicht in gleichem Maße Anpassungsbedarfe an klimatische Veränderungen vor Ort gesehen werden. Das gilt sowohl für private wie auch öffentliche Akteure, denn mit einem bedeutsamen Klimawandel im eigenen Lebensraum rechnen eher wenige: »Ich sehe da keine aktuelle Anpassungsnotwendigkeit – weder jetzt noch in absehbarer Zukunft. Das was zu erwarten ist – Sturm, Hagel, Überflutung – ist bei uns hier nicht so dramatisch. Wir sind da nicht nachhaltig betroffen.« Oder: »Da sehe ich keine Gefahr. Hier gibt es keine absehbaren Klimaauswirkungen, wir müssen nicht unmittelbar Vorkehrungen treffen, wie besondere Bauweisen, Dächer mit Extra-Verankerung, Überflutungsbereiche, Dämme o.ä. (...) Es macht keinen Unterschied, ob es in Aachen in den nächsten hundert Jahren fünf Grad kälter oder wärmer ist. In südlichen Ländern ist das bestimmt extremer.« Ein anderer Gesprächspartner sagte: »Ich halte das Thema Klimawandel hier in Aachen offen gestanden für ziemlich aufgeblasen. (...) Wir haben hier in den nächsten 50 Jahren keine (klimatisch bedingten) Probleme, davon bin ich felsenfest überzeugt.«

Dementsprechend, so wurde berichtet, seien auch bei der Mehrzahl Aachener Unternehmen Anpassungsaufgaben aktuell noch kein Thema, weder in den jeweiligen Geschäftsfeldern noch hinsichtlich der Ausstattung eigener Gebäude oder der Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter. Einige wenige äußern sich vorsichtiger: »Das Thema Klimaanpassung ist bei uns noch nicht zu Ende diskutiert. Doch schon aus Sicherheitsgründen würde ich erst einmal mit Veränderungen rechnen, auch wenn man es noch nicht sehen kann. (...) Hochwasser und Gletscher haben wir hier ja nicht... es ist schwer zu fassen, welche unmittelbare Auswirkungen für Aachen entstehen.«

Neben diesen Einschätzungen gibt es vereinzelt Mutmaßungen zu anstehenden Veränderungen: Erwartet werden Starkregen, Sturm(schäden) und mehr Hitzetage. Die Aachener Kessellage könnte sich insbesondere bei einem häufigeren Vorkommen von Hitzetagen als nachteilig erweisen. Bereits

bestehende Durchlüftungsprobleme würden verschärft. Gegebenenfalls sei zukünftig auch bei länger anhaltender Hitze aufgrund steigender Kühlleistungen mit neuen Lastspitzen im Stromverbrauch zu rechnen. Hier sei dann eine Anpassung notwendig, um die Versorgung bei Extremwetter zu gewährleisten. Ausbaumaßnahmen stehen auch bei Regenrückhaltebecken an. Kommt es zu mehr Niederschlägen, v.a. Starkregen, müssen die Wassermengen aufgefangen werden.

Ein Gesprächspartner berichtete, ein Großteil der Bevölkerung könne häufig nicht zwischen Klimawandel und Wetter unterscheiden: »Wenn Sie die Leute vor zwei Jahren gefragt hätten, wie es mit dem Klimawandel aussieht, hätten sie gesagt, (...) ich glaube auch, dass es wärmer wird. Wenn Sie aber die Leute nach den letzten beiden Wintern befragen, wie es mit dem Klimawandel aussieht, da werden Sie fast ausgelacht.« Daher sei die Problemwahrnehmung des Klimawandels stark wetterabhängig, was eine konsistente Diskussion in der Öffentlichkeit erschwere.

Der Tenor ist, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema »Klimaanpassung« schwierig sei, solange die Wirkungen nicht lokal spürbar sind. »Das folgt einem ganz einfachen Rezept, das ist genau so wie bei der Demographie: Seit Jahren ist das ein großes Thema, man kann es teils schon nicht mehr hören. Doch Druck entsteht erst, wenn die Probleme da sind, wenn den Ersten die Dächer wegfliegen oder wenn Firmen kein Personal finden, weil ihre Räume zu heiß sind. (...) Erst dann wird über Alternativen nachgedacht, wie beispielsweise andere Bauweisen.« Eine weitere Einschätzung zielt in die gleiche Richtung: »Das wird dann ein Thema werden, wenn die Probleme nicht nur vor der Tür, sondern bereits hinter der Tür stehen. (...) wenn wir sie am eigenen Leib spüren – das ist rein menschlich.« Es scheint, als bedürfe es lokaler Extrema, um Handlungsbedarf zu erkennen und Handlungsbereitschaft zu entfalten: »Man hat die Dramatik nicht direkt vor Augen stehen und das verlangsamt das Handeln. (...) Und: So lange es nicht ganz dramatisch ist, ist man eher kompromissbereit bei Entscheidungen.« Es müssen merkliche Änderungen eintreten (Häufigkeiten, Intensitäten der Schäden), sonst ändere sich nichts. »Präventiv wird da nichts getan.«

Resultierend aus dem geringen Bewusstsein für die lokalen Auswirkungen des Klima-

wandels gab es kaum Hinweise auf konkrete Umbau- oder Ausbaunotwendigkeiten von Infrastrukturen. »Unsere Infrastrukturen müssen ja so oder so wetterfest sein. Die sind sehr robust und wenig verwundbar.« Ob sich diese Einschätzung bewahrheitet, bleibt abzuwarten.

Einmal mehr sind hier auch Kostenaspekte ausschlaggebend. Kleinere Unternehmen und Handwerksbetriebe haben nur geringe

Investitionsspielräume. »Da wird erst gehandelt, wenn ein Problem wirklich da ist und nicht im Vorhinein, wenn es noch Unwägbarkeiten gibt. Und auch dann erst, wenn die entsprechende Technik ausgereift und am Markt ist.« Es gilt, Fehlinvestitionen zu vermeiden und z.B. keine Prüf- oder Handwerksgeräte zu kaufen, die schnell überholt sind und keinen langen Einsatz finden. »Für Experimente fehlt schlicht und einfach das Geld.«

Abb. 14: Bericht über ein Starkregenereignis in der Aachener Zeitung (AZ Ausgabe Nr. 192, vom 19.08.2011, S. 13). Viele Gesprächspartner gehen davon aus, dass vergleichbare Niederschläge in Zukunft häufiger vorkommen werden.

## Regen und Sturm: Landunter in Aachen

Die Einsatzkräfte waren gestern im Dauereinsatz. Unzählige Keller liefen voll, einige Straßen verwandelten sich in Wasserwege.

VON NICOLA GOTTFROH  
UND WERNER BREUER

**Aachen.** Wer gestern auf einen lauen Sommerabend und Grillwetter gehofft hatte, der wurde enttäuscht. Kurz nach 19 Uhr verfinsterte sich der Himmel tiefschwarz.

Von Frankreich aus zog ein Unwetter mit Gewitter und Starkregen über Nordrhein-Westfalen hinweg – auch Aachen wurde nicht verschont. Die Einsatzkräfte der Polizei, vor allem aber der Feuerwehr, waren im Dauereinsatz: vollgelaufene Keller, überflutete Straßen und ein Blitzeinschlag hielten die Einsatzkräfte auf Trab. Einige Straßen standen knietief unter Wasser, die Unterführung Westbahnhof war nicht passierbar. Auch die sonst so stille Wurm trat über die Ufer, hat die Gartenkolonie Wiesental zum großen Teil überschwemmt.

Landunter auch auf dem Öcher Bend. Dort wurden am frühen Abend wegen heftiger Windböen einige Fahrgeschäfte geschlossen, die Zelte festgezurr und die Stofftiere an den Losbuden in Sicherheit gebracht. Der vom Wetterdienst angekündigte Starkregen ließ danach auch nicht lange auf sich warten. Wer sich im Freien aufhielt konnte froh sein, wenn sich eine Möglichkeit zum Unterstellen bot. Auf dem Öcher Bend etwa nutzten die Besucher die Fahrbahn des Autoscooters als Regenschutz.

Bei der Polizei gingen derweil die Notrufe im Minutentakt ein.



Feuerwehr und Polizei kamen gestern Abend nicht zur Ruhe. Viele Straßen waren nach den starken Regenfällen kaum oder gar nicht mehr passierbar. Fotos (2): Ralf Roeger

Überall standen Straßen unter Wasser, Baustellenabsperungen wurden weggeweht oder fortge-

spült – „eben alles, was eine solche Wetterfront zu bieten hat“, formulierte es Adolf Freh von der

Leitstelle der Polizei.

Allein in den zwei Stunden zwischen 20 und 22 Uhr liefen hier Hunderte Notrufe auf. Anrufer meldeten überflutete Straßen und vollgelaufene Keller aus allen Bereichen der Stadt. Einen Schwerpunkt gab es nicht, so Freh. Allerdings hat es offenbar das Rehmviertel besonders fies erwischt. Hier liefen nicht nur unzählige Keller voll, auch der Strom fiel aus. In Burtscheid wurde ein Baum von einem Blitz getroffen. Nach Auskunft der Polizei waren Gebäude davon nicht betroffen, auch wurde niemand verletzt. „Keine Personenschäden“, vermeldete Adolf Freh am späten Abend erleichtert. Das Ausmaß der Sachschäden dürfte nach seiner Ansicht aber immens sein. Was das Unwetter in der Stadt angerichtet hat, wird wohl erst später zu überblicken sein. Polizei, Feuerwehr, Stawag und städtische Einsatzkräfte richteten sich jedenfalls auf eine lange Nacht ein. „Die Hauptlast trägt si-

cher die Feuerwehr“, so Freh. Dort hatten Anrufer zwischenzeitlich Mühe, überhaupt telefonisch durchzudringen.



Wasser im Supermarkt: Die Feuerwehr versuchte mit Pumpen ein Einkaufszentrum an der Breslauer Straße trockenlegen. Foto: Martin Ratajczak



Auf Händen getragen: An manchen Stellen bildeten sich wahre Flüsse und Seen.

### Von Unsicherheiten und Nicht-Betroffenheiten

Eine wichtige Voraussetzung für die Anpassung an Klimaänderungen und deren Folgen ist die des Wissens: Mit welchen Veränderungen ist in Aachen zu rechnen? Wer wird wie betroffen sein und sollte sich darauf einstellen?

Im Umgang mit diesem Thema prallen offensichtlich in der großen Weltpolitik wie auch in den kleinen kommunalen Wirklichkeiten zwei Meinungen aufeinander. So hieß es im Workshop, man wisse (noch) nicht genug, um zielgerichtet handeln zu können. Und: Vieles sei noch zu ungewiss, insbesondere dort, wo es um Klimaanpassung gehe. Beispielsweise seien die Unsicherheiten hinsichtlich der Ursache-Wirkungsrelationen, Wirkungsketten, der genauen Verortung und des Ausmaßes der Veränderungen erheblich. Und so gebe es »alle möglichen Szenarien, die sehr unterschiedlich sind.« Dem wird entgegen gehalten: Seit Jahren seien die Ursachen der Erderwärmung bekannt und mithin auch die notwendigen Folgerungen für das Handeln auf allen Ebenen. Unstrittig stünden Vermeidung und Minderung an erster Stelle der Agenda – und es gelte, mit entschlossenem Handeln nicht länger zu warten. Verbleibende Restunsicherheiten seien kein wirkliches Problem: zum einen seien die grundsätzlichen Aufgaben absehbar, zum anderen müssten Planung wie Politik auch unter Unsicherheitsbedingungen handlungsfähig sein bzw. werden. Derzeit entstehe in einigen Städten eher der Eindruck, dass Entscheidungsträger sich dieser Herausforderung entzögen, indem Unsicherheitsargumente vorgeschoben, Beschlüsse hinausgeschoben sowie Maßnahmen verzögert würden. Diese Form des Umganges wurde auch in einzelnen Interviews kritisiert. »Mir kommt das fadenscheinig vor. Ich denke, man weiß zumindest so viel, das man handeln kann.«

Hier scheint sich ein wichtiges Diskussions- und Lernfeld abzuzeichnen: Wie kann Planen und Handeln unter Unsicherheitsbedingungen bewerkstelligt werden? Wie sehen flexible Lösungsstrategien aus und welche Maßnahmen und Vorhaben erlauben – je nach Entwicklungsverlauf – nach zu justieren und Anpassungen vorzunehmen? Erste Ansätze dazu versucht beispielsweise die Aachener Kathy-Beys-Stiftung mit ihren re-

gionalen Szenarienprojekten zu entwickeln, die anhand kleiner Geschichten mögliche Wege in die Zukunft skizzieren. Sie dienen »als strategisches Werkzeug, um das eigene Handeln vor dem Hintergrund eines langen Zeithorizontes zu stellen.«

## 2.3 Handlungsbedarf zum Klimaschutz vor Ort

Die Interviewpartner benennen verschiedene Klimaschutzanforderungen, die sich durch zahlreiche Kernbereiche der Stadtentwicklung ziehen.

Für die öffentlichen Akteure ist das Klimaschutzkonzept der Stadt Aachen eine wesentliche Handlungsgrundlage. Es lässt Konsequenzen für verschiedene Handlungsbereiche erkennen. Darüber hinaus wird für die StädteRegion Aachen aktuell ein entsprechendes Konzept erstellt.

In den Interviews wurde folgender Handlungsbedarf für die relevanten Bereiche von City2020+ benannt:

### Siedlungsentwicklung

»Wo kann noch was entstehen und wo nicht?« fragen sich die Entscheidungsträger im Stadtplanungsamt. Angestrebt werde: »keine Ausweisung und Versiegelung von Flächen über alle Maßen, sondern, gezielt und verhalten und seriös. (...) Bei jeder Fläche stellt sich die Frage: Was bedeutet das für das Stadtklima?«

Für das Stadtklima sei es wichtig, eine ausreichende Durchlüftung durch Kaltluftschneisen und Frischluftzufuhr zu gewährleisten. Und das auf allen Ebenen – »in der Region angefangen bis in die kleinste Einheit hinein, z.B. in einem kleinen Park. Da kommt es auf die Stellung jedes einzelnen Baukörpers an. Das hört sich im Einzelfall kleinkariert an, macht aber in der Summe der Maßnahmen das Klima unserer Stadt aus. Lebensqualität ist zu sichern. (...) Auch in Wohnungen der Innenstadt muss man sich noch wohlfühlen. Und die Lösung ist nicht, dass jeder sich eine Klimaanlage einbaut.« Es gelte, Schneisen von Bebauung frei zu halten sowie auf Ausrichtung und Höhe der Gebäude zu achten. Das sei nach Einschätzung verschiedener

Gesprächspartner heute einfacher als früher durchzusetzen.

Auch die Politik akzeptiere Klimazonen – also Flächen, die nicht zu bebauen sind. Entsprechende Notwendigkeiten schlagen sich bereits in derzeitigen Überlegungen zur Neuaufstellung des FNP nieder: So sollten in der Soers und auf der Hörn wegen der Belüftungsnotwendigkeiten nicht mehr gebaut werden. Weitere Grünfinger sollten aus dem Südraum heraus entwickelt werden. Die Begriffe »schützen«, »verbinden« und »vernetzen« fielen mit Blick auf die Grünflächen in der Stadt. »Mehr Grün in der Stadt«, so war seitens der kommunalen Stadtplanung zu hören, »das wird für die Zukunft wichtig.«

Das heißt jedoch nicht, dass es keinen Neubau mehr geben wird: »Neubau findet weiter statt. Es müssten neue Wohnangebote entstehen (z.B. Richtericher Dell, Borngasse/Franzstraße, RWTH Erweiterungen zum RWTH-Campus).«

Innenentwicklung und Nachverdichtung seien wichtige Handlungsbereiche, um eine neue Flächeninanspruchnahme einzugrenzen, obschon hier deutliche Grenzen bestünden: »Mehr Dichte ist nicht überall realisierbar, solange die Leute ihr Einfamilienhaus wollen«. So hätte das Wohngebiet »Alter Tivoli« dichter bebaut werden können, in Anbetracht des locker bebauten Wohnumfeldes habe man davon abgesehen. Im Gebiet »Richtericher Dell« versuche man beides zu realisieren, hohe Qualität in lockerer Bebauung sowie dichtere Abschnitte.

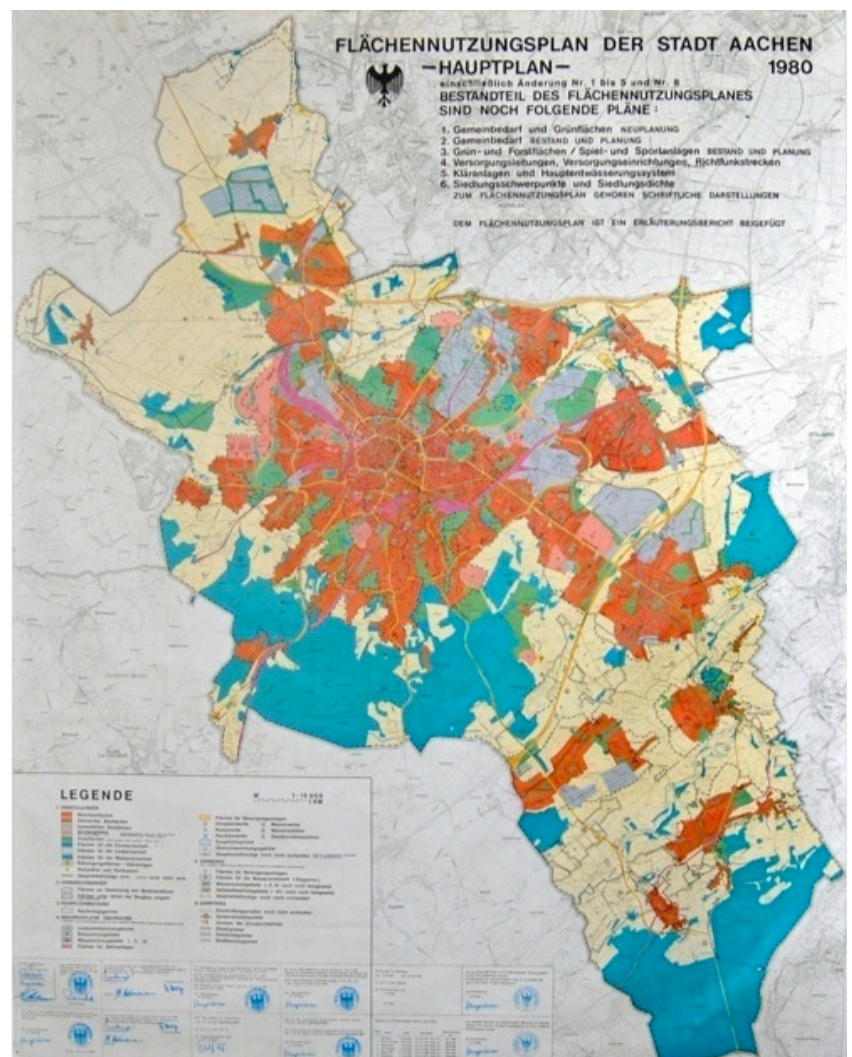
Die Anbindung neuer Wohngebiete mit dem ÖPNV, aber auch die Bedingungen für den MIV haben Einfluss auf die durch neue Wohngebiete induzierte Verkehrsentwicklung. So könne – wenn auch nur in kleinem Rahmen – über die Anzahl der Stellplätze indirekter Einfluss auf Stadt- und Verkehrsentwicklung genommen werden. Aus dem Stadtplanungsamt wurde darauf hingewiesen, dass es sinnvoll wäre, die Stellplätze pro Wohneinheiten gering zu halten: »Ich sehe den Stellplatzschlüssel eher bei 1 oder 1,2 pro WE, aber nicht bei 1,5 oder 2. Denn wir wollen ja eben nicht den MIV fördern.«

Ferner war in einem Interview zu hören, dass das Nachdenken über Siedlungsentwicklung nicht an der Stadtgrenze aufhören dürfe. Aber die Abstimmung unter den Kom-

munen diesbezüglich sei schwierig und das Kirchturmdenken noch recht ausgeprägt.

In der StädteRegion wird eine bedarfsorientierte Flächenentwicklung bezogen auf die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung und basierend auf einem Monitoring angestrebt. Die Umsetzung sei nicht einfach: »Die kommunale Planungshoheit ist für alle unantastbar. (...)« Solange man nur konzeptionell denkt, mal erste Gedanken spinnt, sagen alle: macht mal. Wenn es dann ans Eingemachte geht – Flächen z.B. nicht mehr zur Disposition stehen – dann werden die Bandagen angezogen. Aber so weit sind wir noch nicht. Heute geht es erst einmal um eine Sensibilisierung. Die müssen lernen, dass es ist, wie es ist: Dass man anhand konkreter Zahlen belegen muss, wozu man welche und wie viele Flächen braucht. (...) Es kann nicht mehr aus dem Vollen geschöpft werden. Da wird es auch mal zu Lasten der einen oder anderen Kommune gehen – zum Beispiel dann, wenn eine Kommune nicht

Abb. 15 Rechtskräftiger Flächennutzungsplan der Stadt Aachen



nachweisen kann, dass sie aufgrund ihrer Bevölkerungsentwicklung einen großen Flächenbedarf hat. (...) Das ist ein langer Lernprozess. Die Idee eines Regionalen FNP ist vor einiger Zeit aufgrund des Kirchturmdenkens gescheitert. Die grundsätzliche Idee ist angekommen, aber es gibt noch Vorbehalte. Der Prozess wird sehr sehr lange dauern.« Eine weitere Mutmaßung war indes, dass die Kommunen gar nicht umhin kommen werden, im Rahmen eines Regionalen FNP zu kooperieren. »Die müssen sich zusammenraufen. Es wird gesetzliche Maßgabe werden. Da geht es nicht um Anreize, sondern vielmehr um Bedingungen.« Wiederum sei für die Umsetzung dringend ein Lastenausgleich gefragt, quer über alle Handlungsfelder. »Es ist immer ein Deal, es muss Ausgleiche geben.« Dass die Zusammenarbeit auch Vorteile bringen kann, müsse sich »erst noch in den Köpfen festsetzen. Die kleinen Kommunen haben Angst vor einer Übermacht der Stadt Aachen.«

Im Überblick über die Aktivitäten zur Siedlungsflächenentwicklung fällt deren Bewertung recht unterschiedlich aus: Was für den Einen ein großer Schritt in Sachen Klimaschutz oder -anpassung ist, reicht dem Anderen längst nicht aus. Wo Einzelne den Eindruck haben, enorme Hürden überwunden und ein tolles Projekt auf den Weg gebracht zu haben, fragten sich Andere, ob das schon alles gewesen sein soll. Nach Aussagen der kommunalen Akteure sind Klimafragen in der Siedlungsflächenentwicklung fest verankert: »Bei jeder Fläche stellen wir uns die Frage: Was bedeutet das für das Stadtklima?« Dabei sei es heute einfacher als noch vor einigen Jahren, Klimaaspekte durchzusetzen. »Die Akzeptanz für nicht bebaubare Klimazonen in der Fläche ist da. Und das ist wichtig: Die topographisch bedingte Kessel-lage des Aachener Stadtgebietes erfordert in besonderem Maße, Kaltluftschneisen und Frischluftzufuhr zu gewährleisten.«

Andere Akteure gehen hier viel weiter: Sie fordern dazu auf, die Bautätigkeiten insgesamt zu überdenken, denn letztendlich wäre jede weitere Flächenversiegelung schädlich. Viel konsequenter als bislang sei das Augenmerk auf den Bestand und seine Weiterentwicklung zu richten. Denn letztlich hänge eine klimagerechte Siedlungsflächenentwicklung gerade bei den privaten Akteuren immer noch zu stark von den jeweils aktiven Einzelpersonen ab.

## Neubau und Bestand

»Energieeinsparung« und »Energieeffizienz« sind die meist genannten Schlagworte für den Neubau und die Bestandsentwicklung in der Stadt. In Anbetracht der hohen Feinstaubbelastung und der gewünschten CO<sub>2</sub>-Minimierung in Aachen wird angestrebt, die Energieversorgung neuer Quartiere möglichst emissionsarm zu gestalten. »Im Neubau wird schon viel gemacht.« Die Stadt strebt an, hier »grundsätzlich über die Standards hinaus« zu gehen. Dazu werden beim Verkauf städtischer Grundstücke Auflagen für die Energieversorgung und Energieeinsparung direkt im Kaufvertrag festgeschrieben. Für den Erwerber sind sie verbindlich. In Bebauungsplänen werden ebenfalls Vorgaben gemacht (z.B. Ausrichtung der Gebäude, Solarnutzung, ökologische Baumaterialien, bestimmte Versiegelungsarten vermeiden, Grünräume einplanen etc.) »Wir schreiben in den B-Plänen die entsprechenden Energiestandards fest. Bereits vor der Entwicklung der B-Pläne ist dazu eine Abstimmung mit der stawag notwendig.« Aus der Politik ist dazu zu hören: »Wir möchten besser sein als der Standard. Die Vorgaben, die wir den Bauherren machen, sind schon eine Belastung, wir halten sie aber für vertretbar: In der Abwägung Klimaschutz und günstigerer Bauleistung muss sich Klimaschutz wiederfinden.«

Durch die Bauleitplanung werden wichtige Rahmenbedingungen gesetzt, die wesentliche Weichenstellungen für die Bauherren vornehmen und auch die stawag unterstützen sollen, »innovative Lösungen zu realisieren«. Bei der Entwicklung neuer Siedlungen ist zu diskutieren, welche Vorstellungen für die Energieversorgung eines neuen Wohngebietes bestehen. »Mit welchen Energien gehen wir wie in das Quartier?« Bei einem niedrigen Energieverbrauch der Gebäude ist ggf. kein Gas mehr notwendig, sondern nur noch Strom. Die stawag macht Konzeptvorschläge und bietet Lösungsmodell an, die gemeinsam diskutiert werden. Frühzeitig wird versucht eine entsprechende Abstimmung zwischen Verwaltung, Politik und Versorger auf den Weg zu bringen. »Da ist der Dialog im weiten Vorfeld zu starten, damit keine suboptimalen Vorfestlegungen stattfinden.« Ein anderer Interviewpartner stellte fest: »Grundsätzlich klappt die Zusammenarbeit zwischen Stadt und stawag gut, die Gespräche müssten aber noch früher stattfinden.«



Im Hinblick auf energetische Fragestellungen kann die Bauleitplanung nicht nur Fragen der Energieversorgung klären, sondern auch die Energieeffizienz steuern. So könnte man in den Bebauungsplänen etwa die Farbigkeit der Dachziegel festsetzen, die der Klimaerwärmung entgegen wirken oder etwa Belüftungsschneisen vorsehen, über die Stadtquartiere gekühlt würden.

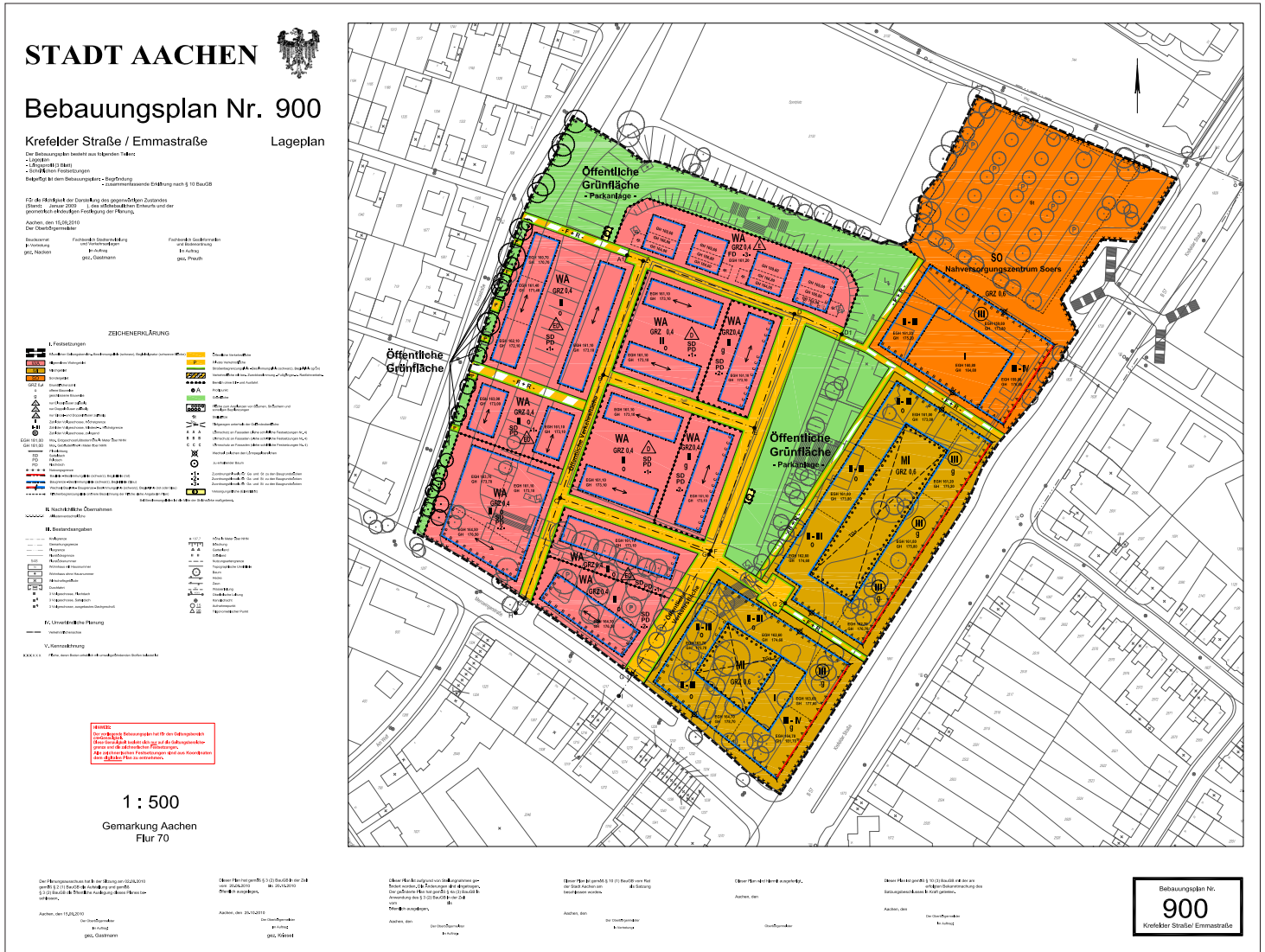
Die Bewertung dieser Bemühungen fällt unterschiedlich aus: Einige finden, dass hier schon viel getan werde, andere gehen davon aus, dass die Bemühungen richtig und gut, aber nicht ausreichend seien. So müsse mehr für die Durchgrünung der Stadt und die Grünverbindungen getan werden. «Da gehören Bäume in die Stadt und Bäche müssen offen gelegt werden.» Diese Notwendigkeit wird seitens der städtischen Akteure ebenfalls gesehen, v.a. da diese Maßnahmen sowohl dem Klima als auch der Lebensqualität in der Stadt zugutekämen. »Der Wille sei

da, die Mittel aber nicht« – so eine Aussage aus der Verwaltung – insbesondere die Pflege von weiteren Grünanlagen und -flächen sei dauerhaft nicht leistbar.

Der überwiegende Teil der Gesprächspartner sind mit den Aktivitäten im Neubau recht zufrieden, geben aber an, dass im Altbaubereich mehr passieren müsste, besonders dort wo Denkmalschutz besteht. »Hier geht es nicht nur um Idealismus. Es sollen bessere Betriebskosten herauskommen.« Beratung sei hier »das A und O« und entsprechend schätzen viele die Beratungsstelle altbau plus. Andere melden Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf das Stadtbild an. Die Gestaltungsvorgaben der Denkmalbehörde seien wichtig: Weder »hässliche Fassaden« noch Klimaanlage auf den Dächern dürften das Stadtbild dauerhaft beeinträchtigen.

Von anderer Seite wurde zu bedenken gegeben, dass viele Maßnahmen im Wohnungs-

Abb. 16: Bauleitplanung als Steuerungsinstrument städtebaulicher Gestaltung und Energieversorgung und -effizienz. Hier: Bebauungsplan 900 Krefelderstraße/ Emmastraße. Für das Gelände des »Alten Tivoli« hätten sich einige Gesprächspartner eine dichtere Bebauung gewünscht.



bau bereits ausgereizt seien, v.a. wenn die Eigentümer nicht über das notwendige Kapital verfügen. Solange der Vermieter die Kosten einer energetischen Sanierung nicht auf die Mieter umlegen könne, die ja letztlich von der Reduzierung ihrer Nebenkosten profitieren würden, halte man sich als Privateigentümer mit Sanierungen zurück.

Zudem wurde angeregt, über das Bauen hinaus zu denken: Bauliche Maßnahmen müssten immer auch mit einem bestimmten Nutzerverhalten einhergehen. »Den Keller dämmen, dann aber immer die Tür aufstehen lassen bringt nichts. Hier hapert es noch. (...) Man muss auch nicht immer alle Räume gleichzeitig heizen. Das ist einfacher als alles zu dämmen.« Vieles sei eine Frage des Bewusstseins und der Einstellung und nicht immer nur der Dämmung, war von einem Wirtschaftsakteur zu hören. »Man kann die Heizung auch mal runterstellen und sich einen dickeren Pullover anziehen, statt sofort bauliche Maßnahmen zu ergreifen.«

Das Thema Bewusstsein wurde in diesem Zusammenhang häufig aufgerufen: Es wurde u.a. darauf hingewiesen, dass dieses nicht nur bei den Hauseigentümern, sondern auch bei den Mietern zu schärfen sei. »Ohne die geht es letztendlich nicht.« Ein Grundproblem sei hier die ungleiche Lastenverteilung, so lange der Vermieter die Kosten der energetischen Modernisierung trägt und der Mieter von den Einsparungen profitiert.



Abb. 17: Handlungsbedarf im Gebäudebestand der RWTH : »die gesamte Gebäudesubstanz mit ihren rund 400 Einzelgebäuden ist veraltet, ein miserabler Zustand«. Nur bei den wenigsten Neubauten würden die von der Hochschule entwickelten, neuen Techniken eingesetzt. Hier: Neues SuperC und historisches Hauptgebäude

Wie schwierig die energetische Modernisierung des Gebäudebestandes in der Praxis ist, veranschaulicht das Beispiel der RWTH. Mit ihrem umfassenden Gebäudebestand ist sie ein wichtiger Akteur in diesem Handlungsbereich. Doch »die gesamte Bausubstanz mit ihren rund 400 Einzelgebäuden ist veraltet, ein miserabler Zustand.« Im Jahr 2008 wurde berechnet, dass hier Investitionen von ca. 1,2 Mrd. Euro notwendig wären, um den Gebäudebestand zu modernisieren. »Daran zeigt sich, wie lange nichts gemacht wurde. (...) Da ist 30, 40 Jahre zu wenig in die Instandsetzung geflossen. Alles ist alt – Dämmung, Haustechnik, sanitäre Anlagen...«

Derzeit wird eine komplette Bestandsaufnahme durchgeführt. »Mit welchen Gebäuden macht man was?« Es sollen flächenstrukturelle Aussagen getroffen werden. Ein Ziel ist es, emittierende Gebäude aus dem Kernbereich heraus in den Außenbereich zu verlagern. Dabei zeigt sich, dass Umweltaspekte zwar wichtig, aber Nutzungsfragen letztendlich leitend sind. Wiederum, so ging aus einem Interview hervor, »muss« die Energieeinsparung vorangebracht werden, damit die Energiekosten nicht in die Höhe schießen, sondern bezahlbar bleiben. »Von daher hat die Hochschule großes Interesse, hier tätig zu werden.« Für die Schulen in der Stadt stellt sich die Situation ähnlich dar.

Die Hochschule stellt sich regelmäßig den neuen Bedingungen der EnEV. Diese einzuhalten sei das Ziel, jedoch sei es schwierig darüber hinaus etwas zu tun, war seitens eines RWTH-Akteurs zu hören. »Es ist zu teuer, das Budget reicht nicht aus. Vor allem nicht, um alternative Energieträger mehr einzubringen. Das ist sehr schade. (...) Man müsste als Hochschule eine Vorreiterrolle einnehmen, hat dafür aber keine Mittel.«

Schade sei auch, dass neue Techniken, die an der Hochschule entwickelt werden (zum Heizen, Kühlen o.a.), bislang nur selten im eigenen Gebäudebestand getestet wurden.

Anpassungsmaßnahmen an klimatische Veränderungen seien ebenfalls kaum zu finanzieren: Wenn die Sommer heißer werden, steigt der Bedarf nach klimatisierten Räumen und Laboren. Das sei allenfalls im Neubau zu realisieren. Dieser mache jedoch nur einen geringen Teil des Gebäudebestandes aus: Von den rund 540.000 qm Bruttogeschossfläche sind gerade mal 30.000 qm Neubau.

Auch für kommunale Gebäude bestehe weiter die Notwendigkeit, die Energieeffizienz zu verbessern. Es bedürfe einer systemischen Betrachtung: »Allein auf Dämmung abzielen reicht nicht aus. Da muss es auch um Beleuchtungssysteme, das Anstrahlen von Gebäuden, die konkrete Nutzung usw. gehen.« Hier könnten Energieeffizienzkonzepte für öffentliche Gebäude hilfreich sein. Gleiches gelte für den öffentlichen Raum und seine Infrastrukturen wie Straßenbeleuchtung oder Signalanlagen.

Interessant ist eine Beobachtung im Handwerk: Dieses profitiere derzeit vom Trend zur energetischen Gebäudesanierung – »ein starker Sektor im Handwerk.« Die Tätigkeiten in diesem Bereich führten laut einiger Gesprächspartner aber nicht zwangsläufig dazu, dass entsprechende Maßnahmen auch im eigenen Betrieb durchgeführt würden. Die energetische Sanierung der Handwerksbetriebe selbst sei stark von den Einnahmen abhängig und »wenn mal Geld übrig ist«, dann würden hier eher Investitionen getätigt, die im Geschäft mit dem Kunden Vorteile bringen. »Erst wenn der Energiekostenanteil merklich steigt, wird es ein Thema. Das trifft z.B. auf Bäcker- oder Fleischereibetriebe zu.« Klimaschutz sei kein Standard, gehandelt werde erst bei deutlichem Problemdruck auf der Kostenseite.

Das Thema Klimaanpassung – als Aufgabe im Bereich Bauen – kam kaum zur Sprache. Für den Bereich »Klimatechnik« seien aktuell keine großen Veränderungen am Markt zu erwarten, so einige Aussagen.

## Verkehr und Mobilität

Handlungsbedarf in den Bereichen Verkehr und Mobilität sehen die Gesprächspartner für sämtliche Verkehrsträger sowie in der Abstimmung dieser untereinander.

Mit Blick auf die hohe Feinstaubbelastung in Aachen sei insgesamt darauf hinzuwirken, das motorisierte Verkehrsaufkommen zu reduzieren. Gleichwohl ist einigen Gesprächspartnern daran gelegen, Verbote zu vermeiden. So ist die Einführung einer »Umweltzone«, zu der nur bestimmte Fahrzeuge Zufahrt haben, beispielsweise nicht gewünscht. Es sei politischer Konsens und »ein großes politisches Ziel«, diese zu verhindern. Der intendierte Effekt wird mehrheitlich in

Frage gestellt: »Das ist Augenwischerei. Man macht ein Verbot und tut so, als würde sich etwas ändern.«

Aktuell gibt es bereits eine LKW-Begrenzung auf der Wilhelmstraße. Es sei absehbar, dass weitere Schritte folgen werden: »Wenn sich da keine Verbesserung abzeichnet, dann kann man nicht anders und muss auch mit Verboten handeln.« Eine Einschätzung dazu: »Umweltplaketten bringen nicht viel. Die Leute fahren trotzdem weiter. (...) Auch Fahrverbote für LKW zu bestimmten Tageszeiten auf bestimmten Straßen bringen nichts. Die suchen sich ihre Umwege dann durch Wohngebiete und das macht's nicht besser.«

Ebenso lehnen Institutionen mit Nähe zum Einzelhandel die Umweltzone ab, da sie eine Gefährdung für den lokalen Handel sehen: Befürchtet wird, dass die Umweltzone eine Barrierewirkung für Kunden aus den Niederlanden und Belgien entfalten könnte und diese dann weg blieben.

Vielmehr – so zahlreiche Äußerungen – müssen die bestehenden Angebote zum nicht-motorisierten Verkehr ausgebaut und Anreize zum Umsteigen geschaffen werden. Verwiesen wurde u.a. auf die zahlreichen Maßnahmen, die im Aachener Luftreinhalteplan benannt werden, nachzulesen unter <http://www.mitmachen-durchatmen.de/>. Zudem seien die Intermodalität der verschiedenen Verkehrsträger zu verbessern und multimodale Knotenpunkte zu stärken. »Das Kombinieren von Verkehrsmitteln und das Umsteigen muss einfacher werden.«

Es folgt ein Überblick zu den konkreten Verbesserungsnotwendigkeiten, die in den Interviews benannt wurden. Der Fußgängerverkehr war in den Interviews kein Thema.

**ÖPNV:** Die Einschätzungen hinsichtlich des Aachener ÖPNV differieren, wobei der Busverkehr im Fokus steht. Während Einige von guten Busanbindungen berichten, verweisen Andere auf das »unzumutbare Angebot«. Hier sei alles veraltet. »Von einem modernen Nahverkehr, wie man ihn im Jahr 2010 erwartet, kann in Aachen nicht die Rede sein.« Die Netze seien auszubauen (auch grenzüberschreitend), Linienführungen zu überdenken, die Taktung zu verbessern, Randlagen besser anzubinden, Haltstellen zu modernisieren und die Tarife attraktiver zu gestalten. Zudem sei die Busflotte umzu-

rüsten: Um im Kernbereich der Stadt ein flexibles System einrichten zu können, bedürfe es kleinerer Busse.

Zu guter Letzt sei noch »die miserable Informationspolitik« erwähnt: Die Fahrpläne an den Haltestellen seien unlesbar und führten dazu, dass nicht nur Besucher, sondern auch Ortskundige den Bus nicht benutzen. Zudem müssten Anreize zum Umsteigen geschaffen werden, »z.B. für jemanden, der sein Auto ein Jahr stehen lässt oder abschafft ein kostenloses Busticket.«

Die Finanzierung wurde in den Gesprächen mehrfach angesprochen. Über alternative Wege sei dringend nachzudenken, zum Beispiel über »eine Innenstadtmaut für Autofahrer (...). Nicht um die zu bestrafen, aber Autofahrer müssten die Kosten, die sie für die Stadt und in der Stadt verursachen, mitfinanzieren.« Ebenso könnten eine Erhöhung der Parkgebühren für den Ausbau des ÖPNV eingesetzt werden.



Abb. 18: Verschiedene Gesprächspartner weisen auf einen erhöhten Bedarf an Parkmöglichkeiten für Fahrräder hin



Abb. 19: Hoffnungsträger E-Mobilität: Vor dem SuperC der RWTH steht eine der ersten Elektrozapfsäulen

Es gab einige Plädoyers für »mehr Jobtickets«. Alle großen Arbeitgeber sollten hier einsteigen, insbesondere die Hochschule. So könnten Pendler zum Umsteigen auf den ÖV motiviert werden. »Pendlerströme bringen eine hohe Belastung, sind aber recht einförmig und lassen sich ggf. einfach umlenken,« so eine Einschätzung dazu.

In der Hochschule wird die Einführung des Jobtickets in Kombination mit einer Parkraumbewirtschaftung aktuell durchgeführt. Die Einnahmen sollen dann »in das Jobticket fließen, um einen guten Preis anbieten zu können«. Einige Gruppen der Hochschule lehnen dieses Modell ab. Der ÖV in Aachen biete nicht das adäquate Angebot – weder innerhalb der Stadt, noch für Arbeitnehmer, die von außerhalb kämen. Die direkte Anbindung einzelner Hochschulareale müsse zunächst verbessert werden: »Die Busse müssen auch durch das Unigelände fahren, nicht nur drum herum.« Sämtliche Institute seien anzubinden, Fahrplanänderungen und neue Haltestellen seien gefragt.

In einigen Interviews wurde angeregt, den schienengebundenen Verkehr in Aachen neu zu denken. Eine Stadtbahn sei in Aachen zu etablieren. »Dass man innerhalb Verwaltung und Politik überhaupt so etwas ansprechen kann, ist schon ein Novum. Das wäre vor gerade mal 3 Jahren noch undenkbar gewesen.«

Ein Wirtschaftsakteur betonte zudem die Notwendigkeit, den Güterverkehr mehr auf die Schiene zu verlagern und das Netz entsprechend auszubauen. »Da bestehen große Potenziale. (...) Hier ist der Staat zu lässig und tut nicht genug.«

**Radverkehr:** Der Handlungsbedarf im Bereich Radverkehr wurde recht allgemein formuliert und bezog sich in erster Linie auf die Infrastruktur:

- mehr und bessere Radwege: v.a. auf dem Alleenring/Graben sind bessere Markierungen gefragt, um auf diesem Wege Gefahrenstellen zu beseitigen.
- mehr Parkhäuser bzw. -garagen: Aktuell werden abschließbare Fahrradboxen diskutiert. Das Problem: »Die sind teuer, hässlich und Platz hat man auch keinen dafür.« Und genau den brauche man: mehr Platz für Fahrräder in der Innenstadt. Doch die Nutzungskonkurrenzen seien groß.

Diese Anforderungen richten sich nicht nur an die kommunale Stadt- und Verkehrsplanung. Auch die Hochschule müsse sich dafür einsetzen, ihr Gelände entsprechend auszustatten und attraktiver zu gestalten.

**E-Mobilität:** Das zentrale Thema quer durch die Interviews war die Elektromobilität. Die planende Verwaltung, Politiker verschiedener Parteien, Forscher, Versorger, Wirtschaftsförderung wie Wirtschaftsakteure – sie alle setzen auf diesen neuen Mobilitätsbereich. Ein Hoffnungsträger für verschiedene Anforderungen: Die Förderung elektronischer Mobilität soll den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, die Feinstaubbelastung und den Verbrauch fossiler Rohstoffe reduzieren, neue Arbeitsplätze schaffen, zukunftsfähige Geschäftsfelder für Unternehmen eröffnen, der Stadt zu mehr Modernität verhelfen, alte Menschen mobil halten etc.

Viele Akteure sind vor Ort bereits mit dem Thema befasst und arbeiten in verschiedenen Projekten zusammen: Verwaltung, Politik, stawag, mehrere Institute der RWTH, Unternehmen u.a.. Man sieht sich als die Modellregion für Elektromobilität. Ein Gesprächspartner erwähnte, dass dazu momentan rund 88 Mio. Euro Fördergelder nach Aachen fließen. Verschiedene Forschungs- und Pilotprojekte zu nachhaltigen Mobilitätskonzepten auf Basis von Elektromobilität und Stadtwerke-Infrastrukturen laufen, so z.B. das Projekt »E-Aix«.

Erste Erfahrungen zeigen, dass eine Breitenwirkung in diesem Bereich nach einem langen Atem verlangt. Elektromobilität als Massenphänomen bleibt noch aus, allerdings kann »ein Schub« bei den Pedelecs verzeichnet werden. »Die Erprobung in der Praxis ist wichtig. Der Markt wird kommen!« so hoffnungsvolle Akteure zu dem Thema.

»Der Umschwung braucht seine Zeit, da der ganze Markt hierzulande auf Verbrennungsmotoren ausgerichtet ist.« Vieles sei auch eine Kulturfrage: »Die Deutschen sind zum Beispiel, anders als die Italiener oder Spanier, keine Rollernation. Da wird es auch der E-Roller schwer haben.«

Aktuell seien noch zahlreiche Fragen zu diskutieren: Wie können die Vorteile vermittelt, wie räumlich mehr präsentiert, wie Bürger interaktiv einbezogen werden? Wie bringt man das Thema in die Schulen hinein? Wie können Zulieferindustrien in Aachen eta-

bliert werden? Für den weiteren Prozess ist es wichtig, dass die Entwicklungen zu Forschung, Produktion, Infrastruktur, Vermarktung etc. Hand in Hand gehen. Und: »Das muss erlebbar werden. (...) Dazu brauchen wir eine kommunale Erlebniswelt.«

Es wird versucht, das Thema durch alle Bereiche – Entwicklung, Forschung, Anwendung – »ganzheitlich« und »mit vielen Partnern« anzugehen. Für weitere Fortschritte sei es enorm wichtig, Aachener Schlüsselpersonen langfristig an die Idee zu binden (einflussreiche Unternehmer, Politiker, Hochschulrektoren u.a.).

Über die einzelnen Verkehrsträger und Mobilitätsformen hinaus wurde in den Interviews auch auf die Nutzer eingegangen. Hier bestehe weiterhin Bedarf, über den persönlichen Beitrag zur Verkehrssituation in Aachen zu informieren: »Jeder Einzelne kann etwas tun. Mehr zu Fuß gehen, Radeln statt Auto fahren usw.« Auch der Begleitverkehr rückte ins Visier: So wäre es nicht zwingend notwendig, alle Kinder einzeln mit dem Auto zur Schule oder Kita zu bringen. Geh- und Fahrgemeinschaften seien zu fördern, wozu es einer entsprechenden Informationspolitik für Eltern bedürfe. Das sei nicht nur für das Klima, sondern zudem für das Miteinander förderlich. Auch würden dadurch etliche Stellplätze für Kurzzeitparker an Schulen überflüssig. Ebenso wie in den Schulen eine Mobilitätsberatung stattfinden sollte, sollten große Firmen diese vermehrt in Anspruch nehmen und/oder diese für Mitarbeiter anbieten.

### Infrastruktur und Energie

Als übergeordnete Ziele formulierten die Gesprächspartner, den Energieverbrauch zu minimieren, eine bessere Energieeffizienz herzustellen, Emissionen zu reduzieren und vermehrt auf regenerative Energien zu setzen. Ein Gesprächspartner war sogar der Meinung, nicht der Klimawandel sei das wesentliche Problem der Zukunft, sondern die fossile Ressourcenknappheit und der damit verbundene Preisanstieg. »Wenn man das eine Problem der fossilen Energieträger, dass ich für dringlicher halte, löst, kann der Klimawandel sozusagen in einem Rutsch mitgelöst werden.« Die Herausforderung für Aachen sei daher die Umrüstung von fossile auf regenerative Energien: »Wir können in Aachen

nicht das Klima der Welt retten. (...) Wir können Aachen aber sehr wohl resilient machen, wenn fossile Energieträger knapp werden.« Dass die Energiepreise steigen, sei absehbar und schon innerhalb der nächsten zehn Jahre sei der Förderhöhepunkt des Öls erreicht. »Das heißt, danach geht es unaufhaltsam runter mit der Fördermenge. Und um Gas ist es auch nicht viel besser bestellt. Und das sind nun mal die beiden Ressourcen, die es – um es mal ganz platt zu sagen – hier im Winter warm machen.« Somit müsse man sich fragen, was passiere, wenn die Energie immer teurer werde. »Viele Häuser sind ja zu einem Zeitpunkt gebaut worden, als Energie noch keine Rolle spielte. Es könnte also sein, dass wir uns Szenarien anzuschauen haben, wo in diesen Häusern nur noch ein oder zwei Zimmer geheizt werden können, weil 200 qm bei schlechter Isolierung nicht mehr zu beheizen sind.«

Um also »von den fossilen Energien weg zu kommen – so schnell wie möglich und so effizient wie möglich« seien sämtliche räumlichen Ebenen und Einrichtungen in den Blick zu nehmen – Freiflächen, Siedlungen, Quartiere, Gebäude, ebenso der Verkehr sowie die entsprechenden Akteure: lokale Unternehmen, Verwaltungen, Hochschulen u.v.m.

Für die Förderung regenerativer Energien in Aachen selbst ist zu klären, welche Standorte geeignet sind. »Das kann nicht auf den Gebieten von anderen gelöst werden, sondern da muss was im Stadtgebiet passieren.« Um eine Abkehr von fossilen Energieträgern aktiv zu unterstützen, muss im Stadtgebiet selbst die Gewinnung von erneuerbarer Energie verstärkt auf den Weg gebracht werden. Derzeit würden beispielsweise Standorte für Windräder geprüft, was jedoch längst nicht in der gesamten Bewohnerschaft Aachens auf Verständnis stoße. Aber auch in der Abwärme aus großen Industriebetrieben

wie etwa Zentis oder Phillips, in der Nutzung äquatischer Thermik (Wasser als Wärmequelle), der Biomassennutzung und dem Ausbau der Fernwärme liegen große energetische Potenziale, die noch längst nicht ausgeschöpft und ausreichend entwickelt seien.

Auch wenn die grundsätzliche Notwendigkeit des Umstiegs in den Interviews von keiner Seite angezweifelt wurde, so gibt es doch Akteure, die sich in einem Interessenkonflikt befinden. Ein Beispiel aus der Wirtschaft: »Unsere Rolle ist hier nicht ganz einfach: Einerseits wollen wir eine Abkehr von fossilen Energieträgern. Aber wir sehen auch ›unser‹ Unternehmen in der Region, die sich in einem internationalen Wettbewerb befinden. Man kann also nicht nur in regenerative Energien Geld fließen lassen und den Betrieben, die hier Steuern zahlen und anders funktionieren, das Leben schwer machen. (...) Europaweite Lösungen müssen her. Deutsche Alleingänge bringen nichts. (...) Das Grundproblem ist: Wir glauben, dass man Klimaprobleme kleinteilig lösen kann. Der Aufwand zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung, die dann teilweise nur in geringem Maße ausfällt, ist oft riesig.«

Ein weiteres großes Thema ist die Feinstaubbelastung in Aachen: Die Aachener Brennstoffverordnung sei ein wichtiger Schritt gewesen, um über den Verkehr hinaus, weitere Feinstaubquellen in den Blick zu nehmen.

Ebenfalls von großer Bedeutung für die Stadt Aachen, in Kooperation mit der stawag, ist die Reduzierung des gesamtstädtischen Energieverbrauchs. »Energieeffizienz« ist das Schlagwort. Der »energieeffizienzAKTIONSPLAN« (eeAP) umfasst zu diesem Zweck unterschiedliche Maßnahmen, die in Aachen umgesetzt werden sollen (siehe auch <http://www.energieeffizienz-aachen.de/home/index.html>).

links Abb. 20: fossile Energiegewinnung im RWE-Braunkohlekraftwerk in Weisweiler



rechts Abb. 21: regenerative Energiegewinnung über Windräder zwischen Orsbach und Laurensberg



Ein Interviewpartner erläuterte, dass in Aachen 1 % des jährlichen Energieverbrauchs eingespart werden soll. »Das ist ein Versuch.« Kann dies gelingen? Als erstes Fazit zeichne sich ab, dass erheblich mehr Mittel notwendig seien als bislang veranschlagt: Die derzeitig vorgesehene Summe von 1 Mio. Euro reiche nicht aus. Vielmehr seien 2 Mio. Euro pro Jahr in das Themenfeld zu investieren. »Nur die Hälfte des Ziels wird erreicht werden können. (...) Es bedarf größerer Anstrengungen, auch mehr finanziellen Aufwandes, um lokale Einsparungen zu realisieren.«

Allerdings seien hilfreiche Initiativen aus den Anstrengungen hervorgegangen, wie beispielsweise die Gründung des Energieeffizienz-Zirkels: Unternehmen werden regelmäßig zu Fachveranstaltungen eingeladen. Hier soll explizit auf die spezifischen Problemlagen einzelner Unternehmen fokussiert werden. Die Initiative »Energieeffizienz Fachbetrieb« (von der stawag gemeinsam mit der Handwerkskammer, der Verbraucherzentrale, der Stadt Aachen, der Kreishandwerkerschaft und altbau plus) geht der Frage nach, wie eine qualitätsvolle energetische Sanierung in Aachen gefördert werden kann. Dazu wurden in einem längeren Prozess Qualitätsstandards entwickelt. Betriebe haben die Möglichkeit einen »Energiekodex« zu unterschreiben. Für Viele ist das »nicht mehr als gutes Marketing«, für Andere ist Energieeffizienz als Kostenfaktor jedoch zentral. Ein Gesprächspartner beschrieb sogar, für die privaten Akteure seien Kosteneinsparungen die überzeugenden Argumente jeder Maßnahme zur Steigerung der Energieeffizienz oder zum Einsatz erneuerbarer Energien, nicht aber der Klimaschutz als »höheres Ziel«.



## 2.4 Akteure: Alle. Aber: Verstreute Kompetenzen, unklare Rollenverteilungen

Welche Akteure sind für klimarelevante Aufgaben vor Ort gefragt? Im Workshop wurde auf die Frage, wer denn nun ganz konkret Mitigations- und Adaptionsmaßnahmen angehen soll, zahlreiche Akteure benannt: von Einzelpersonen bis zu verschiedenen Gesellschaftsgruppen, vom Oberbürgermeister bis hin zum Nachbarn scheinen alle ihren Beitrag leisten zu müssen. Diese Einschätzung wurde in den Interviews bestätigt.

### Wer? Alle.

Da letztlich alle Stadtbewohner auf die eine oder andere Weise an der Stadtentwicklung mitwirken, sind sie auch für die Klimaentwicklung von Bedeutung. Und dabei hat jeder zumeist mehr als nur eine Schnittstelle zu dem Thema – sei es durch das eigene Mobilitätsverhalten, gewohnte Konsummuster, Wohnformen, berufliche Tätigkeitsbereiche o.a. Selbiges gilt für öffentliche Akteure: Sie weisen jeweils viele verschiedene Berührungspunkte zu klimarelevanten Handlungsbereichen auf – beispielhaft genannt seien die Bereiche Stadt-, Verkehrsplanung und Umwelt, die Infrastrukturplanung, die Wirtschaftsförderung oder auch die Bereiche Immobilienmanagement, Gebäudetechnik oder Energie.

Aus dem Stadtplanungsamt ist zu hören: »Das Durchhalten der klimarelevanten Ziele ist nicht schwierig. (...) Das Wissen um klimatische Rahmenbedingungen gehört bei uns zum Alltagswissen. Das Amt für Stadtplanung hat z.B. sowohl mit einer kompakten Stadtentwicklung, Nachverdichtungsaktivitäten, Minimierung des Flächenverbrauchs, Verkehrsreduzierung und -vermeidung als auch mit der Beförderung energetischer Modernisierungen im (teils denkmalgeschützten) Bestand oder der Neuentwicklung von Passivhaussiedlungen zu tun. Obschon jedes Amt seine eigenen und spezifischen Zuständigkeiten hat, tritt sehr deutlich deren notwendige Einbindung in sämtliche klimarelevante Handlungsbereiche zu Tage.

Und selbst Akteure bzw. Akteursgruppen mit einem deutlich enger umrissenen Tätig-

Abb. 22: Energieausweis – Überzeugend für »Energieeinsparung« und »Energieeffizienz« seien letztlich immer Kostenargumente. Hier: ein Bild des Internetauftritts Immobilienkontor Aacher

keitsprofil bzw. Zuständigkeitsbereich wie Architekten, Bauingenieure, Handwerker oder Vertreter der kommunalen Wohnungswirtschaft weisen zahlreiche Schnittstellen zu klimarelevanten Aufgaben auf. So können Architekten auf eine energiesparende und kompakte Bau- und Lebensweise, die Verwendung ökologischer Baustoffe, eine versiegelungsarme Gestaltung der Außenbereiche und vieles mehr hinwirken. Einzelne Handwerker können die Nutzung regenerativer Energiequellen und Maßnahmen zur Energieeffizienz im Bestand, im Neubau sowie bei der Infrastrukturerneuerung befördern. Bildungsträger können Bewusstseinsarbeit zu sämtlichen klimarelevanten Themen leisten... weitere Beispiele ließen sich finden.

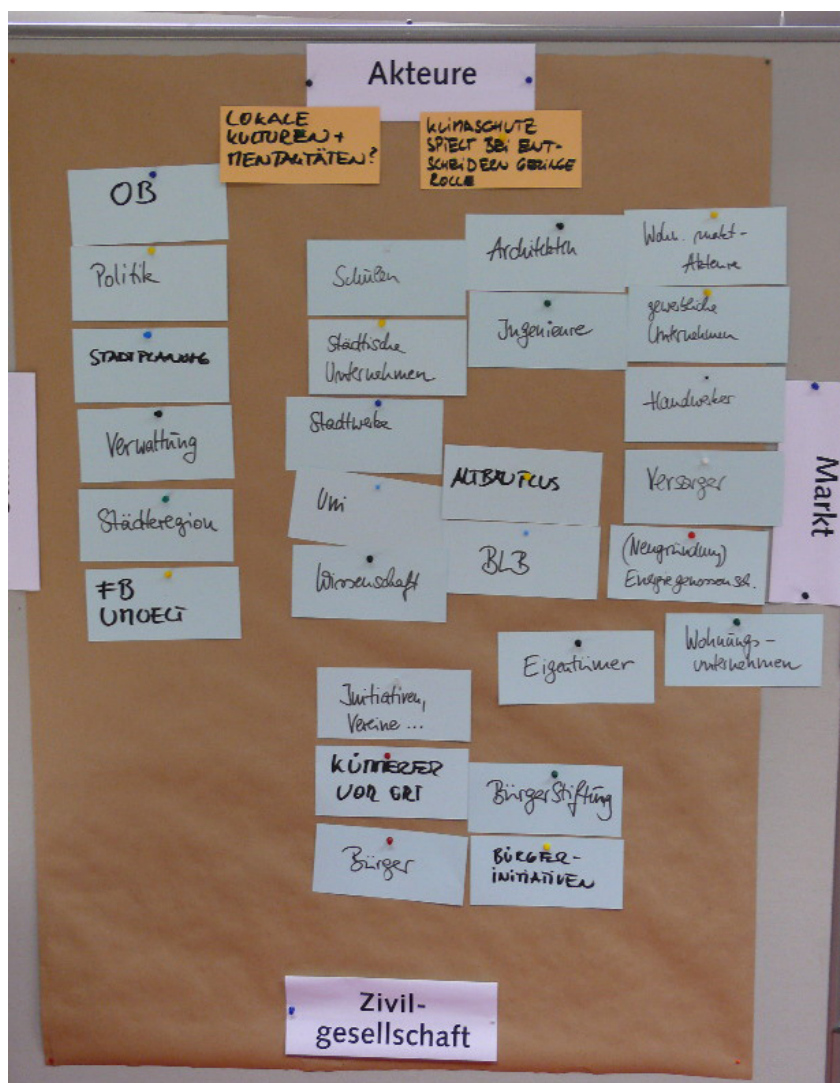
Abb. 23: Die Vernetzung von Akteuren wurde auch während des Akteursworkshop im November 2009 intensiv diskutiert.

Neben der Verwaltung kommt den politischen Akteuren eine zentrale Bedeutung in einer klimagerechten und -angepassten Stadtentwicklung zu. Im Workshop wurde ersichtlich, dass dabei grundsätzlich zwischen »gewählten Politikern« und »politischen

Prozessen« zu unterscheiden ist. Sprich: Politik wird eben auch ohne gewählte Politiker gemacht, in anderen Arenen, durch andere politisch agierende Akteure wie Lobbyisten, Interessengruppen, Gewerkschaften usw. So ist politische Einflussnahme teilweise auch dann gegeben, wenn gewählte Politiker nicht involviert sind. Die Einbindung gewählter kommunalpolitischer Entscheidungsträger ist jedoch insofern wichtig, als dass die einzelnen Klimaziele verbindlicher politischer Beschlüsse und Vorgaben bedürfen. Dabei ist wesentlich, dass diese auch für längere Zeiträume, also über eine Wahlperiode oder das Zeitfenster von Koalitionen hinaus, Gültigkeit haben. Nur so kann für private Investoren oder Initiativen ein ausreichendes Maß an Planungssicherheit hergestellt werden.

Die Interviews zeigten, dass der Klimaschutz quer durch alle Parteien und Ausschüsse auf der politischen Agenda steht. Auch wenn die jeweiligen Gruppen hier verschiedene Schwerpunkte setzen, wird augenscheinlich, dass das Thema sein Nischendasein überwunden hat. Inwiefern damit handfeste politische Ziele und Entscheidungen einhergehen, bleibt indes abzuwarten. An dieser Stelle soll erst einmal nur festgehalten werden, dass das Thema angekommen ist.

Wenn von »den« Privaten die Rede ist, sind viele verschiedene Akteure gemeint. Im Workshop wurde der Blick u.a. auf die Wirtschaftsakteure gerichtet: In Auseinandersetzungen mit Umweltthemen und Klimaschutz standen (und stehen) allen voran oftmals Industrie- und Gewerbetreibende im Schussfeuer der Kritik: Sie seien es, die durch betriebliche Expansionen weitere Flächen versiegeln, durch Produktionsprozesse die Luft verschmutzen oder giftigen Sondermüll produzieren. Oft werden sie negativ oder als Feindbilder bzw. »Blockierer« dargestellt. In den Workshop-Diskussionen wurde indes mehrfach darauf hingewiesen, dass gerade einzelne Investoren oder Projektentwickler recht weit seien. Das treffe zum Beispiel auf verwendete Baumaterialien, energetische Bilanzen oder betriebsinterne Ansätze zum Mobilitätsmanagement zu. Auch in den Interviews haben öffentliche Akteure mehrfach auf gut funktionierende Kooperationen mit privaten Akteuren verwiesen. Wiederholt wurde auf den Bereich Elektromobilität hingewiesen (siehe oben): Hier soll Aachen durch das Zusammenwirken von verschiede-





denen Beteiligten und der Nutzung unterschiedlicher Förderprogramme zu einer der Vorzeigeregionen bzw. Präferenzstandorte in Deutschland werden. Verwaltung und Politik sind ebenso eingebunden wie Versorgungsunternehmen, Entwicklungs- und Produktionsfirmen oder ortsansässige Hochschulen. Augenscheinlich ist, dass es nicht immer Akteure der Stadtverwaltung sein müssen, die als treibende Kraft in derartigen Prozessen fungieren. Motor oder koordinierende Instanz können auch private Initiativen oder Unternehmen wie beispielsweise der lokale Energieversorger sein.

Die stawag habe beispielsweise durch ihren Tätigkeitsbereich zahlreiche Schnittstellen zu klimarelevanten Themen und sei ein zentraler Akteur für Klimaschutz und Anpassung in Aachen. Ein Entscheidungsträger der stawag selbst dazu: »Das Unternehmen in seiner Gesamtverantwortung hat Klimaschutz zur Aufgabe.« Das sei auch in den Unternehmensleitlinien manifestiert. Für die Zukunft stelle sich die Frage: »Welchen aktiven Part nehmen Versorgungsunternehmen ein, um die Klimaschutzziele der Bundesregierung umzusetzen?« Es seien Kernaufgaben des Unternehmens, die energiepolitischen Ziele des Gesellschafters umzusetzen. Und zwar (1.) im eigenen Verantwortungsbereich und (2.) in der Unterstützung der Kunden (Private, Industrie, Gewerbe u.w.). Die Stadt ist hier gleich mit zwei Aufgaben eingebunden: Zum einen über ihre hoheitlichen Aufgaben und den politischen Willen (hinsichtlich Flächenentwicklung, Bauvorschriften etc.), zum anderen als Gesellschafter der stawag. »Das muss sie zusammenbringen. Schwierig, aber das birgt Chancen.«

Wie bereits erwähnt, taten sich die Befragten mit der Benennung einzelner Akteure schwer. Dennoch sollen hier einige erwähnt werden, denen neben kommunaler Verwaltung und Politik besondere Aufmerksamkeit zu teil kam:

- Energieversorger (stawag u.a.)
- die Hochschulen inklusive Klinikum, als großer Arbeitgeber, als forschende Instanz und wegen ihrer umfangreichen Gebäudebestände.
- die Kammern als große lokale Institutionen und als wichtiger Draht in die Unternehmen und zu den Arbeitgebern und -nehmern,

- Träger öffentlicher Einrichtungen wie Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Krankenhäuser, Pflegeheime u.a., mit großem Potenzial zur energetischen Optimierung, in ihrer Rolle als Arbeitgeber, als Multiplikator usw.
- StädteRegion
- Agit
- viele Firmen mit Schnittstellen zur Energiewirtschaft (Beratung, Ingenieurfirmen, Anwenderfirmen, Herstellerfirmen (Photovoltaik, Solar, Elektromobilität u.v.m.)
- Handwerk, Handwerkskammer, Kreis-handwerkerschaft
- Haus und Grund e.V., Mieterschutzverein
- Verbraucherzentrale
- Initiative Aachen (als Multiplikator zu lokalen Geschäftsleuten)
- Regio-Energie-Gemeinschaft, ein Zusammenschluss der Stadtwerken der Region, um den Austausch mit Marktpartnern zu fördern
- ASEAG, AVV, Cambio, DB
- Investoren, Bauträger, Projektentwickler
- Umweltakteure und -verbände wie beispielsweise ADFC
- Stiftungen u.v.m.

Letztendlich sind alle Institutionen, die einen Multiplikatoreffekt haben und mit Öffentlichkeitsarbeit befasst sind, besonders wichtig. Seitens der Stadt wird der Beitrag von Verbänden und Stiftungen hervorgehoben. Hier seien u.a. Menschen tätig, die »in der Welt herumgekommen sind, Menschen mit Weitblick«. Das sei für lokale Diskussionen bereichernd. »Die weisen auf neuste Entwicklungen hin (...). Man braucht die, denn man kommt nicht auf alles selber...«

Und wer fehlt? Recht mühselig sei es, das kleine und mittlere Gewerbe (kleine Läden und Dienstleister) für Aktivitäten zu gewinnen. »Die bekommt man nur schwierig. Da muss man von Tür zu Tür gehen und gucken: Warum saniert der nicht? Was genau braucht der jetzt?« Der Aufwand sei kaum zu leisten. Gleiches gelte für den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürger. »Jeden Einzelnen kann man nicht ansprechen, das geht nur über Multiplikatoren. Und wenn es Zweckgemeinschaften gibt, erreicht man den Einzelnen gut (z.B. beim Jobticket über Arbeitgeber).«

### **Verstreute Kompetenzen, unklare Rollenverteilung**

In Anbetracht der Erkenntnis, dass letztendlich alle Akteure der Stadtentwicklung auch Akteure der Klimapolitik sind, gleichzeitig jedoch die Betroffenheiten der Einzelnen ebenso verschieden sind wie deren Anpassungsbedarfe, -möglichkeiten und -bestrebungen, ergeben sich für die praktische Politikgestaltung einige Probleme. Es ist zu klären, wer welche Rolle einnimmt. Wer ist Treiber, wer Kümmerer, wer Umsetzer etc.? Und: Wie ordnet sich eigentlich eine Verwaltung, deren »Governance-Verständnis« noch nicht besonders ausgeprägt ist und deren Atomisierung von Zuständigkeiten andere Arbeitsweisen vorsieht, in dieses Zusammenspiel ein?

Um bestehende Potenziale optimal nutzen und vor allem das Zusammenwirken von Initiativen und Aktivitäten vor Ort ausloten und optimieren zu können, wird vielfach der Bedarf nach einer systematischen Bestandsanalyse genannt. Im Sinne einer »Kompetenzen-Orientierung« bedarf es der »Aufdeckung an Wissen und Fähigkeiten« vor Ort. Wer macht was? Wer kann sich wie einbringen? Wer hat welche Mittel, wer welches Wissen?

Es ist zu klären, wie man verschiedene Kompetenzen zusammenbringen kann (z.B. durch Wissensmanagement, Berater, Netzwerke, Kümmerer). Und es bedarf einer Verständigung über Strategien und konkrete Umsetzungsschritte zwischen den klimarelevanten Akteuren vor Ort. »Gesamtstädtisch ist zu fragen: Wo wollen wir hin? Gibt es ein gemeinsames Ziel? Wenn das nicht der Fall ist: Wer verfolgt welche Ziele? Wo gibt es ggf. Interessenkonflikte, wo -kompatibilitäten? Usw.«

Klimapolitische Anstrengungen werden nur dann Früchte tragen können, wenn die jeweiligen Ziele, Interessen und Handlungslogiken der jeweiligen Akteure erkannt und mitberücksichtigt werden. Ebenso müsste den bestehenden Aktivitäten mehr politischer Rückhalt zukommen, so einige Hinweise aus dem Workshop. Gleichmaßen müssen die Initiativen selbst Interesse an einer Abstimmung haben. Dazu wurde in den Interviews kritisch angemerkt, dass sich »viele Initiativen und Aktivitäten überlappen (...), dass sie unabgestimmt sind, nicht koordiniert und

gebündelt voran getrieben werden.« Auch würde man sich »gegenseitig die Butter vom Brot nehmen«. Über die Zeit hätten sich viele Arbeitsgruppen und Netzwerke entwickelt, es gäbe Parallelaktivitäten und durchaus auch Konkurrenzen – »alles ganz normale menschliche Schwächen: Man will sich profilieren.« Einen grundlegenden Abstimmungs- und Koordinationsbedarf sehen viele Befragte, auch wenn diese Herausforderung durchaus nicht ganz einfach zu handhaben sei. Innerhalb der Stadtverwaltung wird aktuell bereits eine Bestandsaufnahme vorgenommen: Die kommunale Klimaschutzbeauftragte hat die Hauptaktivitäten der Stadt für verschiedene klimarelevante Handlungsfelder zusammengefasst, mit dem Ziel, Aufgaben, bestehende Handlungsbedarfe und Erfolge systematisch nachzuhalten.

Die so genannten »rein menschlichen Schwächen« können allerdings auch zu handfesten ordnungsrechtlichen Problemen auswachsen. Wenn beispielsweise kommunale Unternehmen Dienstleistungen anbieten, »die eigentlich ins Handwerk gehören«, entstehen ernst zu nehmende Interessenkonflikte in dem Geschäftsfeld. Das betrifft u.a. Contracting, Service im Heizbereich, neue Angebote zur Elektromobilität. Teils schalten sich Innungen und Kammern ein, teils auch die Landesverbände, weil die Probleme vielerorts auftauchen. Hier zeichnet sich Klärungsbedarf ab, der ganze Service- und Infrastrukturlwelten betrifft: Welche Aufgabenteilung wird zukünftig zwischen Privaten und kommunalen Unternehmen stattfinden?

## **2.5 Schwierigkeiten und Chancen auf dem Weg zu einer klimafreundlichen Stadt**

Dass die Idee einer klimafreundlichen Stadt nicht reibungslos in die Tat umgesetzt werden kann, liegt auf der Hand. In den Interviews wurde nach Hemmnissen gefragt: Welche Widerstände sind augenfällig? Welche Barrieren konnten noch nicht überwunden werden? Wo sehen sich die Akteure in ihren Bemühungen mit Grenzen konfrontiert? In diesem Zusammenhang wurde auch nach hilfreichen Anreizen gefragt.

## Hemmnisse aus dem Weg räumen

Zentrale Themen der Klimadiskussion aus jüngerer Zeit kommen denjenigen, die sich seit geraumer Zeit mit nachhaltiger Stadtentwicklung befassen, durchaus bekannt vor: Ob nun eine umweltgerechte bzw. postfossile Mobilität eingefordert wird, ein sparsamer Energieverbrauch, entschiedener Ressourcenschutz – alles das ist seit vier Jahrzehnten Gegenstand fachlicher Erörterung. Richtet man die Aufmerksamkeit insbesondere auf die räumlichen Aspekte lokaler Klimapolitik, so ist Ähnliches auszumachen: Hier sind z.B. wiederum die Forderungen zu hören, Städte kompakt zu entwickeln, in verträglichem Maße nachzuverdichten oder Freiräume im städtischen Kontext zu schützen – beispielsweise um die Durchlüftung der Stadt zu gewährleisten und Wärmestaus bzw. Wärmeinseln zu vermeiden. Diese und weitere Anforderungen werden auch in Aachen geäußert.

Bei der Gewährleistung einer ausreichenden Durchlüftung handele es sich um eine Hauptaufgabe baulich-räumlicher Planung und Entwicklung in den Städten, die bislang noch nicht befriedigend eingelöst wurde. Bisherige Bemühungen hätten nicht die erhoffte Durchschlagskraft entfaltet.

Im derzeitigen klimapolitischen Diskurs lassen sich verschiedene Themen und Handlungsfelder benennen, die Daueraufgaben zu sein scheinen, für die noch keine zielführenden Lösungswege gefunden wurden. So stellt es sich z.B. bei der anhaltenden Verwendung postfossiler Energieträger, dem hohen MIV-Anteil am Modal Split oder der weiteren Flächeninanspruchnahme dar.

Solche Beständigkeiten rufen dazu auf, die Grenzen bisheriger Bemühungen kritisch zu beleuchten und Misserfolgskriterien herauszuarbeiten. Ein schlichtes »Mehr vom Gleichen« oder »Mit verstärkten Anstrengungen weiter wie bisher«, ist offensichtlich unzureichend. Ähnliche Einschätzungen gaben auch Aachener Interviewpartner: »Die x-te Initiative zum Stromsparen« bringt nicht unbedingt mehr Energieeinsparung mit sich. Oder: »Das gleiche Thema ein drittes und viertes Mal durchkauen bringt die Sache auch nicht weiter.« Sowie: »Viele Dinge – z.B. Dämmen – sind einfach ausgereizt.« Hier besteht die Gefahr, dass unter Umständen das einsetzt, was Müller (2009) so treffend als Buchtitel



formuliert hat: »Nachhaltigkeit: Burnout eines revolutionären Anspruchs?«.

Gleichwohl die zahlreichen klimarelevanten Initiativen und Vorhaben lobend erwähnt werden, zeigen sich auch deren Grenzen in der Wirksamkeit. Ein Gesprächspartner einer Beratungsstelle zur energetischen Sanierung beschreibt beispielsweise: »Wir haben viele gute Beratungsstellen, weitere brauchen wir nicht.« Allerdings sei es wünschenswert, dass noch mehr Menschen diese Beratungsangebote wahrnehmen würden: »Wenn ein Eigentümer zum Beispiel eine neue Heizungspumpe braucht, sich nicht beraten lässt und sich dann nicht für ein modernes, effizientes Modell entscheidet, dann ist an dieser Stelle die Chance zur Energieeinsparung für weitere 25 Jahre vertan.« Es

oben Abb. 24: Es gäbe genügend Beratungsstellen, diese müssten jedoch noch stärker angenommen werden. Hier: Beratungsstelle altbau plus.

unten Abb. 25: Klassisches Marketing gefragt: »...Die Engagierten sind bereits auf bestem Standard – die Masse muss angesprochen werden.« Hier: Kundenzeitung der stawag (Ausgabe Mai 2011)

gelte weiter, Hemmschwellen abzubauen. »Man muss über die Angebote stolpern (...) oder aktiv angesprochen werden, z.B. wenn der Heizkessel kaputt ist, durch den Handwerker.« Die Einschätzung eines Versorgers dazu: »Hier ist eher klassisches Marketing gefragt statt intellektueller Arbeitskreise. (...) Die Engagierten sind bereits auf bestem Standard – die Masse muss angesprochen werden.« Bisher gingen Kampagnen häufig in die falsche Richtung, denn es würden immer wieder die gleichen Zielgruppen angesprochen: »Wenn man tolle Holzbauten prämiert, dann kommen da Leute hin, die Holzbauten sowieso toll finden« und man erreiche nur »die üblichen Verdächtigen«.

In Anbetracht der Grenzen einiger Bemühungen wundert es kaum, wenn mehrfach der Wunsch nach einem starken Staat zu hören ist, der die Dinge in die richtige Richtung lenke: »Ohne staatliche Vorgaben kommen wir nicht weiter« oder »Ich bin der Meinung, dass das Instrument des Ordnungsrechtes viel zu wenig in die Hand genommen wird«. So sei es beispielsweise eben doch effektiver »Glühbirnen zu verbieten (...) als die zigste Kampagne zu dem Thema zu starten.« Oder: Wenn ein Bauantrag zur Veränderung eines Bestandsgebäudes gestellt werde, müsse dieses gedämmt werden, wobei die Energieeinsparverordnung sehr wirksam sei. Ein

Beispiel dafür, dass gesetzliche Vorgaben in der Vergangenheit durchaus erfolgreich waren, sei die Einführung des Katalysators. Sowohl engagierte private als auch öffentliche Personen sprechen sich für mehr gesetzliche Vorgaben »von oben« aus, da sie das Vorgehen beschleunigen könnten, z.B. durch klare Vorgaben und Auflagen für energetische Modernisierungen im (teils denkmalgeschützten) Altbaubestand. Für die Umsetzung sollten dann entsprechende Zuschüsse gewährt werden. Ob ein Mehr an staatlicher Intervention unter hiesigen Bedingungen denkbar (oder überhaupt wünschenswert) sei, bleibt allerdings vorerst offen. Häufig seien die Vorgaben der Bundesregierung nicht operationalisierbar, da diese »eher Sonntagsreden« formuliere. Daher müssten die Kommunen klar formulieren, wie der Bund ihnen helfen könne. Überdies gibt es Stimmen, die eben nicht hin zum starken Staat drängen, sondern darauf verweisen, wie viele starke, treibende Kräfte es schon im Felde gebe: Es komme mehr darauf an, diese zusammenzuführen, zu vernetzen und weitere Synergien auszumachen. Dazu im Folgenden mehr.

Neue Themen (Energieeffizienz, alternative Energien, innovative Wohnformen usw.) in den einzelnen Handlungsbereichen zu platzieren, brauche Zeit. Diese Erfahrung bleibt wohl den wenigsten erspart, die sich für eine

### Energieeinsparverordnung (EnEV)

Änderungen der Energieeinsparverordnung durch die EnEV 2009

Thermografie eines Wohnhauses (Quelle: fotolia.de/ fotoflash)

Durch die Novellierung der Energieeinsparverordnung (und der Heizkostenverordnung) werden die Beschlüsse der Bundesregierung zum Integrierten Energie- und Klimaprogramm (IEKP) im Gebäudebereich umgesetzt.

Die Bundesregierung hat am 18. Juni 2008 die Änderung der Energieeinsparverordnung (EnEV) beschlossen. Am 6. März 2009 hat der Bundesrat mit einigen Änderungen zugestimmt, die am 18. März 2009 von der Bundesregierung angenommen wurden. Am 1. Oktober 2009 tritt die Änderung der Energieeinsparverordnung in Kraft.



Ziel der novellierten Energieeinsparverordnung (EnEV) ist es, den Energiebedarf für Heizung und Warmwasser im Gebäudebereich um etwa 30 Prozent zu senken.

Einige Gesprächspartner wünschten sich enge gesetzliche Vorgaben. Hier: Informationen des BMVBS zur Novellierung der Energieeinsparverordnung von 2009

Abb. 26: Thermografie eines Wohnhauses

klimafreundliche Stadtentwicklung einsetzen. Man sollte ausgestattet sein mit: Kraft, Zeit und Frustrationstoleranz. Eigenes Engagement sei mühsam und viel wertvolle Zeit gehe verloren: »Da passiert zwar schon viel in der Stadt, aber das dauert alles zu lange.« Daher müsse man langfristig den ganzen »Zeithorizont einer Generation im Blick haben«. »Wenn Sie diesen zeitlichen Horizont nicht haben, dann interessiert Sie auch nicht, dass es in fünf oder zehn Jahren vielleicht mit der Ölversorgung bergab geht. Da gucken Sie nur vor Ihre eigene Fußspitze und stellen fest, dass die nächsten drei Pflastersteine ja noch gut liegen.«

Selbst große Unternehmen, die entsprechende Strukturen und notwendiges Know-How mitbringen, haben erlebt, dass es einer langen Zeit bedarf, um weitere Akteure zu erreichen, mit ihnen neue Strukturen aufzubauen und Projekte anzuschieben. Wenn dann noch »politisches Hin und Her« oder Gesetzesänderungen dazu kommen, vergehen schnell ein paar Jahre bis Erfolge sichtbar werden. »Fünf Jahre sind da nichts.« Insbesondere im Energiebereich seien politische Kurswechsel fatal für Unternehmen und neue Entwicklungen. Verunsicherungen blockieren Investitionen. Sind gesetzliche Veränderungen zu dicht getaktet, dann sind die verbleibenden Zeiträume zu kurz, um Verbindlichkeiten aufbauen und Neuerungen in der Breite anschieben zu können.

Eine ähnliche Kritik betrifft die KfW-Förderungen, die als zu aufwendig angesehen werden. Die Auseinandersetzung mit den Bedingungen nehme zu viel Zeit in Anspruch. Außerdem gäbe es zu häufig Änderungen. Diese führten zu einer »Abwartehaltung« der Eigentümer. Alles zusammen seien dies eher abschreckende Bedingungen. Befürwortet werden deshalb eher »kleine aber einfach zu handhabende Zuschüsse als komplizierte Darlehen«.

Neben diesen Hindernissen, die mehr oder minder auf sämtliche Themen zutreffen, gibt es weitere, sehr konkrete Hemmnisse in einzelnen Handlungsbereichen. Zum Beispiel wurde die Stellplatzverordnung kritisch betrachtet. »Der Zwang zu Stellplätzen ist kontraproduktiv.« Zum einen würde dadurch die Nutzung des privaten Pkw planerisch manifestiert, auch wenn man sich als Kommune auf die Fahne schreibt, den nicht-motorisierten MIV zu fördern. Zum anderen »gehen

wertvolle Fläche an das ruhende Blech« – Flächen, die man auch für andere Nutzungen einsetzen könnte.

Dieser Aspekt bringt einen direkt zu einem weiteren Hemmnis: der Flächenkonkurrenz in der dichten Stadt, die ganz verschiedene Anliegen in der Stadt blockiert. Mehr Grünflächen, Ausbau der Fahrradinfrastruktur, Ladestationen für E-Autos, Parkplätze für Car Sharing, nicht bebaute Frischluftschneisen und vieles mehr stehen in Konkurrenz zu gängigen »klimaunfreundlichen« Nutzungen wie der baulichen Erweiterung der Siedlungsfläche, Straßenbau, innerstädtische nParkplätze usw.

Darüber hinaus werden Barrieren sichtbar, die speziell auf einzelne Akteure und Arbeitsstrukturen zutreffen. Hier sei das Beispiel der RWTH genannt, für die in einem Interview eine finanzielle Benachteiligung beklagt wurde: »Wenn wir aus Fördertöpfen für alternative Energien schöpfen könnten! Alles was Dritten offen steht an Förderung durch den Staat, haben wir nicht zur Verfügung. Das wird auch nicht kompensiert.« Zudem seien die administrativen Strukturen hinderlich: Der Zwang zur Abstimmung mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) verzögere sämtliche Vorhaben, führe zu Reibungsverlusten und sei sehr hinderlich. Schlankere Prozesse sind gefragt. »Den Großteil der Arbeit verwenden wir darauf, unter den gegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen mit dem BLB zu kommunizieren.« Angesichts knapper Mittel sei das eine enorme Ressourcenverschwendung.

Vorausschauende Planungen und Abstimmungen seien zudem schwierig, weil die Beteiligten in unterschiedlichen Zeitfenstern denken. Überspitzt formuliert: Der BLB denkt in Dekaden, die öffentlichen Akteure der Stadt leben in Wahlperioden und einzelne Hochschulabteilungen orientieren sich gerade mal von Semester zu Semester. Ein nachhaltiges Immobilienmanagement sei unter diesen Bedingungen schwierig.

Das Thema »Zeit« ist noch in anderer Hinsicht relevant. Die Rede ist hier von Privatpersonen, die z.B. Interesse haben, klimaschützend in ihre Immobilie zu investieren. »Für viele Menschen gehen diese ganzen Entwicklungen viel zu schnell vonstatten. Die kommen nicht mehr mit. (...) Und dann fällt man auch nicht sofort eine Entschei-

derung, weil man erst einmal Zeit braucht, sich mit all den Fragen zu befassen.« Laien kommen da schnell an ihre Grenzen. Der Markt wartet mit mannigfaltigen Optionen technischer Art auf. Die Orientierung fällt schwer, kostet Zeit und die ist meistens knapp. Unser Leben »im Zeitalter des Überangebots« wirke sich hier hinderlich aus. Multioptionalität, mehr Fluch als Segen, kann unter Umständen dazu führen, dass letztendlich gar nichts unternommen wird. Dazu kommt ein Hemmnis, das recht typisch für sämtliche Leistungen am Markt ist: »Man weiß nicht, ob sie (Anm.: Handwerker, Architekten) eine Beratung durchführen, weil sie den Auftrag haben wollen oder weil es ihnen um die Sache geht und die fachkundige Auskunft im Mittelpunkt steht.« Das führt zu viel Ungewissheit und blockiert Handeln. Umso wichtiger seien unabhängige Beratungsstellen wie etwa altbau plus.

Zu guter Letzt ist noch das meist genannte Hindernis anzusprechen: das fehlende Geld.

Egal ob städtische Ämter, kommunale Unternehmen, kleine Firmen, große Firmen, Initiativen, Vereine oder Politiker – Geld für innovative Projekte, Experimente, Unterstützung alternativer Ideen etc. fehlt überall. Das ist nichts Neues. Einige wenige Interviewpartner haben allerdings einen eigenen Blick auf die Finanzlage: In einem Gespräch wird angeregt, über die Prioritäten in der Mittelverwendung nachzudenken. Auch wenn die Mittel knapp seien, würde ja immer noch Geld für verschiedene Zwecke verwendet. Verschiebungen, z.B. zwischen kommunalen Haushaltstöpfen, seien gefragt. Eine Interviewte kritisierte, »alles sofort und an erster Stelle unter Wirtschaftsgesichtspunkten (zu) sehen. Das ist wichtig, aber wenn es immer an erster Stelle steht, kommt man oft nicht zu kreativen Lösungen, die langfristig dann auch rentabel wären.«

#### **Anreize gefragt. Oder: »Wie wird Klimaschutz hip?«**

Um Hemmnisse zu überwinden, können Anreize hilfreich sein. Die Interviewpartner wurden nach nützlichen Anreizen gefragt, die eine klimafreundliche Stadtentwicklung nach vorne bringen können. Die genannten Ideen greifen gängige Möglichkeiten auf:

- von Fördergeldern oder steuerlichen Begünstigungen für Energieeinsparungen und CO<sub>2</sub>-Reduzierungen (für Heizungsmodernisierung, Dämmung, neue Kühlschränke, Busfahr\_tickets für Ältere),
- über Information, Schulungen und Sensibilisierung zu Energieeffizienz, Mobilitätsverhalten, Gebäudesanierung und Co. (beispielsweise wurde mehrfach auf den Schulungsbedarf von Handwerkern verwiesen),
- bis hin zu einer verstärkten »Anreizschaffung via Gesetzgebung« (z.B. für Energieeinsparung durch Verbrauchsverhalten, Modernisierung im Bestand). Mehr gesetzliche Vorgaben von oben könnten das Handeln beschleunigen.

Die Einschätzungen hinsichtlich des Sinns oder Unsinnis einzelner Varianten gehen auseinander. Die Einen gehen davon aus, dass nennenswerte (!) finanzielle Anreize wichtig, aber normative bzw. gesetzliche Vorgaben wirkungsvoller seien. Für Andere sind Fördermittel »immer eine zweischneidige Sache, da sie nie genügend Mittel haben, um alle (ausreichend) zu begünstigen.« Das wiederum könne »spürbare Vermögensbegünstigung Einzelner« bedeuten, was schwierig sei – auch im Sinne der Gerechtigkeit. Vielleicht ist hier die Verbesserung steuerlicher Abschreibungsmöglichkeiten eine Alternative, zum Beispiel für klimarelevante Investitionen. Zur Lösung des Mieter-Investoren-Dilemmas sei laut eines Gesprächspartners beispielsweise eine Pflicht zur Ausweisung von Warmmieten sinnvoll. Bei öffentlichen Ausschreibungen dürfe nicht länger allein die günstige Produktion im Fokus stehen, sondern »Bauteilscheidungen müssten nach Maßgaben von Lebenszykluskosten« getroffen werden. Dies seien jedoch alles Maßnahmen, die nicht auf kommunaler Ebene gelöst werden können, sondern auf die Unterstützung von Bund und Ländern angewiesen sind. Ein Gesprächspartner schlägt vor, »dass sich Kommunen auf den Weg machen, um in Berlin oder Düsseldorf Einfluss zu nehmen, um Änderungen von Gesetzen in Angriff zu nehmen.«

Unabhängig von Art oder Form der Anreize kann festgehalten werden:

(1.) »Maßnahmen sind immer dann wichtig, wenn sie systemisch wirken.«

(2.) Für positives Handeln müssen positive Anreize gesetzt werden. Nur wenn es sich für den Einzelnen lohne, sprich in Form konkreter Einsparmöglichkeiten auszahle, werde tatsächlich gehandelt. Als Beispiel wurde das »Erneuerbare-Energien-Gesetz« angeführt: »Plötzlich war Photovoltaik attraktiv.« Jeder denke nun mal zuerst an den eigenen Geldbeutel und individuelle Einsparmöglichkeiten. Gleichwohl zeichnen sich auch hier einzelne Hemmnisse ab: Hinderlich sind die Längen der Amortisierungszeiträume: »Unternehmen zielen auf schnelle Pay-back-Perioden: Energiespar-Investitionen müssen sich schnell, nach 2-3 Jahren, auszahlen. Das ist bei Energieeinsparung nicht immer der Fall,« merkte ein Interviewpartner an.

Die Stadt geht die Frage pragmatisch an: Da man ohnehin keine Gelder habe, eigene Förderprogramme aufzulegen, wird für eine gute Informationspolitik, z.B. zu KfW-Darlehen, Energieberater für private, finanzschwache Haushalte, plädiert. Allerdings seien zusätzliche Beratungsleistungen der Stadt derzeit kaum zu finanzieren.

Zahlreiche Interviewpartner sprechen sich für einen Anreize-Mix aus. Beispielsweise müssten »öffentliche Aufklärung, Reglementierung und Förderung der intrinsischen Motivation« Hand in Hand gehen. Ebenso räumten Befürworter einer verschärften Gesetzgebung ein, dass diese nur Sinn macht, sofern es gleichzeitig Zuschüsse für die Umsetzung gäbe. Hier wird ein Problem offenkundig, das besonders Kleineigentümer betrifft: Gesetzliche Verschärfungen (z.B.

Modernisierungsvorschriften) brächten »unlösbare Aufgaben mit sich. Die müssen investieren, auch wenn sie das Geld gar nicht haben. (...) Das geht dann schon in Richtung Enteignung, weil sie letztendlich verkaufen müssen.«

Andere Gesprächspartner nehmen hingegen die Bürgerinnen und Bürger in den Blick, die finanziell durchaus passabel ausgestattet sind, und fragen: »Wie kann man es den Leuten, bei denen der finanzielle Druck nicht so groß ist, schmackhaft machen für Klimaschutz Geld auszugeben? (...) Wem es nicht weh tut, sich regelmäßig ein neues Auto oder einen i-Pod zu kaufen, der kann auch andere Dinge finanzieren. (...) Die bekommt man aber nicht mit dem erhobenen Zeigefinger oder mit Erklärungen zum Zwei-Grad-Ziel. Die wollen auch nicht auf Komfort verzichten. Die muss man über andere Schienen bekommen. Die sind dabei, zum Beispiel, wenn etwas hip oder schick ist.« Doch wie wird Klimaschutz hip? Wie kann man das Begehren des »dabei sein wollen« oder »haben wollen« für diese Zwecke nutzen? Hier zeichnet sich weiterer Forschungs- und Erprobungsbedarf ab. Der Wunsch »mal was ganz neues (zu) machen«, eine andere Anspracheform zu finden, statt die x-te Kampagne durchzuziehen, wurde artikuliert. Hierzu fehlen noch zündende Ideen. Die Wirkung von Anreizen wird diesbezüglich verhalten eingeschätzt: Anreize können kaum einen neuen Hype oder Trend einleiten. Dieser muss zumindest in Ansätzen schon da sein, dann werden Förderungen genutzt – »teils als kleiner Antrieb, teils als Mitnahmeeffekt«.

### 3. Gemeinsamkeiten und Bezüge zwischen demographischen und klimatischen Herausforderungen

Der demographische und der klimatische Wandel werden als die beiden großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit angesehen. Diese Entwicklungen beeinflussen die Gesellschaft nachhaltig. Für den Umgang mit ihnen sind auch die Bezüge diese Entwicklungen untereinander interessant.

#### 3.1 Bezüge zwischen klimatischen und demographischen Herausforderungen

Einige Gesprächspartner sehen keine Zusammenhänge. Andere stellen fest: Die Entwicklungen haben »inhaltlich nicht unbedingt so viel miteinander zu tun, aber wirken zeitgleich.« Ein Dritter stellt einen Bezug über Geschwindigkeit der Entwicklungen her und geht davon aus, dass der demographische Wandel »für uns schneller ein Problem« sei als der Klimawandel. In weiteren Gesprächen wurden zahlreiche Bezüge in den diskutierten Handlungsfeldern und anhand konkreter Aufgaben hergestellt:

##### **Siedlungs- und Quartiersentwicklung/ Stadtstruktur, Städtebau, Freiräume**

Überlagern sich demographische und klimatische Entwicklungen, so zeigt sich, dass manche Stadtgebiete Aachens besonders gefährdet gegenüber negativen Auswirkungen sind. Der Masterplan Aachen\*2030 wird daher gebietliche Kennzeichnungen zu Adaptionmöglichkeiten vornehmen. Schon heute zeichne sich beispielsweise ab, dass Aachen Ost durch den hohen Anteil älterer sowie benachteiligter Bevölkerungsgruppen und eine verdichtete Bauweise besonders anfällig gegenüber Hitzeperioden sein wird und daher verstärkt Maßnahmen zur Temperatursenkung wie Verschattung, Begrünung und eine verstärkte Durchlüftung usw. nötig sein werden.

In den besonders anfälligen Stadtquartieren müssen zukünftig Maßnahmen zur natürli-

chen Kühlung diskutiert werden. Man könne nun aber nicht alle Straßen begrünen, da zum einen Schneisen frei gehalten werden müssten, zum anderen »weil die Straßen voll mit Leitungen aller Art sind«. Man müsse sich gerade in verdichteten Wohnvierteln also vor allem die Blockinnenbereiche anschauen, inwiefern diese durch Vegetation Schatten spenden und einen kühlenden Effekt für die angrenzende Bebauung haben.

##### **Neubau und Bestandsentwicklung**

Eine wesentliche Aussage zu Neubau und Bestandsentwicklung: »Man kann das eine ohne das andere nicht denken.« Gebäude sind demnach sowohl barrierefrei und altersgerecht als auch klimafreundlich zu gestalten. Gleiches gilt auch für die Quartiersentwicklung: Hier kommen z.B. kompakte Strukturen mit kurzen Wegen alten bzw. in ihrer Mobilität eingeschränkten Menschen ebenso zugute wie dem Klima.

Andere Akteure differenzieren mehr: So muss »jedes Bauvorhaben in Aachen den klimatischen Herausforderungen entsprechen – aus Gründen der Vernunft und der Vorgaben –, aber nicht jede Wohnung kann und muss barrierefrei sein. Da muss ich mir den Einzelfall genau angucken.«

Ein kritischer Blick richtet sich auf Planverfahren, die bereits vor vielen Jahren auf den Weg gebracht wurden und aktuelle Anforderungen hinsichtlich Klima oder Demographie nicht berücksichtigen. »Hier will man nicht wieder von vorne anfangen, sondern auf dem aufbauen was man hat. (...) Das ist fatal. Es ist wieder eine Frage der Kosten. Wenn man jetzt alles neu macht, kommen wir schnell in den fünfstelligen Bereich.« Das Argument durch eine Modifizierung letztendlich Folgekosten oder Zukunftsschäden vermeiden zu können, greift nicht, um ein Umsteuern möglich zu machen.

Der demographische Wandel bringt eine besondere Situation für den Klimaschutz mit sich: Laut Interviewaussagen haben in Aachen inzwischen viele Hauseigentümer ein hohes Alter erreicht. Mit dem Alter sinkt



jedoch die Bereitschaft zur Gebäudesanierung. Sowohl der finanzielle als auch der organisatorische Aufwand erscheint vielen nicht beherrschbar. Zudem wird es mit zunehmendem Alter schwieriger einen Kredit zu bekommen.

Die veränderte Sozialstruktur der Bevölkerung bringt ein weiteres Problem mit sich. In Zukunft werde es mehr arme Alte geben, so eine Gesprächspartnerin. Falls die Energiepreise, wie angekündigt, extrem steigen sollten, wird es für viele schwierig, die Kosten zu begleichen. »Umso wichtiger sind energetisch gute Häuser – nicht nur für's Klima, auch für die Kosten.« Heute seien die energetisch gut ausgestatteten Wohnungen jedoch deutlich teurer, »wenn ich mir aber nur 5 Euro/qm im Monat leisten kann, dann kann ich mir eben nicht die hochwärmegeämmte Wohnung leisten, sondern muss nehmen, was der Markt am unteren Ende hergibt.« Unterstützungsangebote müssen also her, ebenso wie Beratungsangebote zur Energieeinsparung für finanzschwache Haushalte. Die stawag kooperiert hier bereits mit der Caritas.

## Verkehr

Im Verkehrsbereich sticht für viele der Zusammenhang am deutlichsten hervor: »Hier kommen beide Trends zusammen. (...) Ein

guter ÖPNV in der Stadt ist nicht nur für das Klima, sondern auch für ältere Menschen von Vorteil.«

Allerdings zeichnet sich hier gleichermaßen ein Zielkonflikt ab. Einer notwendigen Verbesserung des ÖV-Angebots stehen die sinkenden Nachfragerzahlen entgegen. »Wir tun alles, um dem Klimaschutz entsprechend mehr Leute zum ÖPNV, Rad- und Fußverkehr zu bringen.« Der demographische Wandel wirkt hier kontraproduktiv: Zum einen sinkt mit einem Bevölkerungsrückgang die Anzahl der Nachfrager nach dem ÖV, vor allem durch sinkende Schülerzahlen. Zum anderen sind ältere Menschen teils nicht in der Lage zu Fuß zu gehen oder Rad zu fahren. Gleichzeitig steigt der Anteil älterer Menschen mit einem Auto.

Soll die Mobilität Älterer lange bestehen bleiben und das Auto unter Klimagesichtspunkten weniger genutzt werden, so müssen in Aachen weitere öffentliche Verkehrsangebote (s.o.) realisiert werden. Einige Gesprächspartner sehen in der Elektromobilität eine Zukunftslösung für Ältere (Pedelec, E-Auto), die zudem klimafreundlich sind.

Grundsätzlich müssten Wohnstandorte stärker mit ÖV-Angeboten verknüpft werden, was für die Entwicklung neuer Standorte bedeute, dass diese nur entlang leistungsfähiger ÖV-Trassen möglich sei.

Abb. 27: Lokale Berichterstattung über Pedelects in den Aachener Nachrichten (AN Ausgabe Nr. 195 vom 11.08.2011, S.16)

# Das Pedelec ersetzt für Babsi Breuer das Auto

Die 58-jährige Aachenerin hat ihr **Mobilitätsverhalten** grundlegend umgestellt. Das Elektrofahrrad erspart ihr die Parkplatzsuche und die Busfahrkarte. So tut sie etwas für ihre Fitness und schont zugleich Umwelt, Nerven und Geldbeutel.

VON TOBIAS KÖNIGS

**Aachen.** So mancher Rennradfahrer mag seinen Augen nicht trauen, wenn Babsi Breuer mit Leichtigkeit am Berg an ihm vorbeizieht. Doch die 58-Jährige ist nicht etwa vollgepumpt mit Dopingmitteln, sondern sie hat die Hilfe eines kleinen Elektromotors. Die sogenannten Pedelects erfreuen sich immer größerer Beliebtheit – und das aus gutem Grund.

„Gerade für ältere Menschen wie mich sind solche Elektroräder ein riesiger Gewinn“, sagt Babsi Breuer. Schon seit jeher ist sie begeisterte Radfahrerin. „Doch die ganzen kleinen Steigungen in und um Aachen sind ein echtes Problem. Den inneren Schweinehund zu überwinden und mich aufs Rad

zu setzen, war früher echt schwer.“

Dank ihres Elektrofahrrads gewinnt sie diesen Kampf nun aber jeden Tag mit Leichtigkeit. In die Pedale treten muss sie zwar noch selber, doch der Motor hilft ihr dabei. Dadurch ist sie nun fast jeden Tag mit dem Rad unterwegs und hat ihr Mobilitätsverhalten grundlegend umgestellt. „Mit dem Auto oder dem Bus fahre ich nur noch höchst selten“, so Breuer.

Damit schont sie nicht nur die Umwelt, sondern auch ihren Geldbeutel und ihre Nerven. „Ich muss nicht ewig nach einem Parkplatz suchen, da ich das Fahrrad ja beinahe überall abstellen kann. Zudem spare ich mir so teure Parkgebühren oder Bustickets“, erklärt die 58-Jährige.

Vor vier Jahren hat sie das Pede-

lec für sich entdeckt und glaubt, dass viele ihrem Beispiel folgen werden. Gerade bei den steigenden Spritpreisen werden die Elektroräder ihrer Meinung nach in der Zukunft an Bedeutung gewinnen. „Außerdem fällt es Menschen in meinem Alter dank der Pedelects bedeutend leichter, in Bewegung und damit fit zu bleiben“, sagt Babsi Breuer.

Für junge Menschen seien die Räder vielleicht nicht so interessant, da man mit ihnen „nur“ eine Höchstgeschwindigkeit von 25 Kilometern pro Stunde erreichen kann. Doch Babsi Breuer will auf ihr Pedelec nicht mehr verzichten. „Es geht ja nicht darum, schneller zu fahren, sondern darum, dass ich wesentlich leichter an mein Ziel komme.“



Babsi Breuer sitzt mittlerweile jeden Tag im Sattel ihres Pedelects. Foto: Ralf Roeger

### Infrastruktur und Energieversorgung

Die Zahl der Kinder in Aachen sinkt, erste Schulschließungen stehen an. Die Stadt sieht sich mit zwei Anforderungen konfrontiert: Zum einen sind jene Schulen zu schließen, die kaum mehr nachgefragt werden. Zum anderen ist es aus energetischen Motiven sinnvoll, die Schulen mit einem veralteten, wenig effizienten Gebäudebestand aufzugeben. Doch was tun, wenn genau die Schulen leer fallen, die in modernen Gebäuden untergebracht sind? Fragen wie diese sind in den Interviews aufgeworfen worden, konnten durch die Gesprächspartner selbst jedoch nicht beantwortet werden.

Dass Infrastruktureinrichtungen sich anpassen müssen, zeigt auch ein Blick auf die Krankenhäuser. Immer wieder wird darüber diskutiert, die Bettenanzahl zu senken. Doch einhergehend mit dem demographischen Wandel gibt es immer mehr Personen, die anfällig gegenüber extremen Wetterlagen sind. Auch wenn sich der Temperaturanstieg nur minimal auf die Mortalitätsrate auswirkt, werde die Anzahl der Patienten in Krankenhäusern während der Hitzeperioden ansteigen. Darauf müsse die medizinische Infrastruktur einer Stadt angemessen reagieren können.

Die Entwicklung der Energienachfrage hängt neben der Wirtschaftsentwicklung stark von Bevölkerungszahl und -struktur sowie von Gebäude-, Haushalts- und Wohnraumstrukturen ab. Netzaufbaustrategien sind entsprechend auszurichten. Gleichzeitig sollen sie der Anforderung Rechnung tragen, mehr auf regenerative Energien zu setzen. Zu fragen ist also nicht nur, wo heute welche Bedarfe nach welchen (regenerativen) Energieträgern bestehen, sondern auch wie sich die Situation perspektivisch in 50-70 Jahren darstellen könnte, so dass hier zwingend auch demographische Aspekte zu berücksichtigen sind.

### Information und Bildung

Für Demographie- wie Klimafragen gilt: Bewusstseinsbildung setzt Information voraus. Vor diesem Hintergrund wurden die Gesprächspartner gefragt, auf welchem Wege sie sich mit Informationen zu beiden Themen versorgen.

Die befragten Politiker fühlen sich durch »ihre« Verwaltung gut mit Informationen versorgt. »Da vertraue ich auf das, was die Verwaltung mir vorlegt. Da habe ich ein ganz großes Vertrauen.« Die Gesprächspartner greifen zudem auf verschiedene Quellen und Formate zurück: So werden Berichte der Stadtverwaltung oder Landesämter gelesen, die Demographie-Stelle der Stadt in Anspruch genommen sowie auf das »normale Alltagswissen« zurückgegriffen, das v.a. aus Zeitungs- und Internetberichten gespeist wird. Letzteres gilt besonders für private Akteure.

Nicht nur die Verwaltung auch größere Unternehmen erzeugen zudem eigene Statistiken, führen Umfragen durch, z.B. zum Markt- und Verbraucherverhalten. Interessenverbände orientieren sich besonders an den Informationen, die Ihnen die Dachverbände zur Verfügung stellen. Nur wenige scheinen auf wissenschaftliche Expertise in Form von Forschungsberichten und Studien zurückzugreifen. Die meisten nutzen einen Informationsmix, bei dem Alltagsmedien (Zeitung, Internet) eine große Rolle spielen. Darin kämen zwar gelegentlich auch wissenschaftliche Studien zur Sprache, jedoch würden sie nicht in ihrer Komplexität dargestellt und bleiben weitgehend unkommentiert.

Einige Akteure, die nicht in größeren Strukturen (großes Unternehmen, Kommune) eingebunden sind, äußern den Bedarf nach Informationen, die speziell für einzelne (Ziel)Gruppen aufbereitet und spezifisch zugeschnitten sind, z.B. Infos zur Modernisierung für Hausbesitzer. Hier gäbe es deutliche Verbesserungspotentiale.

Einmal mehr wurde in den Gesprächen betont, dass Multiplikatoren für die Verbreitung von Informationen wesentlich sind. In größerem Rahmen kann das z.B. durch die Kammern, Hochschulen und große Unternehmen geschehen: »Was zieht, sind Schulungen von großen Firmen, dann sind alle schnell auf dem Standard.« In den Bildungsstätten der Handwerkskammer werden jährlich rund 14.000 Menschen geschult, hier stehen auch umweltrelevante Themen auf der Agenda wie Wärmedämmung, energetische Betrachtungen, Vorlauftemperaturen etc. Trotz dieses Angebotes wird in einigen Interviews darauf hingewiesen, dass Hand-



werker mit Blick auf energieeffiziente Techniken Defizite mitbrächten und für den Klimaschutz noch stärker zu sensibilisieren sein. Die Handwerkskammer sieht vor, neue Themen aufzugreifen. Allerdings können sie im Praxisbereich aufgrund von Investitionsrisiken erst starten, wenn »die Dinge eine gewisse Marktreife erreicht haben, damit sich die Technikinvestitionen amortisieren.«

Andere Akteure, die nicht an größere Strukturen gebunden sind, beklagen die Daten- und Informationsflut, mit der sie sich tagtäglich konfrontiert sehen. Zum einen gäbe es »hervorragende Strategien derer, die aufgrund ihrer Interessen den Klimawandel ohnehin in Zweifel ziehen.« Zum anderen führen die immer neuen Studien und Mel-

dungen zu immer neuen Anforderungen im Bereich des Artenschutzes, des Naturschutzes, des Energiebereiches sowie der Bauleitplanung. Daher lasse sich inzwischen »eine Tendenz zur Kapitulation durch die hohe Komplexität und vor der Geschwindigkeit der neuen Anforderungen« erkennen. Kommunen falle es schwer angesichts der komplexen Themenfelder, die sich im ständigen Wandel befänden, rechtssichere Pläne auf den Weg zu bringen. Von einzelnen Planern und Akteuren ganz zu schweigen, die aus der Informationsvielfalt meist nur einzelne Fragmente herausfiltern: »Jeder schnappt mal hier und da etwas auf. Es gibt insofern einen Mangel an systematischen Informationsgrundlagen, die strategisches Handeln ermöglichen.«

Man müsse nicht immer das ganz große Thema Klimawandel behandeln, sondern könne zielgruppenspezifisch informieren. Links Abb. 28: »Wegweiser Energiesparendes Sanieren und Bauen in Aachen« der Beratungsstelle altbau plus Rechts Abb. 29: Gesellschaftsspiel »clever mobil in Aachen«, das im Rahmen der Kampagne »Mitmachen. Durchatmen.« entwickelt wurde und spielerisch die Verkehrseinflüsse auf die städtische Luftqualität behandelt.

#### Veranstaltungsbereich »Innovation und Umwelt«

13.09.2011	Erfolgsfaktor Mitarbeitergesundheit : Gesund führen
21.09.2011	Technologieforum IT & Telekommunikation: »Prozessmanagement im Mittelstand – Praxiswissen für Verwaltung und Produktion«
22.09.2011	Unternehmen Stiftung
27.09.2011	Optimierung von Heizungs-, Kälte-, Klima- und Lüftungsanlagen
29.09.2011	DGQ Regionalkreis Qualität
11.10.2011	Aktionstag: Fördermittel für technologieorientierte Unternehmen in der Eifel
19.10.2011	Technologieforum IT & Telekommunikation: »Cloud Computing (CC) für den Mittelstand«
20.10.2011	DGQ Regionalkreis Qualität
24.11.2011	DGQ Regionalkreis Qualität

Abb. 30: Aktuelle Veranstaltungsangebote der IHK Aachen zum Themenbereich »Innovation und Umwelt«

Quelle: [http://www.aachen.ihk.de/servicemarken/service/Veranstaltungen/Veranstaltungen\\_im\\_Bereich\\_Innovation\\_und\\_Umwelt/](http://www.aachen.ihk.de/servicemarken/service/Veranstaltungen/Veranstaltungen_im_Bereich_Innovation_und_Umwelt/) (Zugriff am 30.08.2011)

## 3.2 Integrierte Bearbeitung und Vernetzung

Für die Ausrichtung der mittel- und langfristigen Stadtentwicklung sind insbesondere Planwerke, die aktuell neu auf den Weg gebracht werden, essentiell. Derzeit werden in Aachen der Flächennutzungsplan fortgeschrieben und der Masterplan Aachen\*2030 entwickelt. Beide Vorhaben sollen der gesamtstädtischen räumlichen Entwicklung Orientierung geben und dabei demographie- und klimarelevante Aspekte berücksichtigen. Die verschiedenen Schnittstellen demographischer und klimatischer Herausforderungen legen eine integrierte Bearbeitung sowie eine Vernetzung der Akteure nahe.

### »Zwei Fliegen mit einer Klappe«

Betrachtet man die einzelnen Akteure und ihre (erwünschte) Involviertheit in eine Vielzahl an Aufgaben (siehe Abb. 32), so scheint hier ein grundlegendes Potenzial zu bestehen, verschiedene Handlungsbedarfe im Zusammenhang bearbeiten zu können, so wie es beispielsweise auch im Rahmen der nationalen Stadtentwicklungspolitik angestrebt wird (vgl. BMVBS 2009, 5 u. 28). In der Praxis, so war zu hören, bestehen allerdings genau in dieser Form der Verknüpfung große Schwierigkeiten: Auch wenn die Notwendigkeit einer integrierten Stadtentwicklung von vielen erkannt werde, wird sie im Alltagshandeln nur in Teilen umgesetzt und vor allem durch die Atomisierung von Zuständigkeiten (v.a. in der Verwaltung) erschwert.

Ganz wesentlich scheint für den Umgang mit neuen Herausforderungen die Frage zu sein: Wie arbeitet eine Verwaltung, wie ist sie organisiert? Bestimmte Zuständigkeiten und Ämterzuschnitte können zu »blinden Flecken« führen und mikropolitische Befindlichkeiten bergen die Gefahr, dass Informationen nicht an alle relevanten Stellen gelangen. Eine Folge können Themen sein, die nicht miteinander abgestimmt bzw. nicht integrativ bearbeitet werden. So wurde im Workshop z.B. von der Entwicklung eines Neubaugebietes berichtet in dem keine »Klimastandards« vorgesehen sind, obschon in anderen Zusammenhängen gerade intensiv darüber diskutiert wurde. Entsprechende Praxisbeispiele gab es u.a. zu der (gescheiterten) integrierten Bearbeitung von Stadt-

umbau und Klimaschutz im Rahmen der Bestandsentwicklung (vgl. auch Klemme 2010). Auch die Frage, inwiefern Klimaschutz und Denkmalschutz sowie die Erhaltung des kulturellen Erbes vereinbar sind, ist vielerorts noch offen. Innerhalb der Kommunalverwaltungen ist über die inhaltliche Debatte hinaus zu überlegen, wie man sich strukturell auf das Thema einstellt, beispielsweise in einzelnen Ämtern separierte Einheiten zusammenführt. In Aachen kommt die notwendige Abstimmung zwischen Region Aachen und Stadt Aachen dazu.

Ein Verwaltungsmitarbeiter berichtete, dass der Informationsfluss im eigenen Haus teilweise schwierig sei, da die Zuständigkeiten bei verschiedenen Abteilungen bzw. Dezernaten liegen. Zudem gebe es eine Art Konkurrenzkampf, der dazu führt, dass Informationen vorenthalten werden: »was Dezernat A weiß, muss Dezernat B nicht wissen«. Ein permanenter Informationsfluss ist nicht garantiert. »Die verschiedenen Projekte wären besser bei einer Stelle im Haus aufgehoben.« Aufgrund mikropolitischer (und parteipolitischer) Interessen und Befindlichkeiten findet dieser Projekttransfer allerdings nicht immer statt.

### Vernetzen, verdrahten, verknüpfen, verzahnen...

In den Gesprächen zu den Beiträgen verschiedener Akteure zum Klimaschutz bzw. zu demographieorientierten Maßnahmen ging es im Kern um die Verknüpfung der Aktivitäten. Netzwerken war in vielen Interviews der Schlüsselbegriff: »Es gibt bereits viele Aktivitäten, Arbeitskreise, Runden und so was in Aachen und der Region. Und die muss man abstimmen, (...) Kräfte bündeln.« Eine wesentliche Aufgabe sei es, sich gemeinsam mit verschiedenen Akteuren auf Konzepte zu verständigen und zu überlegen, wer welche Aufgabe übernimmt. Was macht die Stadt? Was die Kammern? Etc. Um eine gemeinsame übergeordnete, strategisch handelnde Ebene zu etablieren sind neben der Stadt und den Versorgern vor allem Hochschulen, IHK, Handwerkskammer, Kirchen und weitere große Institutionen gefragt.

Die Abstimmung setzt voraus, dass man weiß, wer was macht. Hier wird die Notwendigkeit sichtbar, die anderen Akteure vor Ort und deren Interessen sowie Tätigkeiten zu

kennen. Das gilt auch für Anbieter, deren Absatz von Produkten und Dienstleistungen durch den demographischen Wandel beeinflusst wird. So stellt sich dem lokalen Energieanbieter beispielsweise die Frage, welche Energieprodukte und -dienstleistungen entsprechend der Nutzergewohnheiten angeboten werden können und wie sie für unterschiedliche Haushaltstypen wie (Alten-) oder Single-Haushalte zugeschnitten sein müssen.

Obschon in diesem Kontext auch vor übertriebenen Zuspitzungen gewarnt wurde: Das Konsumentenverhalten werde sich ändern, aber Trends würden sich nur allmählich fortsetzen: »Die Lebensgewohnheiten werden

sich nicht komplett ändern. (...) Computer, Sport, Mobilität und all das, das wird bleiben.«

Die Gespräche mit lokalen Schlüsselpersonen zeigen, dass nicht nur die Governanceforschung die Frage stellt, wer sich in dem Feld klimarelevanter Aktivitäten tummelt und dort nach welchen Logiken handelt. Auch die Praxisakteure selbst sind zunehmend daran interessiert, sich mit den Akteuren vor Ort auseinanderzusetzen – nicht zuletzt um ihr eigenes Handeln darauf abstimmen zu können. »Mit wem genau haben wir es zu tun?« ist die zentrale Frage, die in einzelnen Handlungsfeldern wie beispielsweise dem Mietwohnungsbau gestellt

Abb. 31: Effektiv sei die Vermittlung von »Best Practices-Beispielen« über die lokale Presse. Hier: Berichterstattung über die Idee zur Energieautarkie in den Aachener Nachrichten (AN Ausgabe Nr. 135 vom 11.06.2011, S. 15)

## Ein Stadtteil soll sich von Öl und Kohle abnabeln

Projektgruppe in Kornelimünster/Walheim wirbt für die Idee „**energieautarke Kommune**“. Der Weg zur Selbstversorgung mit Bioenergie sei möglich.

VON GERALD EIMER

**Aachen.** Während im Aachener Süden zuletzt vor allem die Gegner von Windrädern von sich reden machten, trumpft nun eine völlig anders gesinnte Gruppe auf. Ihr Plan: Die Menschen im Stadtbezirk Kornelimünster/Walheim sollen innerhalb von zehn Jahren ihren gesamten Energiebedarf vor Ort selbst produzieren und sich von Großkraftwerken und Ölimporten abnabeln.

Die gut 16 000 Bewohner im Aachener Süden würden damit gleichziehen mit den derzeit annähernd 100 Gemeinden in Deutschland, die sich auf den Weg zur „energieautarken Kommune“ machen. Sie alle eint das Ziel, den Energieverbrauch zu senken, die Umwelt zu entlasten und das Klima zu schützen. Ganz nebenbei würde den marktbeherrschenden Stromkonzernen ein Schnippchen geschlagen, teure Energieimporte wären überflüssig, die regionale Wirtschaft würde gestärkt.

Gut zwei Jahre haben die Vorbereitungen gedauert, doch jetzt können der Energieberater Eckard Köppel und seine Mitsstreiter – alle aus einem grünen-nahen Umfeld – eine erste Projektbeschreibung vorlegen. Auf 20 Seiten haben sie ihre Überlegungen für einen „energieautarken Stadtteil“ aufgeschrieben – sie alle sind mehr oder weniger vom Fach, betont der Diplom-Ingenieur Köppel: „Das ist kein Deutsch-Aufsatz, sondern eine

echte Untersuchung, mit vielen Zahlen untermauert.“

Betont werden muss dies deshalb, weil er selbst in der eigenen Partei zuweilen als Phantast angesehen wird. Dabei wissen Köppel und Co. nur zu gut, dass genauere Ingenieursuntersuchungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen folgen müssen. „Wir haben zunächst nur die Ideen, was möglich wäre, zusammengetragen.“ Er ist fest überzeugt, dass auch in Aachen möglich ist, was andere Gemeinden in Deutschland in Gang gebracht haben: „Der Weg ist das Ziel.“

Um den Bedarf von derzeit jährlich rund 218 Millionen Kilowattstunden Energie für Strom und Heizung zu ersetzen, bzw. zu senken, hat die lokale Energiegruppe ein ganzes Bündel von Maßnahmen erarbeitet: Angefangen bei den Klassikern wie verbesserte Wärme-

„Irgendwann haben unsere Kinder etwas zum Nulltarif, was wir aufgebaut haben.“

ECKARD KÖPPEL,  
ENERGIEBERATER

dämmung, Nutzung von Sonnenenergie, Windkraft, Erdwärme, Biogasanlagen und energieeffizienter Technik bis hin zu Wärmerückgewinnung, Abwärmenutzung oder auch dem Aufbau von Kleinwindanlagen.

Im Detail gibt es jede Menge charmante Ideen: Darunter etwa



Der alte Steinbruch als Energiereservoir: Neben vielen anderen haben Walter Knörzer, Hedwig Schmitz-Köppel, Eckard Köppel und Bernd Brinkmeier (von links) auch diese Idee für ihr Projekt „energieautarker Stadtteil“ in Kornelimünster/Walheim entwickelt.  
Foto: Andreas Herrmann

die zwei bis drei Meter hohe Solarwand entlang der Autobahn bei Oberforstbach und Lichtenbusch, die zugleich noch eine schall-schützende Wirkung hätte, oder auch die Nutzung von Kuhstallwärme.

Der Clou aber ist die Überlegung, den Steinbruch in Walheim als Wärmespeicher zu nutzen. In einem riesigen Tank könnten dort große Mengen Wasser gespeichert werden, die über ein oben draufgesetztes Solarfeld erwärmt würden. Ganz Walheim sowie Friesenrath, Hahn und Schmithof könnten mit Nahwärme aus diesem Speicher beheizt werden, ist die Energiegruppe überzeugt. Vergleichbares sei bislang in ganz Deutschland nicht zu finden.

Erforderlich seien zunächst natürlich hohe Investitionen, „aber ich glaube, dass wir nicht drumrum kommen“, sagt Köppel. Man

müsse nun genauer berechnen, wann sich was amortisiere. „Irgendwann haben unsere Kinder etwas zum Nulltarif, was wir aufgebaut haben“, sagt Köppel, Jahrgang 1943 und Vater von zwei Kindern.

### Ratsbeschluss angestrebt

Mühselig genug ist es nun, Aufmerksamkeit und Unterstützer zu finden. „Wir müssen es ausprobieren“, sagt Köppel, der nun versuchen will, die Parteien zu überzeugen. „Wir brauchen einen Ratsbeschluss, um das Projekt in Gang zu setzen.“ Erst wenn Planungssicherheit bestehe könnten weitere Fachleute, Hochschulexperten, Investoren und Sponsoren für den Aufbau eines energieautarken Stadtteils gewonnen werden.

Deutschlandweit sind es bislang stets kleinere – freilich auch indus-

triarme – Gemeinden, die sich mit Bioenergie selbst versorgen wollen und es teils schon tun – darunter die Dörfer Jühnde bei Göttingen oder Effeltern in Bayern. Wie kleine Mosaiksteinchen sollen sich die vielen kleinen Gemeinden eines Tages zum großen Ganzen zusammenfügen und die weltweiten Probleme wie Klimawandel und Treibhauseffekt lösen, wünscht sich Köppel.

Im Wahlkampf 2009 seien die Ideen der Energiegruppe in der Bevölkerung von Kornelimünster/Walheim auf ein durchweg positives Echo gestoßen, sagt Köppel. Umso überraschender, dass es nun so heftige Kritik an einem möglichen Windpark im Münsterwald entlang der Himmelsleiter gibt. „Ich liebe Windräder“, sagt Köppel, „und ich glaube, dass wir auch Opfer für die nachfolgenden Generationen bringen müssen.“

wird. Der Bedarf, die jeweilige Zielgruppen genau zu kennen oder sich aus einem neuen Blickwinkel den Zielgruppen zu nähern, zeichnet sich deutlich ab. Das gilt beispielsweise auch für lokale Energieversorger und -dienstleister; der regelmäßige Kontakt zu Unternehmen sei besonders wichtig. »Wir wissen, welche Unternehmen sich für das Thema Energieeffizienz interessieren, wir können mit Ideen oder neuen Produkten gezielt einige Unternehmen ansprechen.« Eine bestehende Vernetzung, der direkte Draht zu potenziellen Interessenten kann den Vertrieb neuer Produkte und Dienstleistungen beschleunigen.

Die weitere Verzahnung der Akteure untereinander käme auch einem verbesserten Informationsaustausch zu Gute. Einige Interviewpartner sehen den Bedarf, »Informationen stärker und höher frequentiert unter die Leute zu bringen«. Eine weitere Sensibilisierung sei gefragt. Andere vertreten den Standpunkt, dass auf dieser Ebene alles getan sei und die unzureichende Umsetzung eher auf fehlendes Geld zurück zu führen sei.

#### **Tue Gutes und rede drüber: Lokale Medien einbinden**

Bei der Thematisierung der Informationsverbreitung richtete sich der Blick in zahlreichen Gesprächen auf die lokalen Medien: Hier besteht ein Konsens, dass sie vor Ort eine besonders wichtige Rolle als Vermittler von Informationen, Erkenntnissen, Aktionen, guten Beispielen usw. einnehmen.

Sie sind es, die aktuelle Themen in die lokale Bevölkerung hineintragen, sei es über Lokalzeitungen, lokale Sendungen im TV oder Radiobeiträge. Nach Einschätzung eines Lokalpolitikers muss über diese Kanäle auch noch stärker vermittelt werden, was jeder Einzel-

ne tun kann. »Viele lehnen sich zurück und gehen davon aus, dass Klimaveränderungen global erzeugt werden (...) und somit nicht beeinflussbar sind. Das stimmt nicht. Wir haben lokal eine Menge Möglichkeiten durch unser eigenes Verhalten und die müssen wir nutzen.« In die gleiche Richtung zielt die Vermittlung von »Best Practices« über lokale Tageszeitungen: »Dazu braucht man nicht die x-te Studie oder aufwändige Forschungsprojekte. Wenn jemand eine gute Idee hat – zu betrieblichen Modernisierungen, alterngerechten Betriebsmodellen o.ä. –, verbreitet sich diese vor Ort am besten, wenn sie in der Zeitung auftaucht.«

Ferner wurde angeregt, stärker auf klassische Medienarbeit zu setzen (Lokalzeitung, Rundfunk, TV), um die Handlungsweisen, Maßnahmen wie auch Angebote der Stadt Aachen nach außen zu kommunizieren und darüber einen Beitrag zur Bewusstseinsbildung zu leisten. »Zu einzelnen Themen läuft das gut, zu anderen weniger.«

Den lokalen Medien kommt über das klimarelevante Informieren der Menschen hinaus eine weitere wichtige Funktion zu. Sie prägen maßgeblich auch die Handlungsorientierung kommunalpolitischer Akteure, so die Feststellung lokal engagierter Menschen: »Politische Entscheidungsträger reagieren stark auf Berichterstattungen in Lokalzeitung oder -fernsehen.« Das betreffe sowohl das Aufdecken und mediale Verbreiten von umweltpolitischen Missständen in der Stadt – ein Weg, den Handlungsdruck auf politischer Ebene deutlich zu beschleunigen – als auch die Darstellung medienwirksamer Aktivitäten der Politiker selbst. Sprich: Könnten Politiker sicher damit rechnen, dass sie für klimafreundliche Maßnahmen eine gute, das Image aufpolierende Presse erfahren, so wäre dieses ggf. auch ein Anreiz für eine klimafreundlichere Politik.

### 3.3 Eigenlogiken der Akteure

#### Eigene Motivation, Anreiz oder Zumutung?

Mit Blick auf die Presseberichterstattung stellt sich eine weitere Frage: Wen genau möchte man adressieren? In verschiedenen Zusammenhängen wurde die Wichtigkeit einer zielgruppenorientierten Ansprache herausgearbeitet. Dieser Differenzierungsbedarf gilt nicht nur für die Informationspolitik, sondern auch für weitere Angebote und Anreize (s.o.). Dazu eine Sichtweise aus der kommunalen Planungspraxis: »Wir haben das große Dachthema Klima und kommunizieren dieses über viele Schlagworte. Aber der Einzelne kann damit nichts für sich anfangen. Jeder Einzelne hat nur seine eigenen

Möglichkeiten: Der Hausbesitzer, der ein kaputtes Dach hat, den kann ich vielleicht überzeugen, gleichzeitig was für die Dämmung zu tun. Diejenigen, die kaum ihr Auto nutzen, kann ich vielleicht vom Bus überzeugen. Aber man kann das ganze große Thema nicht an den Mann bringen.«

Menschen für Aktionen zu mobilisieren, Mitstreiter zu finden oder Verhaltensänderungen auf den Weg zu bringen setzt voraus, dass man die einzelnen Interessen und Motivationen kennt. In einem Interview wurde aus der Begleitung verschiedener Arbeitskreise zum Thema Energieeinsparung berichtet. Dort zeigte sich, dass die Motivationen der Beteiligten recht unterschiedlich sein können:

Abb. 32: Aufgaben und Akteure einer klimafreundlichen und demographiegerechten Stadtentwicklung

Flächen	Städtebau	Gebäude	Verkehr	Infrastruktur und Energie	Wirtschaft und Erwerbsleben	Information und Bildung
Reduzierung Versiegelung Innen- vor Außenentwicklung Neuerschließung minimieren Freiräume und Grünflächen sichern Interkommunale Koordination ...	Standortfragen kompakte Siedlungsstrukturen verträgliche Siedlungsdichten Nutzungsverteilung Stellung und Höhe der Baukörper Durchlüftung ...	Energetische Modernisierung Ökologische Baustoffe Begrünung zielgruppenspezifische Wohnraumangebote barrierefreier/altengerechter Wohnraum Finanzierungsmodelle ...	Verkehr vermeiden, vermindern, verlangsamen, verlagern Förderung von ÖV, Rad-/Fußverkehr neue Mobilitätsformen (E-Mobilität, Car Sharing usw.) Eindämmung MIV Barrierefreiheit ...	Senkung des Energiebedarfs Steigerung der Energieeffizienz Regenerative Energien Emissionen reduzieren Bedarfsorientierter Ausbau und Anpassung Umnutzung ...	Arbeitsplatzangebot neue Technologien ergänzende Sozial Einrichtungen ...	Integrierte Bearbeitung Vernetzung Bewusstseinsbildung ...

**Öffentliche Akteure** Politik (Parteien, Ausschüsse ...), Verwaltung (Stadtplanung, Verkehrsplanung, Umweltplanung, Bauverwaltung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaftsstelle/Immobilienmanagement, Klimaschutzbeauftragte ...)

**Private Akteure** Versorger, Kreditinstitute, Bausparkassen, Vereine und Verbände (z.B. altbau plus, BUND, Haus und Grund, VDC, ADFC, ...), Stiftungen (Initiative Aachen, Kathy-Beys-Stiftung), Kammern, Hochschulen, Einzelhändler, Dienstleister, Unternehmen und Handwerk, Sozialeinrichtungen, Verkehrsbetriebe (aseag, cambio, ...) und Verkehrsteilnehmer, Investoren, Bauherren, Architekten, Planer, Wohnungsunternehmen, große Bestandshalter und Entwickler (BLB, RWTH, ...), Grundstückseigentümer, Mieter ...

- Manche sind wirklich intensiv betroffen, für sie hat Energieeffizienz eine eigene Bedeutung. Das sei aber eher die Ausnahme.
- »Ein paar kommen, weil sie denken, sie müssen kommen – wegen des offiziellen Charakters, wenn z.B. die Stadt einlädt.«
- Andere kommen nur, weil es dem eigenen Image zuträglich ist. Da geht es mehr um das grüne Label, ein Etikett mit dem man sich gut darstellen kann.
- Wiederum andere sehen fiskalische Vorteile. Oftmals steht eben nicht das Thema Klima, sondern das Thema Kosten im Vordergrund.

Kostenaspekte speisen wesentlich die Motivation, sich für Energieeffizienz einzusetzen. Das ist auch an der Nachfrage nach Beratungsleistungen von altbau plus abzulesen: Diese würden immer dann verstärkt in Anspruch genommen, wenn die Energiepreise steigen. Ganz entsprechend ist es auf der Gewinn- und Ertragseite bestellt: So hätten beispielsweise viele Investoren »klimaorientiertes Bauen bereits fest im Programm«, da sie hier ein wichtiges Geschäftsfeld sehen. Das habe auch seine Berechtigung, könnte aber ein Hemmnis sein, »sich ernsthaft und langfristig mit Energiefragen auseinanderzusetzen.«

Bei aller Verschiedenheit ist den Motivationen jedoch Eines gemein: Die Teilnahme muss für den Einzelnen einen konkreten Nutzen haben. Zentral sind Fragen wie »Was habe ich davon, wenn ich zur nächsten Arbeitsgruppe gehe? Was habe ich davon, wenn ich mich stärker engagiere? Kommt da tatsächlich etwas für mich bei rum?« Egal ob kleine oder große Unternehmen oder Initiativen: »Viele haben nicht die Kapazitäten, sich dauerhaft in einen Prozess einzubringen, der keinen direkten Nutzen stiftet.« Es gilt, Angebote zu schaffen bzw. Arbeitskreise so zu gestalten, dass sie den Beteiligten bei ihrer eigenen konkreten Arbeit dienen.

Darüber hinaus ist den Mentalitäten einzelner Akteursgruppen Rechnung zu tragen. Dazu ein Beispiel aus dem Gewerbe: Handwerker, so wurde berichtet, sind »vom Typ her oft nicht so experimentierfreudig«. Hier bestehe eher ein Bedarf nach ausgereiften neuen Produkten, die sich bereits am Markt bewährt haben. »Die Betriebe sind keine Innovatoren (...) oder Vorreiter, aber wenn was

Neues, was Geprüftes auf den Markt kommt, sind sie durchaus interessiert. (...)«

Wenn man sich zudem noch einmal die geringen Investitionsspielräume einzelner Akteure (s.o.) in Erinnerung ruft, wird augenscheinlich: Möchte man die Akteure in der bereits gebauten Stadt – Groß- wie Kleineigentümer, Selbstnutzer, Vermieter und Mieter – dazu bringen, die Stadt klima- und demographiegerecht weiterzuentwickeln und zu nutzen, so ist man gut beraten, deren jeweiligen Ressourcen und Kapazitäten realistisch einzuschätzen. Hier wurde in den Workshop-Diskussionen ein Problem sichtbar, das in vielen Bereichen der Umweltpolitik – vom Flächenverbrauch bis zur energetischen Ertüchtigung des Gebäudebestandes – zu beobachten ist: Die Akteure, deren Handeln durch Anreize, Rahmenvorgaben etc. verändert werden soll, sind nicht immer wirklich bekannt und die staatlichen Strategien berücksichtigen ihre speziellen Situationen nicht angemessen.

So wurde z.B. klar, dass Anreizprogramme für die energetische oder altengerechte Modernisierung von Wohngebäuden überall dort nicht greifen (können), wo es für die Eigentümer aus ökonomischen Gründen gar nicht möglich ist, diese Anreize aufzunehmen. Viele Kleineigentümer decken beispielsweise ihren Lebensunterhalt durch Mieteinnahmen und haben kaum Gelder für Investitionen. Hier liegen also die gleichen Hemmnisse vor, die auch einer altersgerechten Modernisierung im Wege stehen, wie bereits in Kapitel 1.3 zu lesen war.

Zu fragen bleibt: »Was ist zumutbar?« Wenn im kleinteiligen Wohnungsbestand zahlreiche Liegenschaften schon heute nicht mehr kostendeckend bewirtschaftet werden können, dann werden deren Eigentümer auch nicht auf staatliche Vorgaben reagieren. Insofern kommen die staatlichen Programme nur bei kapitalstarken Eigentümern (v.a. Unternehmen) und renditeträchtigen Beständen an und verfehlen damit die Breitenwirkung, die notwendig wäre, um tatsächlich klimawirksam handeln zu können (vgl. auch Fischer et al. 2010, Sauerborn 2005). Gleiches wurde in den Interviews bestätigt: »Aufwertungs- und Modernisierungsmaßnahmen sind in der Regel nur etwas für Großinvestoren. Kleineigentümer sind nicht dabei.« Langfristig könne das mit einer wei-



teren Konzentration von Eigentumsverhältnissen am Markt einhergehen. Hier wurde vorgeschlagen, Eigentümer stärker zielgruppenorientiert anzusprechen – zum Beispiel entsprechend Lebenslagen, Einkommenssituationen, Alter oder Lebensstilen.

### Interessen, Vorlieben und Prioritäten

Es ist unbestritten, dass sowohl für demographie- als auch für klimarelevante Belange noch viel zu tun ist. Während von Einigen der Kenntnisstand der Akteure vor Ort als unzureichend eingeschätzt wird, sehen Andere die Ursachen an anderer Stelle: Es gehe vielmehr um Interessen und Prioritäten, und das sei auf allen Ebenen zu beobachten: Was sich bereits beim internationalen Klimagipfel in Kopenhagen abzeichnete – die Schwierigkeit in der Verständigung auf gemeinsame Ziele und Maßnahmen – gelte für andere Politik- und Handlungsebenen gleichermaßen.

Solange sich Ursache und Wirkung nicht gemeinsam und unmittelbar vor Ort ablesen lassen, Folgen nicht lokal spürbar sind, ist es schwierig, klimaorientiertes Handeln in der Breite auf den Weg zu bringen. Auch wenn das allgemeine Bewusstsein und der Kenntnisstand bei vielen Akteuren da seien, gäbe es eben immer auch noch andere Interessen und Prioritäten, die höher gewichtet werden. So wird z.B. bei Maßnahmen zur Stärkung des Umweltverbundes wieder und wieder die Erfahrung gemacht: »Die Erkenntnis, dass sich etwas ändern muss ist da. Aber immer wenn ein konkretes Vorhaben, zum Beispiel ein Beschluss zur Stärkung des Busverkehrs, ansteht, dann kommt die große Zurückhaltung.« In der konkreten Entscheidungssituation werden andere Aspekte höher bewertet: da soll den Autofahrern beispielsweise kein Straßenraum zugunsten weiterer Busse genommen werden, oder es erscheint unmöglich, mit Blick auf die Nutzungskonkurrenzen im innerstädtischen öffentlichen Raum einen Platz für Fahrradboxen zu finden.

Ebenso gibt es im Privatleben ein kontinuierliches Abwägen, bewusst oder unbewusst. Wird beispielsweise das lang ersehnte Eigenheim gebaut, so ist zu entscheiden, wie viel wofür ausgegeben werden soll. Hier sei zu beobachten, so eine Gesprächspartnerin, dass an einer teuren Ausstattung oftmals nicht gespart werde: repräsentative Einfahrten, groß dimensionierte Wohnräume, hoch-

wertige Armaturen usw. – all das werde angeschafft, gleichzeitig aber an ökologischer Bautechnik oder der Nutzung regenerativer Energien gespart. Nachhaltige Lebensweisen werden nicht gleichermaßen hoch bewertet wie materielle Dinge. Hier wäre es wünschenswert, das Geld würde nach anderen Prioritäten ausgegeben.

Neben der spezifischen Gewichtung von Anliegen sind auch Ängste vor Veränderungen erheblich. Zum einen traue man neuen Dingen nicht so über den Weg, zum anderen sei jede Veränderung zudem mit Anstrengungen verbunden. Das gilt auch für individuelle Verhaltensmodifikationen, die dem Klima zugutekämen: »Die eigene Bequemlichkeit hindert uns, Dinge zu tun, die wir eigentlich gerne tun würden.« So wäre manch einer beispielsweise grundsätzlich bereit, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren, aber sobald es regnet, eine sperrige Tasche ins Spiel kommt oder die Frisur dem Wetter nicht Stand hält, sitze man doch wieder im Auto.

Ob es die reine Trägheit oder ein tiefer gehendes psychologisches Problem – so wurde gemutmaßt – ist, bleibt an dieser Stelle offen. Andere führen diese Art des Handelns auf das enge Zeitkorsett zurück in dem sich viele befinden. »Manche Dinge müssten mehr bedacht werden. Wir nehmen uns in der Gesellschaftsform, in der wir im Moment, leben, dafür keine Zeit. (...) Die Taktung unseres Alltags ist so eng, dass für wichtige Dinge keine Zeit bleibt. (...) Da stehen sich die Menschen selber im Wege.«

In diesem Zusammenhang äußert ein Interviewpartner aus dem kommunalen Bereich den Wunsch nach mehr Experimentierräumen: »Um neue Lösungen zu finden, muss man auch mal etwas ausprobieren können, lernen flexibel zu reagieren oder nachzusteuern.« Gewünscht werden intellektuelle wie faktische Experimentierräume, die u.a. mehr Raum für Gespräche mit ganz verschiedenen Akteuren bieten. Darüber ließen sich gegebenenfalls auch neue Energien freisetzen. Es wurde bedauert, dass das Alltagsgeschäft mit seinen Zeit-, Sach- und Haushaltszwängen dieses zumeist nicht hergebe. Projekte, die nicht dem »Mainstream« entsprechen, werden schnell ausgebremst. Der Wunsch besteht, auch seitens der Stadt: Mal den Mut haben zu dürfen, »ein innovatives Wohnprojekt starten zu können, bei dem noch nicht 100% klar ist, wie es läuft.«

## 4 Resümee

### 4.1 Aachener Befunde

#### Wahrnehmung von klima- und demographiebedingten Herausforderungen

Es ist festzuhalten, dass es in der kommunalen Sphäre (also Politik und Verwaltung) Aachens ein starkes Bewusstsein für demographische und klimatische Veränderungen gibt. Unter den privaten Akteuren hänge dies jedoch eher von Einzelpersonen ab. Zudem führe allein das Bewusstsein nicht zwangsläufig zu entsprechendem Handeln – vor allem in der Politik fehle es an konsequenten Entscheidungen. So lässt es sich erklären, dass von vielen Akteuren engere Zielvorgaben, konsequentere Planungsrestriktionen oder »politischer Rückhalt« gefordert werden.

Mit Beschluss des Szenariums »Wohnungsmarktoffensive« aus dem empirica-Gutachten, definierte die Stadt Aachen ihre gesamtstädtischen Demographie-Ziele. Aus den Gesprächen lassen sich passend dazu zwei Leitziele heraushören:

(1.) Die aktuelle Einwohnerzahl soll gehalten werden, auch wenn dies nur durch Maßnahmen wie den Zuzug aus dem Umland, das Halten von Universitätsabsolventen und das »Anlocken« von Fachkräften möglich sein wird.

(2.) Stadtstruktur und Lebensbedingungen sollen an die veränderte Altersstruktur angepasst werden, indem der Stadtverkehr für alle Generationen adäquat gestaltet, die Barrierefreiheit in öffentlichen und privaten Räumen ausgebaut und neue Wohn- und Freiraumangebote für junge Menschen mit Kindern entwickelt werden.

Das Thema Klimaschutz findet in der Breite große Anerkennung, auch wenn es längst noch nicht in allen Handlungszusammenhängen eine Selbstverständlichkeit ist, Klimaschutz mitzudenken. Das Thema hat sein Nischendasein hinter sich gelassen und ist in der Breite angekommen, was aber nicht bedeutet, dass auf allen Ebenen entsprechendes Wissen vorzufinden ist. Ebenso wird auch noch nicht konsequent bzw. systematisch im Sinne einer demographie- und klimagerechten Stadtentwicklung gehandelt.

Die Einschätzungen hinsichtlich des Anpassungsbedarfes an klimatische Veränderungen gehen weit auseinander: So gibt es für die Einen in Aachen keinen spürbaren Klimawandel und damit auch keinen Handlungsbedarf. Für die Anderen gibt es zwar aktuell keine dramatischen Veränderungen, aber sie sehen Anpassungsbedarf für die Zukunft. Nur wenige Dritte sehen aktuell Auswirkungen des Klimawandels und damit sofortigen Anpassungsbedarf. Diejenigen, die Klimaveränderungen (für die Zukunft) vermuten, gehen von vermehrten Starkregenereignissen und Stürmen, mehr Hitzetagen mit Durchlüftungsproblemen aufgrund der Kessellage Aachens sowie einem durch vermehrte Kühlung einhergehenden erhöhten Stromverbrauch aus.

#### Klima- und demographiebedingte Handlungsrelevanz

Letztlich zeichnen sich angesichts der demographischen und klimatischen Entwicklungen Handlungsbedarfe für verschiedene Themenfelder ab:

Abb. 33: Während die Kampagne der Aachener Verkehrsbetriebe (AVV): »Fahr dem Klimawandel davon« mit drastischen Auswirkungen wie der Überschwemmung des Aachener Marktplatzes wirbt, heißt es bei den Gesprächspartnern: »Das ist hier bei uns nicht so dramatisch.«



## Siedlungsflächen und -struktur

Die stagnierenden oder sinkenden Bevölkerungszahlen führen nicht zu einer Reduzierung der Flächenbedarfe. Demographische und klimatische Veränderungen bringen im gewerblichen Bereich sogar neue Flächenbedarfe mit sich und für den Wohnungsmarkt wurde ein Bedarf von 8000 neuen Wohneinheiten ermittelt. Es ist also nicht damit zu rechnen, dass in naher Zukunft in nennenswertem Umfang neue, innerstädtische Freiflächen durch brach fallende Grundstücke entstehen, die Einfluss auf das Stadtklima nehmen könnten. Die Anforderung einer Flächen sparenden Nachverdichtung und Innentwicklung steht damit neben dem Bedarf einer die Durchlüftung fördernden Sicherung von Frei- und Grünflächen, woraus sich ein erster Zielkonflikt hinsichtlich der Siedlungsflächenentwicklung ergibt. Zum anderen müssen Entscheidungsträger die Rentabilität der Siedlungsentwicklung (also z.B. der Entwicklung marktfähiger Wohnraumangebote) nicht zuletzt aufgrund des demographischen Wandels gegen eine dem Stadtklima zuträgliche Siedlungsstruktur abwägen, was zu einem Umsetzungskonflikt hinsichtlich einer klimafreundlichen Entwicklung führen kann. Daraus ergibt sich für die lokale Siedlungsflächenentwicklung ein »doppeltes Dilemma«, weshalb beispielsweise die Freihaltung von Luftleitbahnen immer wieder in den Hintergrund rücke, sobald der Entwicklungsdruck auf eine Fläche zu groß würde.

Prinzipiell besteht der Grundsatz »Innen- vor Außenentwicklung« und die »kompakte Stadt« (hohe Dichte, kurze Wege, Nutzungsmischung usw.) gilt als Erfolgsmodell für eine älter werdende Gesellschaft. Gleichzeitig komme die »kompakte Stadt« dem Stadtklima zugute, da der Flächenverbrauch und Versiegelungsgrad geringer und der Ressourcen- und Energieeinsatz (etwa Wärmedämmung und Heizbedarf pro Wohneinheit) effizienter seien und zudem der Modal Split positiv beeinflusst werde.

Doch andere Gesprächspartner differenzieren, dass es durch kompakte Stadtstrukturen zu Überhitzungen komme und urbane Wärmeinseln gefördert würden. Daher tragen innerstädtische Grün- und Freiflächen maßgeblich zur Optimierung des Stadtklimas bei und leisten angesichts des demographischen und klimatischen Wandels einen wichtigen

Beitrag zur Lebensqualität in der Stadt. Dabei ist nicht allein die Anzahl der Grünflächen entscheidend, sondern auch deren gleichmäßige Verteilung im Stadtraum. Dies stellt vor allem in der historischen Innenstadt ein Problem dar, denn hier ist kaum mit freiwerdenden Flächen zu rechnen. Dass das Bauen in die Höhe, keine angemessene Lösung darstellt, wird schnell deutlich, wenn man nach den Nutzerwünschen fragt. Somit sind letztlich die Vernetzung und die Qualität der einzelnen Frei- und Grünräume entscheidend für das Stadtklima. In den Gesprächen blieben Frage nach den Qualitäten unterschiedlicher Grün- und Freiraumtypologien, die sich durch eine entsprechende Gestaltung oder ihrer Lage (innerstädtisch oder randstädtisch) in ihren Nutzungsmöglichkeiten und klimatischen Effekten stark unterscheiden, jedoch ungeklärt. Welche Grünflächen angesichts des demographischen und klimatischen Wandels »wertvoll« sind, wird offenbar für den jeweiligen Einzelfall abgewogen.

## Wohnen: Bestand und Neubau

In den Gesprächen wird deutlich, dass Neubau- und Bestandsentwicklung auch zukünftig gleichzeitig stattfinden werden. Auch wenn die neuen klima- und demographiebedingten Anforderungen wie Energieeffizienz und Barrierefreiheit im Neubau meist deutlich einfacher zu realisieren sind, wird sich der Fokus stärker auf die Bestandsentwicklung richten müssen. Dass dabei eine Steigerung der Energieeffizienz im Bestand und im Neubau notwendig ist, ist unstrittig. Doch wie eine entsprechende Bauweise aussieht, bleibt vorerst offen. Ist sie aufgelockert, um solare Einträge für die Nutzung von Photovoltaik zu optimieren, oder muss sie angesichts zunehmender Hitzewellen vielmehr den Sonnenschutz durch eine natürliche Verschattung mittels einer hohen Baudichte optimieren?

Sowohl für einzelne Gebäude, vor allem aber für ganze Quartiere gibt es großen Nachholbedarf in der klimafreundlichen, kompakten und altengerechten (barrierefreien) Gestaltung. Insofern ist eine Anpassung der Art, der Anzahl und der Lage von Wohnräumen notwendig. Die Weiterentwicklung des Bestandes erscheint für Kleineigentümer jedoch problematisch, solange keine neuen Finanzierungsmodelle angesichts einer alternden Gesellschaft entwickelt werden.

Dabei wird es durchaus zu Konflikten kommen, wenn es etwa gilt unterschiedliche Belange des Klima- und des Denkmalschutzes miteinander zu vereinbaren oder ggf. gegeneinander abzuwägen.

### Verkehr und Infrastruktur und Energie

Das motorisierte Verkehrsaufkommen zu senken und die Intermobilität zu stärken, ist erklärtes Ziel der meisten Gesprächspartner. Man ist sich einig, dass dazu neue Mobilitätsformen ausgebaut werden müssen, um für möglichst viele Stadtbewohner (auch im Alter) eine selbstbestimmte Mobilität zu sichern. Doch wirkt der demographische Wandel diesem Ziel entgegen, denn der öffentliche Nahverkehr ist nur dann erfolgreich, wenn er ausgelastet ist. Dies wird jedoch immer schwieriger, geht man von einer sinkenden Nachfragezahl durch rückläufige Bevölkerungs- und vor allem Schülerzahlen bzw. einem steigenden Anteil extrem alter Menschen aus.

Große Hoffnungen setzen die Gesprächspartner in die E-Mobilität. Viele Akteure sehen in dieser Technologie im Vergleich zum Brennstoffmotor wesentliche CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale. Da die weitere Entwicklung der E-Mobilität von den Beiträgen zahlreicher Branchen und Arbeitsbereiche (Entwickler, Forscher, Zulieferer, Versorger, Produzenten, Wirtschaftsförderung u.a.) abhängig ist, ist das Thema zudem geeignet, viele Akteure zusammen zu bringen und zu einem Austausch über klimafreundliche Mobilität anzuregen. Die Elektromobilität, die in Aachen intensiv erforscht, entwickelt und erprobt wird, wird von einigen Gesprächspartnern als Zugpferd einer zukunftsfähigen Verkehrsentwicklung angesehen.

Über den Verkehr hinaus stellt die bedarfsorientierte Anpassung der Infrastruktur einen

Links Abb. 34: Es gilt der Grundsatz: »Innen- vor Außenentwicklung«. Hier: Schließung einer Baulücke an der Vaalser Straße



Rechts Abb. 35: Hoffnungsträger E-Mobilität - eine der ersten E-Tankstellen Aachens vor dem SuperC

wichtigen Aufgabenbereich dar. Ein wichtiges Handlungsfeld ist dabei ohne Zweifel die zukünftige energetische Versorgung. Die Ziele sind klar: den Energieverbrauch reduzieren und die Energieeffizienz erhöhen. Doch wie dies flächendeckend gefördert werden kann, bleibt offen. Die klimafreundlichen Infrastruktureinrichtungen sind zudem nur selten deckungsgleich mit den demographisch nachgefragten Einrichtungen, so dass es gerade bei öffentlichen Bauten zu Nachnutzungskonflikten kommen kann.

### Erwerbsleben in Aachen

Entscheidend für die Lebensqualität in der Stadt ist nicht zuletzt auch die wirtschaftliche Situation und damit verbunden das Erwerbsleben. Insbesondere mit Blick auf demographische Veränderungen sehen einige Gesprächspartner Handlungsbedarf darin, dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Entscheidend dabei ist ein umfassendes Standortmarketing, um die Zuwanderung qualifizierter Menschen zu fördern. Basieren muss es auf realen attraktiven Lebensbedingungen sowie entsprechenden Wohnraum-, Versorgungs- und Freizeitangeboten. Unabhängig von neuen Fachkräften, besteht generell Handlungsbedarf bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dienstleistungsangebote zur Betreuung von Kindern und der Pflege von Familienangehörigen müssten weiterentwickelt und dabei unbedingt als interkommunale Aufgabe verstanden werden.

### Schwierigkeiten im Umgang mit klima- und demographiegerechter Stadtentwicklung

Die Anlässe, die zu einem demographie- oder klimagerechten Verhalten eines Einzelnen führen, können sehr vielschichtig sein. So kann das Interesse und Engagement auf Betroffenheit oder Pflichtgefühl (bei offiziell-



len oder beruflichen Anlässen), auf (erhoffte) fiskalische Vorteile oder ein gewünschtes Image zurückgehen. Dabei liegt längst nicht immer der »Glaube« an den Klimawandel oder ein Bewusstsein über dessen Auswirkungen zugrunde, so dass Schwierigkeiten in der demographie- und klimarechten Stadtentwicklung nicht immer mit fachlichen Fragestellungen einhergehen.

Auf die Frage nach hemmenden Faktoren für klimapolitische Bemühungen in der Stadtentwicklung wird von allen Seiten das fehlende Geld beklagt. Das Wissen sei im Großen und Ganzen da, aber die Mittel fehlten, um weitere Maßnahmen auf den Weg bringen zu können. Dass es um den öffentlichen Haushalt nicht gut bestellt ist, ist allgemein bekannt. Obschon zu diskutieren wäre, ob bestimmte Priorisierungen bei der Verwendung vorhandener Mittel ggf. zu überdenken sind. Einer derartigen Auseinandersetzung könnte eine zentrale Frage Antriebskraft verleihen: Wie hoch ist die Finanzierung präventiver Maßnahmen gegenüber eines reaktiven Agierens? Zu diesem Zweck ist vor Ort genau zu erfassen, welche durch den Klimawandel ausgelösten Folgekosten sich durch frühzeitiges Handeln vermeiden lassen.

Gleichermaßen diktiert insbesondere bei kleinen Unternehmen, z.B. im Handwerk, die Kosten sehr genau was geht und was nicht geht. Hier werden beispielsweise neue Techniken in den Bereichen Energieeffizienz und Energieeinsparung erst angewendet, wenn sich ihre Notwendigkeit als überaus deutlich und handfest herausgestellt hat. Bevor Produkte keine ausreichende Marktreife haben, setze das Handwerk häufig lieber auf bewährte Produkte und Verfahren. Dadurch würden viele klimarelevante Neuerungen verlangsamt. Die Bemühungen zur Senkung des Endenergieverbrauchs in Aachen um 2% zeigen, dass man etwa für die entsprechenden Maßnahmen wie energetische Sanierung oder den Ausbau des ÖPNV viele Millionen Euro benötigt. Doch was ist bei einem engen Budget machbar? Es ist wichtig, aus dem bunten Blumenstrauß der Klimaschutzmöglichkeiten möglichst effiziente Maßnahmen auszuwählen, so dass das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag stimmt.

An zweiter Stelle der hemmenden Faktoren steht der Zeitbedarf, der vielen engagierten lokalen Akteuren zu schaffen macht. Nach ihrer Einschätzung dauert es sehr lange, Kli-

mathemen vor Ort zu etablieren sowie entsprechende Strukturen, Prozesse und Projekte anzuschließen. Vor dem Hintergrund wurde mehrfach der Wunsch nach Rahmenbedingungen, die über längere Zeiträume konstant bleiben, geäußert – mit Blick auf Gesetzeslagen oder Förderbedingungen übergeordneter Ebenen wie Land, Bund, KfW u.a. »Das ewige politische Hin und Her« sei fatal für Unternehmen und Entwicklungen, die sich Mitigations- und Adaptionsaufgaben widmen.

Da es teilweise Zeiträume von mehreren Jahren oder Jahrzehnten einnimmt, um bestimmte Umweltthemen aus ihrem Nischendasein zu befreien, sollte diese Zeit auch genutzt werden, um innezuhalten und zurückzublicken. Beispielsweise wurde in den letzten Jahren auf verschiedenen Wegen versucht, individuellen Wünschen alternative Konzepte gegenüberzustellen – vom autofreien Wohnen über die Bewerbung der Vorzüge innerstädtischen Wohnens bis hin zu CO<sub>2</sub>-armen Touristikangeboten. Abgesehen von kleineren Erfolgen sind allerdings kaum größere Durchbrüche oder einschlägige Veränderungen und Trendwenden bei den Lebens- und Konsumgewohnheiten zu verzeichnen. Woran liegt das? Und: Wieso gibt es nicht mehr Untersuchungen zu gescheiterten Projekten bzw. zu Projektverläufen, die zwar im Kleinen bzw. kurzfristig erfolgreich waren, sich aber nicht in der Breite bzw. langfristig umsetzen oder verstetigen ließen. Was waren die Mängel dieser Konzepte? Was können wir daraus lernen? Hier ist auch vorhandenes »Erfahrungswissen« aufzudecken und nutzbar zu machen, beispielsweise Kenntnisse aus den Lokale Agenda 21-Prozessen und vergangenen Nachhaltigkeitsbemühungen der 1990er Jahre. Darüber hinaus wäre für einen Erkenntnisfortschritt besonders wichtig zu wissen, weshalb bestimmte Akteure nicht bereit sind diese oder jene Maßnahme zu ergreifen. Obschon es schwierig zu sein scheint, eben genau mit diesen »Nicht-Aktiven« in einen Dialog zu entsprechenden Fragen zu treten. Hier ist die Forschung gefragt, ihren Beitrag zur Erkenntnisgewinnung zu leisten. Es gilt, Potenziale bei einzelnen Akteuren oder Akteurskonstellationen sowie Anknüpfungspunkte und Defizite zu erkennen. Da bereits festzustellen war, dass alle einen Beitrag leisten können bzw. müssen und alle Akteure der Stadtentwicklung auch klimarelevante Akteure sind, tut sich ein weites Feld auf. Und genau hier liegt ein

wesentlicher Knackpunkt: »Es sind alle verantwortlich und dadurch auch wieder keiner so richtig.«

Fortschritte werden von den Akteuren zudem unterschiedlich wahrgenommen: Was für den Einen einen großen Erfolg darstellt, geht dem Anderen längst nicht weit genug. Nach Aussagen der kommunalen Akteure sind Klimafragen in der Siedlungsflächenentwicklung fest verankert und es sei heute einfacher als noch vor einigen Jahren, Klimaaspekte durchzusetzen. Andere Akteure fordern jedoch Maßnahmen, die weit über die bisherigen hinausgehen, so seien die Bautätigkeiten insgesamt zu überdenken, denn letztendlich wäre jede weitere Flächenversiegelung schädlich. Viel konsequenter als bislang sei das Augenmerk auf den Bestand und seine Weiterentwicklung zu richten. Denn im Grunde hänge eine klimagerechte Siedlungsflächenentwicklung gerade bei den privaten Akteuren immer noch zu stark von den jeweils aktiven Einzelpersonen ab.

#### **Erste Strategiehinweise einer klima- und demographiegerechten Stadtentwicklung aus der Governance-Perspektive in Aachen**

Es wird offenkundig, dass einzelne Akteure jeweils mannigfaltige Schnittstellen zu den Themen Klimawandel und demographische Veränderungen aufweisen. Je nach ihrer jeweiligen Rolle lassen sich vielfältige Handlungsoptionen ausmachen. Damit klimapolitische Aktivitäten jedoch Früchte tragen, müssen die verschiedenen Standpunkte der relevanten Akteure sichtbar gemacht und untereinander abgestimmt werden. Und diese Standpunkte können durchaus voneinander abweichen, wie beispielsweise verschiedene Einschätzungen zum Adaptionsbedarf zeigen.

Will man von höherer Ebene aus Anreize schaffen oder Förderungen auf den Weg bringen, so ist man gut beraten, sich intensiv mit den Handlungslogiken der Akteure zu befassen, die erreicht werden sollen. Hier gibt es deutlichen Nachholbedarf. Wer handelt nach welcher Logik? Es ist stärker zu differenzieren, auf welche Impulse die verschiedenen selbstverantwortlichen Einzelentscheider reagieren und wie sich hingegen

andere, in Netzwerke oder soziale Gruppen eingebundene Personen verhalten. Daneben ist immer wieder zu fragen: Wer fehlt? Welche Akteure bekommt man nur schwerlich ins Boot? Was genau brauchen diese, damit sie aktiv werden? Letztlich gilt: »Jede(r) hat nur ihre (seine) Möglichkeiten«. Will Politik oder Verwaltung das Handeln anderer beeinflussen, muss sie diese zielgruppen- und situationsspezifischen Möglichkeiten kennen.

Um dem Klimaschutz und der Bearbeitung demographiebedingter Aufgaben auf kommunaler Ebene Anschub zu verleihen, sind Aktivitäten seitens der Kommune bzw. kommunaler Unternehmen besonders wichtig. Sie lenken über ihre Funktion im Stadtgefüge bereits eine gewisse Aufmerksamkeit auf sich und haben zudem zahlreiche Kanäle zu weiteren (zu mobilisierenden) Akteuren.

Doch wie gehen Politik und Verwaltung mit den großen Unsicherheiten hinsichtlich der Auswirkungen und Zusammenhänge klimatischer und demographischer Veränderungen um? Wie kann die Verwaltung rechtssichere Pläne auf den Weg bringen, wenn sich während der Bearbeitung nicht nur der Erkenntnisstand ständig erweitert, sondern sich auch noch die Rechtslage immer wieder verändert? So hat es beispielsweise wenig Sinn in einem Bebauungsplan Energiestandards festzusetzen, wenn diese bei Beschlussfassung oder Baubeginn längst überholt sind. Die Meinungen zum Umgang mit diesen Ungewissheiten gehen auseinander: Fordern die Einen klare Arbeitshilfen, in denen für gesicherte Erkenntnisse konkrete Handlungsanweisungen und Maßnahmen benannt werden, so wünschen sich die Anderen flexiblere, offene Planungsprozesse und -instrumente.

In beiden Fällen wird deutlich, dass sich die Kommunalverwaltung noch stärker auf die gemeinsamen Herausforderungen einstellen sollte, beispielsweise durch die Zusammenführung verschiedener, derzeit stark in einzelne Ämter separierte Einheiten. Innerhalb der Verwaltung sowie mit den Akteuren kommunaler Unternehmen muss es eine Struktur für einen regelmäßigen Austausch geben, die auf strategischer Ebene handelt. Nur so können Anliegen systematisch und im Querschnitt angegangen werden.

Zudem wurde sichtbar, dass es in Aachen mehr Koordination und Abstimmung zwischen Vorhaben bedarf. Darunter fällt auch, Projekte vor Ort systematisch nachzuhalten: Was wird gemacht? Was nicht? Was war erfolgreich? Was nicht? Was steht kurz- und mittelfristig an? Diese Fragen müssen innerhalb eines ausgebauten Netzwerkes beantwortet und ständig aktualisiert werden. Insgesamt gibt es noch einen hohen Koordinierungsbedarf der Aufgaben und Rollenverteilungen: Jeder muss wissen, wer was macht. Bislang blieb in den Gesprächen offen, wie man verschiedene Rollen und Zuständigkeiten für ganze Projekte oder Bausteine festlegen kann. Bislang scheint es jenseits von festen Verwaltungsstrukturen keine entsprechenden Organisationsstrukturen zu geben.

Eine breite Informations- und Bildungspolitik ist jedoch nicht nur auf Verwaltungsebene von äußerster Wichtigkeit, sondern für die breite Bevölkerung – eine Erkenntnis, die keinesfalls neu ist, sondern die seit vielen Jahrzehnten immer wieder in unterschiedlichen Zusammenhängen (z.B. Umweltbildung) diskutiert wird. Doch anders als in der bisherigen Praxis sind zielgruppenspezifische Informationen notwendig, um die Informationsflut zu filtern und gezielter aufklären zu können. Dabei übernehmen nicht zuletzt die lokalen Medien eine zentrale Schlüsselfunktion – einerseits als Informationsvermittler, andererseits als Meinungsbildner. Wie wird über Klimaveränderungen in den lokalen Medien (Zeitung, Radio, TV, Internet) berichtet? Welche Bilder werden in der Berichterstattung gezeichnet? Da die lokalen Medien von vielen Gesprächspartnern immer wieder als wesentliche Multiplikatoren benannt wurden, lohnt ein detaillierter Blick in die lokale Berichterstattung. Hier ist auch die Forschung gefragt, lokal bedeutsame Faktenlagen über die vor Ort genutzten Medien zu transportieren.

Dabei müssen längst nicht immer die »ganzen großen Themen« Klimawandel oder Demographie transportiert werden. In vielen Fällen reicht es aus, die entsprechenden Akteure zu jeweils relevanten Einzelfragen anzusprechen (z.B. zu Wohnformen, Heizkesseln, dem kaputten Dach, Dämmung, ÖV usw.).

## 4.2 Hinweise zur raumbezogenen Governanceforschung

Die Durchführung empirischer Untersuchungen zur Governanceforschung lässt einige methodische Schwierigkeiten erkennen. So zog sich durch die Interviews die Schwierigkeit, konkrete Antworten zu Fragen zu bekommen, die sich gezielt mit Akteuren auseinandersetzen. Wenn zum Beispiel nach Akteuren gefragt wurde, die für die Bearbeitung eines bestimmten Themas von Bedeutung sind, fielen die Antworten häufig wie folgt aus: »Wen soll ich benennen, wenn irgendwie alle relevant sind und wir in ganz verschiedenen Kontexten mit ganz unterschiedlichen Akteuren kooperieren. (...) Wenn ich jetzt den Einen oder den Anderen benenne, hebe ich den hervor und die Anderen fallen unter den Tisch. Dabei sind die Anderen auch wichtig...«

In den Interviews wurden Fragen, die in die Richtung »wer fehlt?« gehen, nur zögerlich bis gar nicht beantwortet. Das mag der Tatsache geschuldet sein, dass ja »bereits so viele schon ›irgendwie‹ aktiv sind«. So scheint niemand vermisst zu werden. Zudem wurde angemerkt, dass man ja gar nicht immer genau weiß, wer sich wofür einbringt. »Der Frage kann ich nicht gerecht werden.« Und zu guter Letzt gab es Äußerungen dahingehend, dass man keinen »outen« möchte, nicht aktiv genug zu sein, schließlich seien die Verbindungen untereinander recht eng in Aachen.

Um das Zusammenspiel von Akteuren genauer zu erfassen, sind fallbezogene Analysen gefragt. Anhand eines Projektes kann ggf. genau nachgezeichnet werden, wer dabei war und wer nicht. Wobei die Tatsache »wer nicht« oft auch ein Zufallsprodukt ist, frei nach dem Motto »manche Zusammenarbeiten ergeben sich halt so«, wurde zu bedenken gegeben.

Um in der Ableitung von Folgerungen nicht auf den Einzelfall beschränkt zu sein, bedarf es umfassenderer Sets an Fallstudien.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Antworten der Gesprächspartner recht

Abb. 36: Im Rahmen von City2020+ wurde eine schriftliche Befragung zur Wahrnehmung von klima- und demographiebedingten Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten unter Bürgerinnen und Bürgern von über 50 Jahren durchgeführt.

»überblicksartig« ausfallen. So wird – auch bei mehrmaligem Nachfragen – teils kaum zwischen den Entwicklungen selbst, daraus entstehendem Handlungsbedarf und den anstehenden Aufgaben sowie den Dingen, die bereits getan werden, differenziert. Normative Momente mischen sich immer wieder unter die Antworten auf Fragen, die eigentlich nur einen Ist-Zustand abfragen.

Dazu kommt das Problem kognitiver Dissonanzen, das besonders beim Thema Klimaschutz ausgeprägt zu sein scheint. Polemisch

gesprochen kann es eigentlich gar kein Klimaproblem mehr geben, wenn man all die guten Taten zusammenzählt, die verschiedenen Akteure und Institutionen bereits auf den Weg gebracht haben.


Offen bleibt zudem die Frage, wie man an die »Nicht-Aktiven« heran kommt. Nahezu alle Gesprächspartner beschäftigen sich mehr oder weniger professionell mit den Fragen des demographischen und klimatischen Wandels, was keinesfalls dem Meinungsbild der breiten Bevölkerung entspricht.

### City2020 – Weitere Arbeitsschritte


Um der Frage nach der Wahrnehmung von klima- und demographiebedingten Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten in der Bevölkerung nachzugehen, sollen im nächsten Arbeitsschritt die Ergebnisse der Akteursinterviews mit der im Rahmen von City2020+ durchgeführten schriftlichen Befragung von 2.181 Bürgerinnen und Bürgern im Alter von über 50 Jahren abgeglichen werden.

In den Gesprächen wurde deutlich, dass Arbeitgeber – vor allem große Unternehmen – durch ergänzende Dienstleistungsangebote (z.B. Einrichtung von betriebsinternen Kindergärten, Unterstützung in der Pflege von Familienangehörigen), klimafreundliche Bestandsentwicklung u.v.a. maßgeblich Einfluss nehmen können.


Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der Tatsache, dass viele Akteure in Aachen die Herausforderungen in den Bereichen »Demographie« und »Klimawandel« zwar wahrnehmen, aber nicht dementsprechend handeln, wäre eine weiterführende Untersuchung hilfreich, die ausdrücklich nach den Gründen des Nicht-Handelns fragt. Welche Erklärungen lassen sich dafür finden, dass auf der einen Seite vielfältiger Handlungsbedarf ausgemacht wird, dieser auf der anderen Seite jedoch nicht unmittelbar für das eigene Handeln relevant ist?



**RWTHAACHEN  
UNIVERSITY**



City2020+



humtec  
RWTH

**Lebensqualität für die Zukunft:  
Demographische und klimatische Herausforderungen für die Entwicklung der Stadt Aachen**

**1) Seit wann wohnen Sie in Aachen?**

durchgängig seit meiner Geburt → *weiter mit Frage 5*

ich bin zugezogen

**Wann** sind Sie zugezogen? Geben Sie bitte das Jahr Ihres **letzten Zuzugs** an.  
Ich bin im Jahr     nach Aachen zugezogen.

**2) Wo haben Sie zuvor gewohnt? (bitte alles Zutreffende ankreuzen)**

andere Gemeinde im Kreis Aachen

andere Gemeinde in NRW

anderes Bundesland

im Ausland

} *weiter mit Frage 4*

**3) In welchem Land haben Sie im Ausland gewohnt und wie lange? Falls Sie in mehreren Ländern gewohnt haben, geben Sie bitte die drei längsten Aufenthalte an.**

	1. Land	2. Land	3. Land
Land:	<input style="width: 90%;" type="text"/>	<input style="width: 90%;" type="text"/>	<input style="width: 90%;" type="text"/>
Region:	<input style="width: 90%;" type="text"/>	<input style="width: 90%;" type="text"/>	<input style="width: 90%;" type="text"/>
Dauer:	<input style="width: 20%;" type="text"/> Jahre	<input style="width: 20%;" type="text"/> Jahre	<input style="width: 20%;" type="text"/> Jahre

**4) Wie oft sind Sie bisher umgezogen? Es sind hier nur Umzüge gemeint, die zwischen verschiedenen Gemeinden (Städten, sowohl im In- als auch Ausland) stattgefunden haben.**

1-2 mal       5-6 mal       9-10 mal

3-4 mal       7-8 mal       11 mal oder öfter

**5) Seit wann wohnen Sie in Ihrer derzeitigen Wohnung/Ihrem derzeitigen Haus?**  
Ich wohne in dieser Wohnung/diesem Haus seit dem Jahr

**6) Wie wohnen Sie?**

zur Miete     im Eigentum     im Alten-/Pflegeheim

Sonstiges, und zwar:

Bitte nicht beschriften!



## Literaturverzeichnis

Baasch, Stefanie; Bauriedl, Sybille; Winkler, Matthias (2008): Die klimagerechte europäische Stadt? In: RaumPlanung, H. 137, S. 67-107

Benz, Arthur; Lütz Susanne; Schimank, Uwe; Simonis, Georg (Hg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden

Bundesministerium für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung (BMVBS, 2009): Stadtentwicklungsbericht 2008. Neue urbane Lebens- und Handlungsräume. Berlin

empirica - Qualitative Marktforschung, Stadt- und Strukturforchung GmbH (2009): Szenarien zur Entwicklung des Wohnungsmarktes und wohnungspolitische Folgerungen. Wissenschaftliche Grundlage für das „Aachener Handlungskonzept Wohnen“, Bonn

Fischer, Maja; Schmitt, Gisela; Zalas, Lucyna (2010): Soziale Stadt Aachen-Nord: Vertiefungskonzept. Mobilisierung privater Eigentümer im Wohnungsbestand. (Gutachten für die Stadt Aachen, unveröffentlicht), Aachen

Frommer, Birte (2009): Handlungs- und Steuerungsfähigkeit von Städten und Regionen im Klimawandel. In: Raumforschung und Raumordnung, H. 2/2009, S. 128-141

Garrelts, Heiko; Lange, Hellmuth; Flitner, Michael (2008): Anpassungen an den Klimawandel: Siedlungsplanung in Flussgebieten. In: RaumPlanung, H. 137, S. 72-76

Greiving, Stefan; Fleischhauer, Mark (2008): Raumplanung: In Zeiten des Klimawandels wichtiger denn je! Größere Planungsflexibilität durch informelle Ansätze einer Klimarisiko-Governance. In: RaumPlanung, H. 137, S. 61-66

Hecht, Dieter (2009): Anpassung an den Klimawandel – Herausforderungen für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. In: Raumforschung und Raumordnung, H. 2/2009, S. 157-169

Klemme, Marion (2010): Stadtentwicklung ohne Wachstum. Zur Praxis kommunaler Siedlungsflächenentwicklung. Saarbrücken

Klemme, Marion (2011): Akteure der lokalen Klimapolitik im Spannungsfeld von Persistenzen und Eigenlogi-

ken. In: Frommer, B.; Buchholz, F.; Böhm, H. R. (Hg.): Anpassung an den Klimawandel – regional umsetzen! Darmstadt.

Klemme, Marion; Selle, Klaus (2010 a): Gutes Klima? Klimawandel und lokale Klimapolitik aus der Governance-Perspektive. Ein Dialog in Aachen. Ergebnisse eines Workshops im Rahmen des Projektes City2020+. (PT\_Materialien 25), Aachen

Klemme, Marion; Selle, Klaus (Hg.) (2010 b): Siedlungsflächen entwickeln. Akteure. Interdependenzen. Optionen. (edition stadt | entwicklung), Detmold

Müller, Monika C.M. (Hg.) (2009): Nachhaltigkeit: Burnout eines revolutionären Anspruchs? Umwelt – Wirtschaft – Soziales: Zuspitzung eines Dauerkonfliktes. (Loccumer Protokolle 71/08), Rehburg-Loccum

Sauerborn, Klaus (2005): Motive und Handlungsbedingungen für ein ökologisches Bauen und Wohnen: Eine handlungstheoretische Erklärung und empirische Untersuchung für die Akteurguppe der privaten Bauherren. Studien zur Umweltpsychologie, Bd. 2, Hamburg

Schimank, Uwe (2007): Elementare Mechanismen. In: Benz, Arthur u.a. (Hg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden, S. 29-45

Schneider, Christoph et al. (2010): City2020+ assessaing climate and demographic change impacts for the City of Aachen. Proceedings of the 7th Conference on Biometeorology, Freiburg, S. 491-496

Schuppert, Gunnar Folke; Zürn, Michael (Hg.) (2008): Governance in einer sich wandelnden Welt. Wiesbaden

Selle, Klaus (2005): Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. (edition stadt | entwicklung), Dortmund

Selle, Klaus (2008): Stadtentwicklung aus der »Governance-Perspektive«. Eine veränderte Sicht auf den Beitrag öffentlicher Akteure zur räumlichen Entwicklung – früher und heute. In: PNDonline, II und III/2008, ([www.planung-neu-denken.de](http://www.planung-neu-denken.de))

Wagner, Manuel D. (2010): Klimawandelanpassung mitteleuropäischer Städte im Bereich des Zusammenwirkens von Temperaturanstieg und städtischer Wärmeinsel. Synergien und Zielkonflikte von Stadtklimaplanung, Klimaschutz und städtebaulichen Leitbildern. Diplomarbeit an der Eberhard Karls Universität Tübingen

## Internet

BMVBS Energieeinsparverordnung ([http://www.bmvbs.de/DE/BauenUndWohnen/EnergieeffizienteGebaueude/Energieeinsparverordnung/energieeinsparverordnung\\_node](http://www.bmvbs.de/DE/BauenUndWohnen/EnergieeffizienteGebaueude/Energieeinsparverordnung/energieeinsparverordnung_node)) (Zugriff am 31.08.2011)

HumTec – Human Technology Centre (<http://www.humtec.rwth-aachen.de/>) (Zugriff: 20.11.2010)

Aachener Luftreinhalteplan: <http://www.mitmachen-durchatmen.de/> (Zugriff: 24.11.2010)

Aachener Festbrennstoffverordnung: [http://www.aachen.de/de/stadt\\_buerger/umwelt/luft-stadtklima-laerm/festbrennstoff\\_verordnung/index.html](http://www.aachen.de/de/stadt_buerger/umwelt/luft-stadtklima-laerm/festbrennstoff_verordnung/index.html) (Zugriff: 24.11.2010)

Energieeffizientkonzept Aachen: <http://www.energieeffizienz-aachen.de/home/index.html> (Zugriff: 24.11.2010)

BKR Aachen Castro & Hinzen; [netwerk@pt](mailto:netwerk@pt) (2010): Ausgangspunkte und Zukünfte der Aachener Stadtentwicklung: Die Schlüsselpersoneninterviews zum Projekt Aachen\*2030. Zwischenauswertung für den »Projektfundus«. [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/planen\\_bauen/\\_materialien\\_planen\\_bauen/stadtentwicklung/stadt/aachen2030/dokumentationen/2011-01-17\\_Bericht\\_SPG.pdf](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/planen_bauen/_materialien_planen_bauen/stadtentwicklung/stadt/aachen2030/dokumentationen/2011-01-17_Bericht_SPG.pdf) (Zugriff am 28.07.2011)

## Abbildungsnachweis

Deckblatt, Abb. 1, 2, 6, 7, 8, 17, 18, 19, 20, 21., 23, 34, 35: eigene Fotos

Abb. 3: Klemme, Marion; Selle, Klaus (2010 a): Gutes Klima? Klimawandel und lokale Klimapolitik aus der Governance-Perspektive. Ein Dialog in Aachen. Ergebnisse eines Workshops im Rahmen des Projektes City2020+. (PT\_Materialien 25), Aachen. Deckblatt

Abb. 4: BKR Aachen Castro & Hinzen; [netwerk@pt](mailto:netwerk@pt) (2010): Ausgangspunkte und Zukünfte der Aachener Stadtentwicklung: Die Schlüsselpersoneninterviews zum Projekt Aachen\*2030. Zwischenauswertung für den »Projektfundus«. Deckblatt. [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/planen\\_bauen/\\_materialien\\_planen\\_bauen/stadtentwicklung/stadt/aachen2030/dokumentationen/2011-01-17\\_Bericht\\_SPG.pdf](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/planen_bauen/_materialien_planen_bauen/stadtentwicklung/stadt/aachen2030/dokumentationen/2011-01-17_Bericht_SPG.pdf) (Zugriff am 28.07.2011)

Abb. 5: Lousberg [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de) Stichwort Lousberg (Zugriff am 29.08.2011)

Abb. 9: Blick auf die Theaterstraße. Aus: Paulsen, Günther (2002): Aachen von oben. S. 14

Abb. 10: Verteilung von Altersgruppen in Aachen. Darstellung BRK Aachen Castro & Hinzen aus Aachen\*2030

Abb. 11: Kampagne gegen den Fachkräftemangel der IHK Aachen: »Trumpfkarte: Fachkräfte in der Region - IHK Aachen veröffentlicht Daten zu Lage und Aussicht « unter <http://www.aachen.ihk.de/> (Zugriff am 29.08.2011)

Abb. 12: Bericht Aachener Zeitung (AZ Nr. 33 vom 09.02.2011, S. 17)

Abb. 13: Das Gesamtstädtische Aachener Klimagutachten. Deckblatt. [http://www.aachen.de/de/stadt\\_buerger/pdfs\\_stadtbuerger/pdf\\_umwelt/klimagutachten2.pdf](http://www.aachen.de/de/stadt_buerger/pdfs_stadtbuerger/pdf_umwelt/klimagutachten2.pdf) (Zugriff am 29.08.2011)

Abb. 14: Bericht in der Aachener Zeitung (AZ Ausgabe Nr. 192 vom 19.08.2011, S. 13).

Abb. 15: Rechtskräftiger Flächennutzungsplan der Stadt Aachen

Abb. 16: Bebauungsplan Alter Tivoli: [http://www.aachen.de/de/stadt\\_buerger/planen\\_bauen/stadtentwicklung/stadtviertel/alter\\_tivoli/Anlage\\_1\\_-\\_Rechtsplan\\_02\\_11\\_.pdf](http://www.aachen.de/de/stadt_buerger/planen_bauen/stadtentwicklung/stadtviertel/alter_tivoli/Anlage_1_-_Rechtsplan_02_11_.pdf) (Zugriff am 30.08.2011)

Abb. 22: Energiepass: <http://www.immobilienkonzern-aachen.de/images/energiepass.jpg> (Zugriff am 29.08.2011)

Abb. 24: altbau plus [http://www.aachen.de/de/stadt\\_buerger/planen\\_bauen/themen/altbauplus/index.html](http://www.aachen.de/de/stadt_buerger/planen_bauen/themen/altbauplus/index.html) (Zugriff am 29.08.2011)

Abb. 25: Kundenzeitung der stawag, Ausgabe Mai 2011: [http://www.stawag.de/privatkunden/Infocenter/Kundenzeitung\\_STAR/STAR\\_Mai\\_2011.pdf](http://www.stawag.de/privatkunden/Infocenter/Kundenzeitung_STAR/STAR_Mai_2011.pdf) (Zugriff am 31.08.2011)

Abb. 26: Thermografie eines Wohnhauses [http://www.bmvbs.de/DE/BauenUndWohnen/EnergieeffizienteGebaueude/Energieeinsparverordnung/energieeinsparverordnung\\_node](http://www.bmvbs.de/DE/BauenUndWohnen/EnergieeffizienteGebaueude/Energieeinsparverordnung/energieeinsparverordnung_node) (Zugriff am 31.08.2011)

Abb. 27: Lokale Berichterstattung über Pedelecs: Aachener Nachrichten (AN Ausgabe Nr. 195 vom 11.08.2011, S.16)

Abb. 28 »Wegweiser Energiesparendes Sanieren und Bauen in Aachen« der Beratungsstelle altbau plus. Deckblatt [http://www.aachen.de/de/stadt\\_buerger/planen\\_bauen/themen/altbauplus/7service/altbauplus\\_wegweiser.pdf](http://www.aachen.de/de/stadt_buerger/planen_bauen/themen/altbauplus/7service/altbauplus_wegweiser.pdf) (Zugriff am 30.08.2011)

Abb. 29: Gesellschaftsspiel »clever mobil in Aachen«, Kampagne »Mitmachen. Durchatmen.« <http://www.mitmachen-durchatmen.de/clevermobil.html> (Zugriff am 30.08.2011)

Abb. 30: Aktuelle Veranstaltungsangebote der IHK Aachen zum Themenbereich »Innovation und Umwelt« [http://www.aachen.ihk.de/servicemarken/service/Ver-](http://www.aachen.ihk.de/servicemarken/service/Veranstaltungen/Veranstaltungen_im_Bereich_Innovation_und_Umwelt/)

[anstaltungen/Veranstaltungen\\_im\\_Bereich\\_Innovation\\_und\\_Umwelt/](http://www.aachen.ihk.de/servicemarken/service/Veranstaltungen/Veranstaltungen_im_Bereich_Innovation_und_Umwelt/) (Zugriff am 30.08.2011)

Abb. 31: Bericht in den Aachener Nachrichten, AN Ausgabe Nr. 135 vom 11.06.2011, S. 15

Abb. 32: eigene Erstellung

Abb. 33: Kampagne der Aachener Verkehrsbetriebe (AVV): »Fahr dem Klimawandel davon« Foto: Roland Schultheis <http://www.eifel-rur-bus.de> (Zugriff am 30.08.2011)

Abb. 36: Erstellung City2020+

## Anhang

## Interviewleitfaden

Interviewleitfaden

### 1. Demographischer Wandel

#### 1.1 Wahrnehmung und Einschätzung des demographischen Wandels

- Von welchen Entwicklungen und Veränderungen in Aachen gehen Sie aus?
- Gibt es Bezüge zwischen demographischen Veränderungen und Ihrem Tätigkeitsfeld?

#### 1.2 Handlungsrelevanz der sich ändernden Rahmenbedingungen

- Welche Handlungsanforderungen zeichnen sich ab? Inwiefern ändern sich Ihre Aufgaben?
- Welche Instrumente und Maßnahmen sind für die Umsetzung relevant? (Was wird bereits getan? Was ist geplant? Was sollte getan werden?)
- Was ist der Anlass, was die konkrete Motivation für diese Maßnahmen?
- Was sind Ihres Erachtens gute Informationsgrundlagen zu dem Thema?

#### 1.3 Akteure

- Welche Akteure sind beim Thema Demographie in Aachen gefragt?
- Mit wem arbeiten sie in diesem Handlungsfeld zusammen?
- Wer fehlt?

### 2. Klimawandel

#### 2.1 Wahrnehmung und Einschätzung des Klimawandels

- Sehen Sie Bezüge zwischen der aktuellen Klimadiskussion und ihrem Tätigkeitsfeld?
- Welche Entwicklungen und Veränderungen sind Ihnen bekannt – speziell mit Blick auf Aachen? Mit welchen Klima-Veränderungen rechnen Sie für Aachen?

#### 2.2 Handlungsrelevanz sich ändernder Rahmenbedingungen

- Welche Bedeutung haben die klimatischen Veränderungen für Ihr Unternehmen/Amt/Ihren eigenen Tätigkeitsbereich?
- Welche Handlungsanforderungen zeichnen sich ab? Wurden konkrete Ziele formuliert?
- Welche Instrumente und Maßnahmen sind für die Umsetzung relevant? (Was wird bereits getan? Was ist geplant? Was sollte getan werden? (zu: Mitigation und Adaption)
- Was ist der Anlass, was die konkrete Motivation für diese Maßnahmen?
- Klimawandel ist hinsichtl. Auswirkungen von Unsicherheit geprägt. Welche Konsequenzen hat das für (Ihr) Handeln?
- Was sind Ihres Erachtens gute Informationsgrundlagen zu dem Thema?
- Welche Anreize für Anpassungs- oder Vermeidungsstrategien halten Sie für sinnvoll? Von wem sollten sie ausgehen? An wen genau sollten diese adressiert sein?

#### 2.3 Akteure

- Welche Akteure sind für Klimaschutz und Klimaanpassung in Aachen gefragt?
- Mit wem arbeiten Sie zusammen?

### 3. Bezüge

- Wo gibt es für Sie konkrete Zusammenhänge zwischen demographischen und klimatischen Herausforderungen in Ihrem Tätigkeitsfeld?
- Handlungsbedarf: Sie haben jetzt bereits einige Herausforderungen in Ihrem Tätigkeitsbereich benannt. Darüber hinaus interessiert uns, welche Sie in den folgenden Bereichen ausmachen:
  - Stadtstruktur / Städtebau (Siedlungsflächen, Freiflächen)
  - Bauen in der Stadt (Neubau – Bestand, Wohnen, Gewerbe, Infrastrukturen)
  - Mobilität in der Stadt
- Mit Blick auf die genannten Handlungsanforderungen: Was sind Ihrer Einschätzung nach wesentliche fördernde und hemmende Faktoren?
- Gibt es aus Ihrer Sicht weitere relevante Aspekte, die wir bislang noch nicht angesprochen haben?

Herzlichen Dank für das Gespräch!

## Anhang

### Liste der Gesprächspartner

An dieser Stelle möchten wir allen Personen, die sich die Zeit nahmen, mit uns zu sprechen noch einmal herzlich danken!

Name	Institution/Position
Harald Baal	Ratsherr (CDU), Planungsausschuss
Dr. Christian Becker	Stadtwerke Aachen AG, Vorstand der stawag
Dieter Begaß	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Fachbereichsleiter
Benjamin Bornefeld	energieeffizienzKONZEPT Aachen, Projektleiter
Klaus Dosch	Aachener Stiftung Kathy- Beys
Jürgen Drewes	Industrie- und Handelskammer Aachen (IHK), Hauptgeschäftsführer
Frau Ellenbeck	Denkmalpflegeamt Aachen, Stellvertretende Amtsleiterin
Christiane Gastmann	Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen, Fachbereichsleiterin
Sabine Göddenhenrich-Schirk	Ratsfrau (Grüne), Umweltausschuss
Ajo Hinzen	BKR Aachen, Castro & Hinzen
Roland Jahn	Ratsherr (Grüne), Mobilitätsausschuss
Wolfgang Kutscher	RWTH Aachen, Abteilung 10.2 Baumanagement
Gisela Nacken	Dezernat III - Planung und Umwelt, Dezernentin
Dr. Ralf Gerhard Otten	Ratsherr (CDU), Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss
Prof. Dr. Peter Rasche	Aachener Haus- und Grundbesitzerverein e.V., Vorsitzender
Werner Reicher und Kristin von Throta	Luisenhospital, Vorstand und Vorstandsassistentin
Frau Roelen	Städteregion Aachen
Michael Stephan	altbau plus, Geschäftsführer
Dr. Maria Vankann	Leitung der Stabsstelle Klimaschutz, Klimaschutzbeauftragte



